

Verabschiedet auf dem Parteitag der AfD Thüringen
Arnstadt, 18. August 2019



MEINE HEIMAT, MEIN THÜRINGEN

Wahlprogramm

der Alternative für Deutschland
für die Landtagswahl in Thüringen 2019



AfD
THÜRINGEN

	Vorwort	5
01	Demokratie und Staatsverständnis	7
02	Rundfunk und Medien	10
03	Innere Sicherheit	12
04	Familienpolitik	21
05	Bildungspolitik	25
06	Wirtschaftspolitik	37
07	Sozial- und Gesundheitspolitik	42
08	Migrationspolitik	50
09	Infrastrukturpolitik	55
10	Verkehrspolitik	58
11	Energie- und Klimapolitik	62
12	Naturschutzpolitik	68
13	Land- und Forstwirtschaft	71
14	Tourismus	77
15	Kulturpolitik	80
16	Sportförderung	85
17	Haushaltspolitik	88
18	Kommunalpolitik	90
19	Europapolitik	93
	Stichwortverzeichnis	96



Liebe Thüringer!

Seit über viereinhalb Jahren ist die AfD mit einer Fraktion im Thüringer Landtag vertreten. Wir haben diese Zeit genutzt, um uns in Thüringen ein einzigartiges Profil zu erarbeiten.

Einerseits sind wir nach wie vor eine Bewegungspartei, die auf der Straße zu finden ist, wo schon immer die großen politischen Korrekturbewegungen angestoßen wurden. Wir sind und bleiben die natürlichen Verbündeten aller konservativ-patriotischen Protestbewegungen und Bürgerinitiativen, ohne welche die dringend notwendigen Veränderungen unseres Landes nicht möglich wären.

Andererseits beziehen wir auch bei der parlamentarischen Arbeit in allen großen gesellschaftlichen Fragen deutlich wahrnehmbare Alternativpositionen gegenüber dem Konsens der Altparteien. Egal ob es um innere Sicherheit, die Landesasylpolitik, die sogenannte

Energiewende oder die Wirtschaftspolitik geht: Wir vertreten ohne Unterwerfung unter die Regeln der politischen Korrektheit im bürgerlichen Ton einen konservativen, patriotischen und liberalen Kurs.

Häufig wird uns deshalb vorgeworfen, wir würden „die Grenzen des Sagbaren“ erweitern. Nun – der Vorwurf stimmt! Es entspricht tatsächlich unserer tiefsten Überzeugung, dass eine Gesellschaft nur dann demokratisch ist, wenn echte Meinungsfreiheit herrscht. Wir Thüringer wollen unsere Überzeugungen friedlich äußern, ohne dafür schikaniert, mit beruflichen Nachteilen bedroht oder sogar gewalttätigen Angriffen ausgesetzt zu werden. In diesem Sinne verstehen wir uns als Pioniere im Minenfeld der politischen Korrektheit, um die Definitionsmacht der Altparteien über das sanktionslos Sagbare zu brechen.

Viele politische Überzeugungen, die in den letzten 15 Jahren aus dem Diskurs hinausgedrängt wurden, konnten wir so bereits wieder wahrnehmbar machen. Das erklärt den Hass, der uns aus dem politisch-medialen Komplex entgegenschlägt.

Zum Teil konnte unsere Oppositionsarbeit auch bereits leichte Kurskorrekturen der Altparteien bewirken. Es ist die Furcht dieser Parteien vor einer weiteren Wählerabwanderung zur AfD, die sie zur höchst widerwilligen Übernahme von AfD-Positionen zwingt. Ja, wir nutzen diese Furcht der Altparteienfunktionäre. An vielen Stellen können aufmerksame Beobachter erkennen, wie wir die Altparteien z. B. in der Asylpolitik, der Windkraftdebatte, der Auseinandersetzung um die Verteidigung des Dieselmotors oder der von uns angestoßenen Diskussion um eine Reform der Rente vor uns hertreiben. Beispielhaft hierfür war auch unser Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Er hat den mittlerweile erfolgten Kurswechsel der CDU und des rot-rot-grünen Lagers erzwungen.

Wir wollen aber mehr erreichen, nämlich

- unseren Freistaat wieder grundsätzlich neu ausrichten – und zwar ausschließlich an den Interessen unserer Bürger, nicht irgendwelcher Lobbygruppen oder Ideologen;
- die Demokratie in unserem Land beleben, sodass der Wille des Volkes wieder zählt und nicht der Wille von Führungskadern der Altparteien, Gewerkschaften und Kirchen die Richtung vorgibt;

- unser Thüringen als liebenswerte Heimat erhalten, statt unter Anleitung hypermoralischer Besserwisser multireligiöse und multiethnische Schmelztiegel wie in Westdeutschland zu schaffen;
- Thüringen endlich sicher, familien- und kinderfreundlich machen sowie
- unseren Fachkräftenachwuchs aus eigener Kraft großziehen und ihm starke Wurzeln in unserer Region geben.

Gemeinsam mit vielen Bürgerinitiativen- und Bürgerbewegungen werden wir Teil eines umfassenden Reformprojekts sein, das unser Thüringen wieder vom Kopf auf die Füße stellt. Hierzu brauchen wir Ihre Unterstützung!

Vieles wurde und wird über uns geschrieben. Nur sehr wenig davon stimmt. Bitte informieren Sie sich auf den nachfolgenden Seiten über die Positionen, die wir als AfD tatsächlich vertreten.

Sie werden feststellen:

Allen anderslautenden Behauptungen zum Trotz sind wir eine demokratische, bürgerliche Kraft und stehen auf dem Boden des Grundgesetzes und der Thüringer Verfassung. Und wir verfügen über viele demokratische, rechtsstaatliche Lösungsansätze für die von den Altparteien verursachten Probleme in unserem Freistaat. Lösungsansätze, die im Thüringer Landtag eine Vertretung brauchen. Wenn Sie das auch so sehen, bitten wir Sie um Ihre Stimme im Oktober für die AfD!

Björn Höcke

Landessprecher der AfD Thüringen

Holen wir uns unser Land zurück!

Stefan Möller

Landessprecher der AfD Thüringen

01 | Für eine lebendige Demokratie

Demokratie und Staatsverständnis



Mit großer Sorge beobachten wir, dass sich in den vergangenen Jahren die freiheitliche Demokratie, für die die Menschen während der Friedlichen Revolution gekämpft haben, mehr und mehr in eine Zuschauerdemokratie mit Zügen eines Gesinnungsregimes verwandelt. Diesen Prozess, der in einer „DDR 2.0“ enden wird, nehmen wir nicht hin. Unser Leitbild bleibt die lebendige Mitmachdemokratie auf der Grundlage von Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit.

Meinungsfreiheit: Grundlage der Demokratie

Die Thüringer AfD verteidigt die Meinungsfreiheit mit aller Entschlossenheit. Die Freiheit, seine Meinung jederzeit ungehindert und ohne Sorge vor Repressionen jedweder Art äußern zu dürfen, bildet die Grundlage jeder Demokratie. Wir wenden uns mit Nachdruck gegen die verbreiteten Tendenzen, Andersdenkende einzuschüchtern oder auszugrenzen. Wo Diffamierung und Ausgrenzung durch Gruppen und Verbände der sogenannten Zivilgesellschaft propagiert und vorgenommen werden, ist der Staat gefordert, das Recht der freien Meinung zu schützen.

Der Staat muss das Recht der freien Meinung sichern.

Die Vielfalt der Meinungen muss sich auch in der Medienlandschaft widerspiegeln, wobei wir mit Sorge beobachten, dass sich der Meinungskorridor in den klassischen Medien während der letzten Jahre zunehmend verengt hat. Nur mit einem wirklich freien Internet kann diese demokratiegefährdende Entwicklung korrigiert werden.

Die Thüringer AfD teilt das Vertrauen der Demokratie in die Bürger. Eine Politik des Misstrauens gegen die Bürger, wie sie – in Thüringen wie im Bund – seit Jahrzehnten von den Regierungen, den Altparteien sowie den etablierten Medien in bevormundender Art und Weise betrieben wird, lehnen wir entschieden ab.

Die Demokratie setzt zu Recht Vertrauen in die Bürger – das tun wir auch.

Direkte Demokratie stärken

Die Altparteien haben sich in unserem Staat bequem eingerichtet. Die Vergabe von Ämtern und Mandaten zur Herrschaftssicherung hat ein Pfründesystem etabliert, in dem das Gemeinwohl oft Einzelinteressen geopfert wird. Der Staat ist so zu einer Beute der Parteien geworden. Viele Bürger haben den Eindruck, dass die Politiker über ihre Köpfe hinweg entscheiden, ja, dass sich die Politik von der Wirklichkeit der Bürger generell weit entfernt hat. So entstehen Distanz, Enttäuschung und Verdrossenheit, welche die freiheitliche Demokratie schwächen. Die AfD ist nicht zuletzt deshalb entstanden, um diesem weitverbreiteten Empfinden Ausdruck zu verleihen und für Abhilfe zu sorgen. Wir sind der Überzeugung, dass die Bürger den eigentlichen, wahren Souverän in der Demokratie bilden und daher besser am politischen Prozess beteiligt werden müssen.

Die Bürger müssen mehr Einflussmöglichkeiten auf die Politik haben.

Daher möchten wir, dass die in der Verfassung angelegten Möglichkeiten einer lebendigen Demokratie entfaltet und weiterentwickelt werden, um die derzeitige Zuschauer- wieder in eine Mitmachdemokratie zu verwandeln.

Wir wollen die Instrumente der direkten Demokratie stärken. Die Zuschauerdemokratie muss eine Mitmachdemokratie werden.

Die Thüringer AfD will die Instrumente der direkten Demokratie stärken. Wo immer es geht, muss die politische Beteiligung der Bürger unterstützt werden. Den Bürgern dürfen von Regierung und Verwaltung keine Steine in den Weg gelegt werden. Das bedeutet insbesondere: Die Anzahl der Unterschriften, die für die Durchführung von Volksbegehren notwendig ist, muss abgesenkt werden. Das Volk darf nicht darin behindert werden, eigene Gesetzentwürfe einzubringen, und der Staat soll die Mitwirkung des Volkes an der Gesetzgebung mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln nach Kräften unterstützen. Dementsprechend fordern wir die Absenkung der Quoren für Volksentscheide und eine stärkere Unterstützung der Bürger durch die Verwaltung bei allen direktdemokratischen Verfahren.

Darüber hinaus müssen die Bürger die Möglichkeit erhalten, über Gesetze des Landtages das letzte Wort zu sprechen. Wir setzen uns deswegen für verpflichtende und freiwillige Referenden ein: Nach dem Vorbild der Schweiz soll es auch in Thüringen den Bürgern möglich sein, Gesetze des Landtages zu kippen. Die Bürger müssen den Abgeordneten auf die Finger schauen können – und das geht am besten, wenn sie Gesetzen, die an der Lebenswirklichkeit vorbeigehen oder die zu nicht gerechtfertigten Belastungen führen, die Zustimmung verweigern. Schließlich muss das Volk bei Verfassungsänderungen zwingend beteiligt werden und über entsprechende Änderungen abstimmen dürfen.

Den Landtag verkleinern

Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist der Thüringer Landtag in Bezug auf die Einwohnerzahl des Freistaates überdimensioniert. Die Thüringer AfD setzt sich für die Kopplung der Landtagsgröße an die Bevölkerungszahl ein. Ein Abgeordneter sollte in Zukunft 35.000 statt wie gegenwärtig 25.000 Thüringer repräsentieren, was eine Absenkung von regulär 88 auf 62 Parlamentarier bedeuten würde – mit entsprechenden Entlastungen des Steuerzahlers.

Gegen die Aushöhlung der Volkssouveränität

In der Demokratie bildet das Volk den Souverän. Das heißt: Das Volk entscheidet über seine eigenen Angelegenheiten. Hiermit ist ein Wahlrecht für Ausländer prinzipiell nicht vereinbar. Die Thüringer AfD ist gegen eine Ausweitung des Landtags- wie auch des Bundestagswahlrechts auf Ausländer.

Demokratische Selbstbestimmung bedeutet: Kein Landtags- und Bundestagswahlrecht für Ausländer.

Wir lehnen auch weiterhin die von der jetzigen Regierungskoalition vorgenommene Einführung des Einwohnerantrags als Ersatz für den bisherigen Bürgerantrag ab. Der Einwohnerantrag berechtigt alle Einwohner – unabhängig von Nationalität und Aufenthaltsstatus, grundsätzlich damit auch den abgelehnten und ausreisepflichtigen Asylbewerber –, über Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft mitzubestimmen. Damit wird aber das Prinzip der demokratischen Selbstbestimmung durchbrochen.



02 | Für eine freie Medienlandschaft Rundfunk und Medien

Demokratische Öffentlichkeit setzt eine freie und vielfältige Medienlandschaft sowie eine offene Debattenkultur voraus, die auf Diffamierung, Ausgrenzung, Bevormundung und Beherrschmentalität verzichtet.

Die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bewegt sich unter den Maßgaben der „politischen Korrektheit“ in einem eng geführten Meinungskorridor. Immer weniger bemüht man sich in den durch Zwangsbeiträge der Bürger finanzierten Sendeanstalten um eine ausgewogene, faktenbasierte Berichterstattung. Die journalistische Monotonie bestimmt auch die Thüringer Zeitungslandschaft. Unstrittig gibt es längst keine vielseitige Presselandschaft mehr, sondern einen publizistischen Einheitsbrei.

Das Recht der freien Meinung auch in den Medien verteidigen

Die Schere zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung muss sich wieder schließen. Eine staatliche Zensur darf es ebenso wenig geben wie eine von der öffentlichen Gewalt erzwungene Zensur durch Privatunternehmen, wie sie etwa mit dem sogenannten Netzwerkdurchsetzungsgesetz eingeführt wurde. Auch der Zwang zur Installation von „Uploadfiltern“ verstärkt in fataler Weise die Tendenz zur Gleichschaltung. Die Freiheit des Internets ist für uns nicht verhandelbar. Medienstrukturen, die der Meinungsfreiheit entgegenstehen, müssen im Sinne einer Praxis der freien Information und der kritischen Diskussion reformiert werden. In Bürgermedien sehen wir einen Beitrag zur Belebung der demokratischen Kultur.

Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Abschaffung des Zwangsbeitrages

Die Thüringer AfD fordert die grundlegende Neugestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Ein zwangsbeitragsfinanziertes Rundfunksystem, in dem beispielsweise Intendanten bis zu 400.000 Euro jährlich beziehen, muss nach unserer Überzeugung deutlich beschnitten werden. Dieses Ziel könnte durch Zusammenlegung und Verkleinerung der derzeitigen Sendeanstalten erreicht werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat sich in seinem Programm auf ausgewogene Information und Berichterstattung, auf kulturelle und wissenschaftliche Bildung sowie auf regionale und heimatbezogene Beiträge zu konzentrieren. In einem angemessenen Umfang kann auch Sportberichterstattung erfolgen. Die Ausgaben hierfür sollten allerdings erheblich unter den jährlich etwa 600 Millionen Euro liegen, mit denen gegenwärtig auch Fußballmillionäre noch reicher gemacht werden. Angesichts eines breiten Angebotes an privaten Rundfunksendern, die Massenun-

**Wir wollen
eine deutliche
Verkleinerung des
öffentlich-rechtlichen
Rundfunksystems.**

terhaltung anbieten, dürfen Unterhaltungssendungen nur ein nachgeordneter Programmbestandteil sein, wobei auf anspruchsvolle Sendungen zu achten ist.

Besonders sind die Sicherung des inhaltlichen Pluralismus sowie die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu gewährleisten und abzusichern. Eigene Formate, welche von den Öffentlich-Rechtlichen nur für das Internet produziert werden, lehnen wir ab. Das bisherige System der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mittels einer Zwangsabgabe (Rundfunkbeitrag) ist abzuschaffen. Die Durchführung der entsprechenden Reformen setzt voraus, dass die gegenwärtig gültigen Rundfunkstaatsverträge gekündigt werden.

Keine Zensur im Internet, Freiheit in den sozialen Medien

Das Internet ist nicht allein ein Medium der Unterhaltung, des Handels und des Konsums, sondern vor allem auch ein bürgernahes Medium der Kommunikation, der Information und der freien Meinungsäußerung. Die AfD Thüringen lehnt staatliche oder vom Staat erzwungene Zensur durch Private, wie zuletzt durch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) installiert, ab. Generell fordern wir die Stärkung der Nutzerrechte im Internet: Nutzer müssen insbesondere vor der oft völlig willkürlichen Aussperrung aus sozialen Plattformen geschützt werden, etwa durch effektive Beschwerdeverfahren. Die Verfolgung von Rechtsverstößen und Straftaten im Netz bleibt unbenommen, gehört aber ausschließlich in die Hand des an Recht und Gesetz gebundenen Staates.

Die von der EU erzwungenen Pflichten zur Installation sogenannter Uploadfilter, mit denen vordergründig das Urheberrecht geschützt werden soll, lehnen wir ab. Tatsächlich schränken solche Filter den Freiraum des Internets vor allem für kleine Anbieter erheblich ein und untergraben die Kultur des Netzes. Zudem ist zu befürchten, dass der von der EU beschrittene Weg weiterverfolgt wird – unter dem Deckmantel beispielsweise der Terrorabwehr könnten weitere Filterpflichten folgen.

Die AfD lehnt die Einschränkung und Regulierung des Medienangebots im Internet durch den gegenwärtig in Arbeit befindlichen neuen Medienstaatsvertrag ab. Der Medienstaatsvertrag zielt auf weitgehende „Regulierungen“ privater Angebote im Netz. Beispielsweise sollen bereits wenige hundert Abrufe eines Videos als Rundfunkangebot gewertet und entsprechend „reguliert“ werden, was de facto bedeutet: Zahllose Internetanbieter (z. B. YouTuber) fallen unter staatlich regulierte Aufsicht, diverse Auflagen erzwingen die Einstellung privater Kanäle. Solche Beschränkungen des Internets, die z. B. in China oder im Iran üblich sind, wird es mit uns nicht geben.

Die ausgewogene, neutrale und umfassende Berichterstattung muss wieder zum Kern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks werden.

Der Rundfunk-Zwangsbeitrag („GEZ“) muss abgeschafft werden.

Für eine Netz der freien Meinungsäußerung, keine Vorabzensur durch EU-Zwangsfilter.

Keine Ausweitung des Rundfunkbegriffs auf Podcasts und Videobeiträge.



03 | Für einen Rechtsstaat, der seine Bürger schützt

Innere Sicherheit

Die Sicherheit seiner Bürger ist der zentrale Daseinszweck des Staates. Sie ist nicht nur Voraussetzung für Freiheit, Demokratie und Wohlstand, sondern auch für die persönliche Entfaltung des Einzelnen. Die Gewährleistung der Sicherheit ist einerseits von einem gemeinschaftsorientierten Werte-, Sitten- und Normengefüge abhängig, das sich über Jahrhunderte hinweg ausgeprägt hat. Andererseits ist sie auf die Durchsetzung von Recht und Ordnung durch den Staat angewiesen. Eine intakte Rechtsordnung fußt auf unhinterfragten Selbstverständlichkeiten, die es in der von allen Altparteien angestrebten multikulturellen Gesellschaft nicht geben kann. Deshalb weist die AfD Thüringen entschieden das Ansinnen zurück, unsere über Generationen gewachsene Vertrauensgesellschaft in eine multikulturelle Gesellschaft aufzulösen.

Für einen Rechtsstaat mit sicheren Grenzen.

Rechtsstaatlich geordnete Sicherheit wird zudem dort infrage gestellt, wo der politische Wille zu ihrer Durchsetzung fehlt. Am augenfälligsten ist dies derzeit am Verzicht auf einen wirksamen Schutz unserer Staatsgrenzen erkennbar. Millionen Menschen sind in den zurückliegenden Jahren illegal in unser Land gekommen. Die überdurchschnittlich hohe Kriminalitätsrate der Zugewanderten ist in besonderem Maße für die Erosion unserer Sicherheit verantwortlich. Den gesetzlich vorgesehenen, aber nicht durchgesetzten Grenzschutz bezahlen wir Bürger im Inneren auch mit Eingriffen in unsere Freiheitsrechte und mit einer erheblichen Einschränkung unserer Lebensqualität. Wir treten für einen Rechtsstaat ein, in dem sich jederzeit alle, insbesondere Frauen, ohne Angst in der Öffentlichkeit bewegen können.

Polizei

Die bisherigen Landesregierungen haben durch ihre stiefmütterliche Behandlung der Polizei, durch ihre Ignoranz gegenüber der Kriminalitätsentwicklung sowie durch ihre falsche Einschätzung der Einwanderungsproblematik schwerwiegende Versäumnisse bei der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit zu verantworten. Es ist nicht so, dass nur das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger gelitten hätte, wie oft beschwichtigend behauptet wird. Die Kriminalitätsstatistiken legen nahe, dass der öffentliche Raum deutlich unsicherer geworden ist, was insbesondere auf einen Anstieg der Gewaltkriminalität und der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung zurückzuführen ist, bei denen Zugewanderte weit überdurchschnittlich tatverdächtig sind.

Unsere Polizei leidet seit Jahren unter einer fehlgeleiteten Sparpolitik der Landesregierungen.

Eine verfehlte Sparpolitik zulasten der Polizei hat zu einer Ausdünnung der Personaldecke geführt. Hinzu kommen immer schwieriger werdende Gefährdungslagen und eine Überbeanspruchung des Polizeiapparats durch zusätzliche Aufgabenfelder. Als unmittelbare Folge dieser Entwicklung sank beispielsweise die Aufklärungsquote im Bereich der Wohnungseinbruchsdiebstähle 2017 in Erfurt auf nur noch

17,1 Prozent. Außerdem hat die Politik der offenen Grenzen dazu geführt, dass viele Polizisten den Kampf gegen die ausufernde importierte Kriminalität als aussichtslos erleben und dass unseren Polizisten immer weniger Respekt entgegengebracht wird. Dieser Entwicklung, welche die Berufszufriedenheit und die Attraktivität des Polizeiberufs untergräbt, wollen wir einen Riegel vorschieben.

Wir streben eine personelle Aufstockung unserer Landespolizei an, die aber nicht durch Herabsetzung von Einstellungsvoraussetzungen erkauft werden darf. Vielmehr muss die Thüringer Polizei durch eine angemessene Bezahlung, die mit einer leistungsgerechten und fairen Beförderungspraxis einhergeht, sowie durch eine zeitgemäße Ausstattung aufgewertet werden. Jahrelange Wartezeiten auf Toilettenwagen, sichere Schutzwesten und andere Ausrüstungsgegenstände sind für uns inakzeptabel. Wir wollen für unsere Polizisten eine moderne Ausrüstung, die den gewandelten Einsatzanforderungen gerecht wird und den nötigen Schutz während des Dienstes gewährleistet. So fordern wir die Einführung von sogenannten Distanz-Elektroimpulsgeräten („Taser“). Durch den Einsatz von Tasern kann die Lücke, die sich in der Ausrüstung zwischen Schlagstock und Schusswaffe ergibt, auf unkomplizierte Weise geschlossen werden. Außerdem fordern wir zum verbesserten Schutz der Polizeibeamten den selbstbestimmten Einsatz von sogenannten Bodycams. Bei Probeläufen mit diesen Geräten kam es zu einem deutlichen Rückgang der Angriffe auf Polizeibeamte.

Für mehr Polizisten und eine moderne Ausrüstung unserer Polizei.

Die Thüringer AfD fordert ein umfassendes Konzept zur Modernisierung und Digitalisierung der Polizei. Einen besonderen Fokus wollen wir dabei auf eine Mobilitätsoffensive legen, aus welcher ein Projekt zur Ausstattung von Streifenwagen mit moderner Informationstechnik hervorgehen soll.

Politische Rückendeckung für unsere Polizei

Die ausufernde Gängelung durch politische Kräfte, welche die Polizei nicht als Partner, sondern als Gegner auffassen, hat eine demotivierende Wirkung auf Beamte und Bewerber. Die AfD setzt sich für eine Beendigung der Verunglimpfung und der Bloßstellung unserer Beamten nach Einsätzen gegen politische Extremisten und Straftäter ein. Unsere Polizei verdient die uneingeschränkte Rückendeckung durch die Politik, um den Rechtsstaat effektiv durchsetzen zu können.

Unsere Polizei verdient die uneingeschränkte Rückendeckung durch die Politik.

Jeder Angriff auf unsere Polizei ist für uns zugleich auch ein Angriff auf den Rechtsstaat. Die AfD setzt sich dafür ein, dass Strafandrohungen bei tätlichen Angriffen und Beleidigungen gegen Polizeibeamte signifikant erhöht und diese Straftaten auch konsequent geahndet werden.

Sicherheit in den Innenstädten erhöhen

Um die Sicherheit des öffentlichen Raumes insbesondere in Städten erhöhen zu können, wollen wir die rechtlichen Voraussetzungen für die Ausweisung von Alko-

holverbotszonen absenken. Trinkergruppen können so aus den zentralen Bereichen von Thüringens Innenstädten leichter verbannt werden. Zur Bekämpfung besonders uneinsichtiger Störer muss das nötige rechtliche Instrumentarium geschaffen werden. Der Polizei soll die Möglichkeit gegeben werden, Platzverweise auch mittels Verbringungsgewahrsam durchzusetzen.

Für Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten und gefährlichen Orten.

F flankierend zu diesen Maßnahmen befürworten wir den Einsatz von Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten sowie an Orten, wo die öffentliche Sicherheit besonders bedroht ist. Entsprechende Maßnahmen können aber nur vorübergehend sinnvoll sein und entheben die Politik keineswegs von der Pflicht, eine jahrelange Fehlentwicklung grundsätzlich zu korrigieren, die zur Verwahrlosung des öffentlichen Raums geführt hat.

Waffenrecht

Die behördliche Gängelung von Waffensammlern und Sicherheitsfirmen lehnen wir ab. Dem Ansinnen, Antragsteller einer waffenrechtlichen Erlaubnis bereits bei der Beantragung und verdachtsunabhängig durch den Verfassungsschutz überprüfen zu lassen, erteilen wir eine Absage. Einer Verschärfung des Waffenrechts durch die Hintertür der Europäischen Union (EU-Feuerwaffenrichtlinie) werden wir uns entgegenstellen.

Legalen Waffenbesitz nicht kriminalisieren, kein Generalverdacht gegenüber Waffenbesitzern.

Besitzer legaler Waffen dürfen nicht kriminalisiert und unter Generalverdacht gestellt werden. Die Verwaltungsbestimmungen zur Durchführung des Waffenrechts auf Landesebene wollen wir entschlacken und die Verwaltungsgebühren auf ein Mindestmaß beschränken. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, die verdachtsunabhängigen, anlasslosen und unbotmäßig in die Grundrechte rechtstreuer Bürger eingreifenden Waffenaufbewahrungskontrollen abzuschaffen.

Die Justiz als Rückgrat des Rechtsstaats stärken

Der Rechtsstaat scheitert, wenn Rechtsbruch zu häufig ungesühnt bleibt und das Vertrauen in die staatliche Ordnung beim Bürger hierdurch zu sinken beginnt. Immer mehr Thüringer haben zu Recht den Eindruck, dass außerhalb der Verfolgung von Geschwindigkeitsüberschreitungen oder Falschparken nicht Recht und Ordnung herrschen, sondern der Rechtsbrecher am Ende der Sieger ist.

Für eine personelle Aufstockung der Justiz, um Straftaten konsequent und schnell aufzuklären, anzuklagen und Recht zu sprechen.

Auf der einen Seite sind völlig überlastete Staatsanwaltschaften und Gerichte sowie eine ausgedünnte und politisch am Gängelband geführte Polizei der Grund dafür, warum im Freistaat Thüringen sogar bekannte Intensivtäter immer wieder ihr Unwesen treiben können. Auf der anderen Seite existiert in Thüringen ein ausgefeiltes System sozialer und rechtlicher Betreuung, das sich um die Belange von Straftätern kümmert – von den strafrechtlichen Ermittlungen zu Beginn bis zur Zeit nach Verbüßung der Strafe zum Zwecke der Resozialisierung. Diese jahrzehntelange falsche Schwerpunktsetzung der Altparteien muss beendet werden. Natürlich

sollen im erforderlichen Umfang auch Betreuungsangebote für Straftäter sichergestellt werden, um Resozialisierungschancen zu nutzen. In erster Linie bedarf es aber einer konsequenten und zeitnahen Ahndung jedes Rechtsbruchs. Zu diesem Zweck wollen wir die erforderlichen Mittel bereitstellen, um Staatsanwaltschaften und Gerichte personell in die Lage zu versetzen, Straftaten konsequent und schnell aufzuklären, anzuklagen und Recht zu sprechen.

Besondere Schwerpunkte müssen nach unserer Überzeugung bei der Bekämpfung und Verfolgung von Gewaltkriminalität, Sexualstraftaten, Drogen- und Einbruchskriminalität sowie politisch oder religiös motivierter Kriminalität gesetzt werden. Die offenkundige Ignoranz gegenüber Straftaten aus dem linksextremen Unterstützungskreis der rot-rot-grünen Landesregierung wollen wir beenden und auch hier den Rechtsstaat wieder in Vollzug setzen.

Linksextremistische Straftaten nicht länger ignorieren.

Zur Bekämpfung der Kriminalität in den genannten Schwerpunktbereichen müssen auch massive organisatorische Veränderungen herbeigeführt werden, insbesondere die Gründung von weiteren Schwerpunktstaatsanwaltschaften und der Ausbau der Personenfahndung. Eine Arbeitsgruppe des Justizministeriums soll untersuchen, wie regelmäßig wiederkehrende Hinderungsgründe für die Anordnung von Untersuchungshaft und für eine konsequente Bestrafung von Intensivtätern beseitigt werden können. Zu den von uns angestrebten organisatorischen Verbesserungen zählt auch die Einführung spezialisierter Haftstaatsanwälte zur Erhöhung der U-Haft-Quote. Ziel der AfD ist es, dass insbesondere bei Intensivtätern deutlich früher als bisher auch langfristige Haftstrafen verhängt werden, um diese von weiteren Taten abzuhalten oder abzuschrecken.

Das Projekt eines gemeinsamen Großgefängnisses mit Sachsen wollen wir beenden. Wir sind der Überzeugung, dass infolge des von uns geplanten Kapazitätsausbaus bei den Staatsanwaltschaften und den Gerichten auch langfristig deutlich mehr Haftplätze in Thüringen benötigt werden. Die Reaktivierung oder der Neubau einer geeigneten Haftanstalt ist daher eine weitere Schwerpunktaufgabe.

Die AfD Thüringen will die Situation der Justizvollzugskräfte im Freistaat verbessern. Insbesondere müssen unsere Justizvollzugsbeamten in die Lage versetzt werden, bei Bedarf ohne Eigengefährdung unmittelbaren Zwang gegen gewalttätige Haftinsassen anzuwenden – ohne hierzu erst Spezialkräfte der Polizei anfordern zu müssen. Der grassierende Drogenhandel in Thüringer Haftanstalten muss entschieden bekämpft werden, auch um Resozialisierungschancen zu erhöhen.

Situation der Justizvollzugskräfte verbessern, Drogenhandel in den Haftanstalten bekämpfen.

Im Bereich der Zivil- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit soll durch Neueinstellungen die Verfahrensdauer von Prozessen deutlich verringert werden, um den Anspruch auf effektiven Rechtsschutz zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang

Die Verfahrensdauer von Gerichtsprozessen ist durch personelle Stärkung insbesondere der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit zu verringern. Bürger müssen zügig zu ihrem Recht kommen.

muss eine Nachbesetzung jener Stellen gesichert sein, die von der Pensionierungswelle betroffen sind.

Wir wollen öffentliche Institutionen des Landes und der Kommunen sowie in Thüringen ansässige Unternehmen ermutigen, Beratungsmandate vermehrt an lokale Kanzleien zu vergeben. Die erforderliche Fachexpertise ist zumeist auch in Kanzleien aus unserem Freistaat vorhanden, denen jedoch im Wettbewerb mit Großkanzleien aus Metropolregionen außerhalb Thüringens die Beziehungen zu den häufig westdeutsch geprägten Führungsetagen fehlen. In diesem Sinne wollen wir eine bessere Vermarktung der vor Ort vorhandenen Beratungskompetenz unterstützen und für die entsprechende Sensibilisierung bei Führungskräften sorgen.

In organisatorischer Hinsicht möchte die AfD Thüringen die Selbstverwaltung der Justiz voranbringen. Politische Einflussnahmen auf Ermittlungsverfahren, aber auch auf die Besetzung von Richter- und Staatsanwaltsstellen wollen wir möglichst beenden und der Fachexpertise in der Justiz den Vorzug geben. In diesem Zusammenhang machen wir uns für eine erforderliche Verfassungsänderung stark.

Gegen die Aushöhlung des Versammlungsrechts, für die effektive Gewährleistung der Versammlungsfreiheit.

Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und dessen Garantie sind für uns von besonderer Bedeutung. Effektive Versammlungsfreiheit darf nicht nur für Versammlungen des linken Spektrums gelten, sondern steht allen politischen Gruppierungen zu – unabhängig von den jeweils vertretenen Meinungsäußerungen. Zu diesem Zweck muss nicht nur gegen diejenigen vorgegangen werden, welche Versammlungen zu vereiteln versuchen. Auch behördliche Verstöße gegen das Versammlungsrecht sollten geahndet werden, etwa wenn Gegendemonstrationen in einer Weise zugelassen werden, die eine Behinderung der ursprünglich angemeldeten Versammlung zur Folge hat. Die derzeitige Landesregierung und einige Thüringer Kommunen verfolgen eine Aushöhlung des Versammlungsrechts. Die schikanöse Behandlung von Versammlungsteilnehmern, die restriktiven Auflagen und die Nichtverfolgung von Straftaten gegen angemeldete Versammlungen brachten dies in den vergangenen Jahren hinreichend zum Ausdruck. Diese rechtsstaatswidrige Praxis muss beendet werden und sollte Gegenstand eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses sein.

Für die konsequente Ahndung von Attacken auf Polizisten, Bedienstete der Ordnungsämter, der Feuerwehren, Rettungsdienste, des THW und der Gerichtsvollzieher.

Die AfD fordert: Thüringen soll sich mit Bundesratsinitiativen dafür einsetzen, dass verbale und gewalttätige Angriffe auf Polizisten, Ordnungsamtsmitarbeiter und öffentliche Bedienstete im Amt endlich konsequent verfolgt und geahndet werden. Das gilt ebenso für den Schutz von Angehörigen der Rettungsdienste, der Feuerwehren, des Technischen Hilfswerks und der Gerichtsvollzieher. Unser Freistaat muss auch im Einzelfall sicherstellen können, dass diese Berufsgruppen bei ihrer wertvollen Tätigkeit für unsere Gesellschaft vor Gewalt und Aggression geschützt werden. In diesem Zusammenhang machen wir uns für eine Ausweitung und eine

Verbesserung der Amtshilfe durch die Polizei stark, z. B. bei Einsätzen in Problemvierteln oder im Umfeld gewaltbereiter Milieus.

Im Dienste der Allgemeinheit: Feuerwehren, Rettungsdienste, Technisches Hilfswerk

Der Staat hat für den Schutz von Leib, Leben und Eigentum seiner Bürger zu sorgen. Doch wäre er überfordert, wollte er alle Dienste selber leisten. Daher ist neben dem hauptamtlichen insbesondere das ehrenamtliche Engagement der Freiwilligen Feuerwehren, der Rettungsdienste und des Technischen Hilfswerks unentbehrlich.

Damit diese ihren wertvollen Beitrag zum Schutz und zur Hilfe auch in Zukunft leisten können, will die AfD Thüringen die Freiwilligen Feuerwehren in den Kommunen personell und sachlich stärken. Aus diesem Grund möchten wir die Mitarbeit in der Freiwilligen Feuerwehr attraktiver gestalten, indem ein Landesprogramm zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in den Kommunen aufgesetzt wird. Die Mittel hierfür sollen unmittelbar aus den gegenwärtig bestehenden Programmen des Freistaates zur Verfügung gestellt werden, die der ideologisch motivierten Bekämpfung politischer Meinungen dienen.

Wir wollen ein Landesprogramm zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements.

Das Ansehen ehrenamtlicher Tätigkeiten in den Feuerwehren, den Rettungsdiensten oder dem Technischen Hilfswerk soll bereits in den Kindergärten und Schulen hervorgehoben werden. Wir möchten den Erfahrungsaustausch der Kommunen auf diesem Gebiet stärken, indem ein zentraler Ansprechpartner im zuständigen Ministerium eingesetzt wird. Zudem ist es uns ein wichtiges Anliegen, die Ausbildungsbedingungen an der Feuerweherschule in Bad Köstritz weiter zu verbessern. Wir wollen uns daher unter anderem dafür einsetzen, dass das Lehrgangsangebot zur Ausbildung von Atemschutzgeräteträgern ausgebaut und gefördert wird, da gerade in diesem Bereich ein erheblicher Personalmangel besteht.

Die Ausbildungsbedingungen an der Feuerweherschule in Bad Köstritz sind zu verbessern.

Als Zeichen unserer Anerkennung und Dankbarkeit dafür, dass die Frauen und Männer der Freiwilligen Feuerwehr jahrelang ihre Gesundheit sowie ihr Leben zum Wohle der Allgemeinheit riskieren, fordern wir, die Leistungen aus der Feuerwehrrente für die ehrenamtlich Tätigen zu erhöhen.

Die Feuerwehrrente für Ehrenamtliche erhöhen, moderne Ausrüstung für Rettungsdienste.

Außerdem möchten wir dafür Sorge tragen, dass die ehrenamtlichen Katastrophenschutz Helfer mit der nötigen Ausrüstung sowie mit modernen Fahrzeugen ausgestattet werden, damit sie für ihre gefährliche Arbeit den angemessenen Schutz erhalten und innerhalb der vorgeschriebenen Reaktionszeit die Einsatzorte erreichen können.

Das Thüringer Amt für Verfassungsschutz reformieren

Für die AfD Thüringen stellen das Grundgesetz und die Thüringer Verfassung die rechtliche Grundlage des Zusammenlebens in unserem Freistaat dar. Alle Bestrebungen, die Verfassungsordnung auszuhebeln oder sie ganz bzw. teilweise zu ver-

Gegen die politische Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes. Anders als das MfS in der DDR ist unser Verfassungsschutz nicht dazu da, unbequeme Meinungen zu diffamieren und zu bekämpfen.

nichten, sind zu bekämpfen. Soweit das Amt für Verfassungsschutz diesem Zweck dient, hat es seine Berechtigung und die Unterstützung der AfD. Mit Sorge beobachten wir allerdings, dass das Amt seiner Aufgabe, nämlich die verfassungsmäßige Ordnung zu schützen, aufgrund massiver parteipolitischer Instrumentalisierung seit einiger Zeit nur noch begrenzt gerecht werden kann:

Seit Amtsantritt der rot-rot-grünen Landesregierung wird der Thüringer Verfassungsschutz mehr und mehr zur Bekämpfung der AfD eingesetzt. In der öffentlichen Wahrnehmung entsteht der Eindruck, dass hier eine politische Partei als Mitbewerber in der Landtagswahl 2019 diskreditiert werden soll. Dabei übernimmt die Spitze des Verfassungsschutzamtes unter Stephan Kramer öffentlichkeitswirksam nicht nur Unterstellungen und Bewertungen linksextremer Autoren, sondern verbreitet auch wahrheitswidrige Tatsachenbehauptungen. Die verfassungsrechtlich garantierte Chancengleichheit der Parteien im politischen Wettbewerb wird hierdurch massiv beeinträchtigt.

Zudem verschärfte sich in den letzten Jahren die Tendenz, Äußerungen, die vom Grundrecht der Meinungsfreiheit geschützt sind, als verfassungswidrig zu diffamieren, zu kriminalisieren und die soziale Ächtung der hiervon betroffenen Personen aktiv zu fördern, beispielsweise indem man politisch missliebigen Positionen „Rassismus“ andichtet. Auf der anderen Seite fehlt weitgehend die Überwachung von gewalttätigen Extremisten aus dem regierungsnahen linken Lager. Infolgedessen können diese Personen in Thüringen größtenteils unbehelligt Meinungen und Positionen aggressiv bekämpfen, die zu linksgrünen Vorstellungen in Opposition stehen.

Betroffen von solcher Agitation sind insbesondere politisch aktive Bürger, die sich kritisch zur vorherrschenden Asyl- und Zuwanderungspolitik äußern und hierdurch etwa mit der offiziellen Parteilinie der SPD kollidieren – also der Partei, welcher sowohl der Präsident des Thüringer Amtes für Verfassungsschutz als auch der ressortzuständige Innenminister angehören. Ungeachtet aller Unterschiede erinnert das Vorgehen dieses politischen Führungspersonals viele Menschen in Thüringen an die Praxis des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in der DDR.

Die AfD Thüringen will diesen politischen Missbrauch des Amtes für Verfassungsschutz beenden. Der Verfassungsschutz muss daher reorganisiert werden – als ein an Recht, Gesetz und demokratische Grundregeln gebundenes neutrales Amt.

Hierzu ist in erster Linie eine Neubesetzung der Amtsspitze durch Personen erforderlich, die dieser Aufgabe fachlich und persönlich gerecht werden können und welche die rechtlich geforderten Qualifikationsmerkmale tatsächlich erfüllen. Selbstverständlich wollen wir dafür sorgen, dass das Amt zukünftig die Gefahren, denen die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgesetzt ist, nach ausschließlich sachlichen Kriterien aufklärt. Das betrifft insbesondere auch die Berei-

che des linken, des religiösen und des aus dem Ausland importierten Extremismus. Hier agiert das Amt für Verfassungsschutz gegenwärtig durch politisch motivierte Führungsvorgaben vielfach blind und erfasst dadurch einen erheblichen Teil politisch motivierter Gewalt und extremistischer bzw. verfassungsfeindlicher Bestrebungen überhaupt nicht.

In diesem Zusammenhang muss namentlich die Verflechtung des Thüringer Verfassungsschutzamtes mit linksextremen Organisationen wie der Amadeu-Antonio-Stiftung, deren Stiftungsratsmitglied Verfassungsschutzpräsident Kramer ist, beendet werden. Zu beenden ist auch die Förderung des linksextremen „Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft“ in Jena. Dieses „Institut“ spielt de facto die Rolle eines „Nebengeheimdienstes“ der derzeitigen Regierungskoalition und erweist sich als Stichwortgeber im Kampf gegen konservative, patriotische, bürgerliche und liberale Überzeugungen im Freistaat. Dem Amt für Verfassungsschutz darf keine ideologisch ausgerichtete und staatlich finanzierte Organisation an die Seite gestellt werden, die sich zudem parlamentarischer Kontrolle entzieht.

Dem Amt für Verfassungsschutz dürfen keine ideologisch ausgerichteten, nicht parlamentarisch kontrollierten Organisationen an die Seite gestellt werden.

Die Arbeit des Thüringer Amtes für Verfassungsschutz ist nach unserer Überzeugung nur dann politisch und rechtlich legitim, wenn sie sich mit tatsächlichen und nicht mit lediglich behaupteten verfassungsfeindlichen Tendenzen befasst. Solche Tendenzen liegen dann vor, wenn die Verfassungsordnung gewaltsam beseitigt werden soll oder wenn die konstitutiven Bestandteile dieser Ordnung – die Volkssouveränität, die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder an der Gesetzgebung, die Grundsätze des Rechtsstaates, der Republik, der Demokratie, des Sozialstaates oder die Grundrechte – aufgehoben werden sollen (siehe Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes). Das gewaltfreie Eintreten beispielsweise für ein ethnopluralistisches Weltbild, die Ablehnung einer multikulturellen Gesellschaft, Kritik an der Verharmlosung des Islam und an einer entsprechenden Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Islam oder Kritik an Regierungshandeln im Allgemeinen zählen ausdrücklich nicht hierzu. Entsprechende Meinungsäußerungen sind in einem Verfassungsstaat grundrechtlich geschützt und zulässig. Sie dürfen sich im Streit der Meinungen ungehindert artikulieren.

Die Meinungsfreiheit gilt auch gegenüber dem Amt für Verfassungsschutz.

Das Amt für Verfassungsschutz darf die Geheimschutzinteressen der Thüringer Wirtschaft nicht vernachlässigen und muss der Abwehr von Wirtschaftsspionage eine gesteigerte Aufmerksamkeit widmen. Wirtschaftsspionage schädigt letztlich die Allgemeinheit und sollte wirksam bekämpft werden. Das Amt für Verfassungsschutz muss daher für Thüringer Unternehmen ein verlässlicher Partner in Sicherheitsfragen sein.

Das Amt für Verfassungsschutz soll ein verlässlicher Partner der Thüringer Wirtschaft im Kampf gegen Wirtschaftsspionage sein.

In der Zusammenarbeit des Verfassungsschutzamtes mit der Polizei, namentlich mit dem polizeilichen Staatsschutz, darf der Informationsaustausch nicht bloß

einseitig erfolgen. Berechtigte Auskunftsinteressen der Polizei müssen vom Verfassungsschutz erfüllt werden. Wo die hierfür erforderlichen Rechtsgrundlagen fehlen, wollen wir diese schaffen.

Die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes gehört nicht allein in die Hände der Altparteienvertreter.

Auch die parlamentarische Kontrolle des Thüringer Verfassungsschutzamtes wollen wir nach den Missbrauchserfahrungen der letzten Jahre und vor dem Hintergrund diverser Skandale um den Thüringer Verfassungsschutz neu organisieren. Es darf zukünftig nicht mehr möglich sein, die parlamentarische Kontrolle ausschließlich auf Vertreter der Altparteien zu beschränken, wie es derzeit in demokratiefeindlicher Art und Weise praktiziert wird. Wir wollen eine Regelung schaffen, die das gesamte demokratisch legitimierte und parlamentarisch vertretene politische Spektrum an der Kontrolle des Verfassungsschutzes teilhaben lässt, ohne den erforderlichen Vertraulichkeitsschutz dabei aus dem Auge zu verlieren.

04 | Für starke Familien in einem kinderfreundlichen Thüringen

Familienpolitik



Die AfD ist die Familienpartei in Thüringen. Wir bekennen uns zur traditionellen Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kind(ern). In den Familien wird Zuwendung, Geborgenheit, Vertrauen und Solidarität gelebt, aber auch gegenseitig Verantwortung übernommen. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes und dürfen durch die Politik nicht infrage gestellt werden.

Die aktuelle Regierungskoalition in Thüringen orientiert ihre Familienpolitik überwiegend am Thema Erwerbstätigkeit, indem die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Mittelpunkt gerückt wird. Aus Sicht der AfD handelt es sich hierbei um eine unzulässige Verkürzung des Gesamtzusammenhangs Familie. Familien stellen nämlich, ungeachtet erwerbsbezogener Aspekte, zunächst die biologische und kulturelle Zentralinstitution der Gesellschaft dar. Für einen Staat, der in seine Zukunft investiert, muss eine verlässliche Politik für Familien und Kinder an erster Stelle stehen. Die Bejahung der Elternschaft im Sinne einer Kultur des Lebens ist ein Leitgedanke zukunftsweisender Familienpolitik.

Die AfD möchte aus Gründen der Existenzsicherung schrittweise ein Familiengeld in angemessener Höhe einführen. Mit diesem Familiengeld soll es künftig möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann. Dadurch wird den Eltern die Möglichkeit gegeben, sich frei von finanziellen Zwängen zwischen Berufstätigkeit oder Erwerbspause zu entscheiden. Die Belastung von Eltern durch Kindergartengebühren möchten wir insbesondere im mittleren Einkommenssegment, d.h. bei Familien von Arbeitern, Angestellten und Selbstständigen thüringenweit deutlich absenken.

Demographie und bevölkerungspolitische Herausforderungen

Der demographische Niedergang Deutschlands zeigt auch in Thüringen seine Auswirkungen. Mit einer weitsichtigen Bevölkerungspolitik hätte man der negativen Entwicklung der Altersstruktur zumindest teilweise gegensteuern können. Eine aktive und vorausschauende Bevölkerungspolitik wurde von den Altparteien in Thüringen jedoch nicht betrieben und fälschlicherweise auch nicht für notwendig erachtet. Auch deshalb altert und schrumpft die Bevölkerung im Freistaat – mit vielen negativen Folgen für das Land. Eine ungesteuerte und in weiten Teilen illegale Masseneinwanderung kann allerdings nicht die Antwort auf die bevölkerungspolitischen Versäumnisse der letzten Jahrzehnte sein.

Artikel 17 Absatz 1 der Thüringer Verfassung: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung“. Das muss auch so bleiben.

Für ein Familiengeld und die finanzielle Entlastung von Eltern.

Masseneinwanderung ist nicht die Antwort auf die von den Altparteien mit zu verantwortenden demographischen Probleme Thüringens.

Der Freistaat Thüringen benötigt eine politische Ausrichtung, die ihn insbesondere für junge Familien attraktiv macht. Wir brauchen eine Politik, die in der Stadt und auf dem Land ein selbstbestimmtes Leben sowie ein Miteinander der Generationen auf der Basis unserer Kultur und unserer Lebensweise ermöglicht.

Familien stärken und entlasten

Für die Einführung eines Familien-darlehens.

Die AfD steht für einen Neustart in der Familienpolitik, der auch mit bewährten Konzepten neue Wege einschlägt. Die AfD Thüringen spricht sich daher für ein Familiendarlehen aus, dessen Rückzahlungsbetrag sich in Abhängigkeit von der Kinderzahl verringert.

Den ländlichen Raum für Familien attraktiv gestalten: In Infrastruktur investieren.

Thüringen muss als Bundesland für junge Familien deutlich attraktiver werden. Unser ländlich geprägter Freistaat sollte daher Maßnahmen ergreifen, durch die vernachlässigte und heute strukturschwache Regionen gestärkt und aufgewertet werden. So können diese Regionen auch wieder junge Familien anziehen. Wir wollen Schulstandorte flächendeckend erhalten und in die Infrastruktur investieren. Eine gute Verkehrsanbindung sowie eine verlässliche medizinische Versorgung sind wichtig, damit junge Familien ihren Lebensmittelpunkt im ländlichen Raum behalten oder neu finden.

Die Grunderwerbssteuer reduzieren und den Ersterwerb von Wohneigentum für Familien fördern.

In diesem Zusammenhang fordert die Thüringer AfD, die Grunderwerbssteuer für Familien mit Kindern beim Ersterwerb von Wohneigentum deutlich zu reduzieren. Zudem möchten wir den Ersterwerb von Wohneigentum für Familien mit Kindern durch nachrangige Darlehen fördern, deren Rückzahlung für jedes Kind der Familie teilweise erlassen wird.

Für die Einführung eines steuerrechtlichen Familiensplittings.

Auch die ungerechte steuerliche Belastung der Familien lässt Kinder für manche junge Paare zu einem Armutsrisiko werden. Die AfD Thüringen fordert deshalb eine umfassende Steuerreform unter dem Leitgedanken der Familienfreundlichkeit und der steuerlichen Entlastung von Familien. Insbesondere müssen nach unserer Überzeugung Kinder beim Familieneinkommen steuerlich in Form eines echten Familiensplittings berücksichtigt werden.

Altersgerechte Kinderbetreuung

Die Pflege und die Erziehung der Kinder sind gemäß Artikel 6 unseres Grundgesetzes das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Die Thüringer AfD lehnt eine Aushöhlung dieses Grundrechts entschieden ab. In den ersten drei Lebensjahren ist das Wachsen einer engen Eltern-Kind-Beziehung besonders wichtig. Diese gibt dem Kind Geborgenheit, Verlässlichkeit und schafft das notwendige Urvertrauen.

Grundsätzlich wissen Eltern, was das Beste für ihre Kinder ist. Daher fordert die AfD eine echte Wahlfreiheit für Eltern, über die Art der Erziehung und Betreuung

zu entscheiden. Es darf keine Benachteiligung der Betreuung in der Familie gegenüber einer Tageseinrichtung oder einer Betreuung durch eine Tagesmutter geben. In Krippen und Kindergärten muss eine hohe Qualität insbesondere durch einen angemessenen Betreuungsschlüssel gewährleistet werden.

Die tatsächliche Wahlfreiheit der Eltern bei der Betreuung und Erziehung der Kinder gewährleisten.

Die AfD tritt für die Beibehaltung der Begriffsbezeichnungen „Kinderkrippe“ und „Kindergarten“ ein. Die Bezeichnungen entsprechen der Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Bedürfnissen von Kindern verschiedener Altersgruppen und den daraus abgeleiteten Betreuungsanforderungen. Außerdem verweist die Bezeichnung „Kindergarten“ auf das pädagogische Konzept des aus Thüringen stammenden Pädagogen Friedrich Fröbel (1782–1852), der die Einheit von Bildung, Erziehung und Betreuung betonte. Damit hat Fröbel weltweite Anerkennung in der Kinderpädagogik erlangt. Die Thüringer AfD steht für eine Bewahrung und Fortsetzung der Tradition Fröbelscher Pädagogik.

Kindergärten

Unsere Kindergärtnerinnen und Erzieherinnen leisten einen wichtigen Beitrag zur guten Entwicklung unserer Kinder. Zur Wertschätzung gehört neben einer leistungsgerechten Bezahlung auch die Möglichkeit, in Vollzeit zu arbeiten.

Für eine leistungsgerechte Bezahlung von Erzieherinnen und Kindergärtnerinnen, für die Verbesserung der Möglichkeit, Vollzeit zu arbeiten.

Im Mittelpunkt der Kindergartenbetreuung stehen altersgerechtes Spielen und kindgerechtes Lernen. Sexualerziehung hingegen ist das primäre Recht und die Pflicht der Eltern und muss mit der körperlichen und der seelischen Entwicklung von Kindern übereinstimmen. Sie sollte daher nicht im Kindergarten oder in der Grundschule erfolgen. Die AfD lehnt eine detaillierte Darstellung und Erläuterung von sexuellen Praktiken sowie die Infragestellung des eigenen Geschlechts im Rahmen der Kindergartenpädagogik entschieden ab. Lern- und Lehrbuchinhalte haben eine Leitbildfunktion und sollten sich daher vorrangig an der Lebenswelt der gesellschaftlichen Mehrheit orientieren.

Gegen Frühsexualisierung unserer Kinder.

Wir setzen uns dafür ein, dass eine wohnortnahe Kinderbetreuung auch im ländlichen Raum durch finanzielle Unterstützung des Landes garantiert wird.

Ein wichtiger Bestandteil einer guten Kindergartenbetreuung ist ein gesundes Verpflegungsangebot. Für die Speisenversorgung in den Kindergärten sind nach Möglichkeit regionale Anbieter zu bevorzugen. Angeboten werden soll eine regionale, gesunde und heimatverbundene Küche.

Hebammen

Jede Frau hat das Recht, bei der Entbindung, der Vor- und der Nachsorge von einer Hebamme betreut zu werden. Leider droht gerade in ländlichen Regionen ein Mangel an freiberuflichen Hebammen. Für viele dieser Hebammen sind die hohen Haftpflichtprämien ihrer Versicherungen existenzbedrohend. Um entsprechen-

Hebammen bei den Haftpflichtprämien unterstützen.

de Risiken abzufedern, ist ein ausreichend bemessener Unterstützungsfonds aus Landesmitteln einzurichten, mit dem ein Zuschuss zu den Haftpflichtprämien der Hebammen geleistet werden kann.

Kein Kindergeld ins Ausland

Seit 2010 verzehnfachte sich die Summe des ins Ausland abfließenden Kindergeldes auf über 350 Millionen Euro. Die Thüringer AfD setzt sich dafür ein, die bestehenden EU-rechtlichen Vorgaben so zu ändern, dass ein Abfluss deutscher Kindergeldzahlungen auf ausländische Konten in Zukunft nicht mehr möglich ist.

Es geht um Anerkennung: Für eine zukunftssichere Rente

Das umlagefinanzierte Rentensystem zukunftssicher gestalten, Eltern rentenrechtlich besser berücksichtigen.

Die Position der AfD Thüringen ist klar: Wir stehen zur umlagefinanzierten Rentenversicherung! Seit 130 Jahren leistet sie unserem Volk auch in schwierigen Zeiten einen großen Dienst. Darum fordern wir, das Rentensystem an die aktuellen Entwicklungen anzupassen, sodass es auch in Zukunft ein hohes Leistungsniveau für unsere Eltern und Großeltern erreicht.

Uns geht es um Wertschätzung! Insbesondere Eltern müssen deutlich besser gestellt werden. Sie zahlen Beiträge und erziehen zukünftige Beitragszahler. Ihre Erziehungsleistung muss daher viel stärker berücksichtigt werden als bisher. Um die geforderten Maßnahmen umsetzen zu können, muss die Finanzierungsbasis des Rentensystems erweitert werden. Darüber hinaus dürfen private Rentenprodukte wie die sogenannte Riester- und die Rürup-Rente nicht länger staatlich subventioniert werden.

Familienverträglichkeitsprüfung

Eine gute Familienpolitik, welche die Interessen von Familien und Kindern in Thüringen in den Mittelpunkt stellt, setzt voraus, dass alle Gesetze, Verordnungen und alle Verwaltungshandlungen vor Inkrafttreten einer Familienverträglichkeitsprüfung unterzogen werden.

05 | Für zukunftssichernde Bildung und Wissenschaft Bildungspolitik



Bildung und Erziehung sind die unentbehrlichen Grundlagen für die Entfaltung einer individuellen Persönlichkeit und die Bedingung für ein freies und selbstbestimmtes individuelles Leben. Sie sind auch entscheidend für die Leistungs- und Innovationsfähigkeit und tragen dadurch zum wirtschaftlichen Wohlstand eines Landes bei. Die Altparteien versagen seit Langem auf dem zentralen Feld der Bildungspolitik. Damit gefährden sie Deutschlands und Thüringens Zukunft.

Unsere Bildungssubstanz ist stark angegriffen. Unternehmer und Hochschullehrer klagen über die mangelnde Ausbildungs- und Studierfähigkeit der Schulabsolventen. Eltern spüren instinktiv, dass die Beschulung ihrer Kinder in Sachen Effizienz und Effektivität hinter der eigenen zurückbleibt. Für die Schüler selbst wird die persönliche Bildungsbiographie immer öfter zur Frustrations- und sogar zur Leidensbiographie.

Vor einhundert Jahren wurde in der Weimarer Reichsverfassung die allgemeine Schulpflicht für ganz Deutschland festgeschrieben. Seither haben noch nie so viele junge Menschen so lange unsere Schulen besucht, um so wenig dabei zu lernen wie heute – und das, obwohl es zu keinem Zeitpunkt in der Vergangenheit unseres Landes mehr Geldzuweisungen und mehr Lehrer pro Lernenden gab. Dabei korrespondiert mit der Schulpflicht ein Recht auf Bildung, das die Landesregierung zu gewährleisten und durchzusetzen hat.

Diese von immer mehr Menschen auch in Thüringen erlebte Mangellage hat vier zentrale Ursachen:

- Schüler, Eltern und Lehrer werden mit immer neuen Bildungsexperimenten verunsichert.
- Lehrer werden zu „Lernbegleitern“ degradiert und trauen sich kaum noch, eine natürliche, ordnende Autorität auszubilden.
- Immer weniger Schüler besitzen die für die Beschulung in der Klassengemeinschaft notwendige Gruppenfähigkeit.
- Immer mehr Schüler besuchen unsere Schulen, die über keine oder nur geringe Deutschkenntnisse verfügen.

Unser Schulsystem leidet an der Vielzahl oft unsinniger oder ideologisch motivierter Bildungsexperimente der letzten Jahrzehnte.

Das heißt: Die Schulen als Institution und die Lehrer werden gezwungen, permanent bewährte Methoden über Bord zu werfen. Sie müssen immer mehr erziehen, immer mehr integrieren, mittlerweile auch immer mehr „inkludieren“. So kommen sie immer später zu ihrem eigentlichen Kerngeschäft, nämlich der Vermittlung von Fähigkeiten, Fertigkeiten und übertragbaren Einsichten – also von Bildungswissen.

Das ist die bedrückende Ausgangslage im Politikfeld „Bildung“ in Deutschland im Jahr 2019. In Thüringen wird diese Lage noch durch hausgemachte Probleme wie Stundenausfall, Zentralisierung und forcierte Ideologisierung verschärft.

Schulen brauchen Schulfrieden, Schüler, Eltern und Lehrer Verlässlichkeit. Schluss mit immer neuen Bildungsexperimenten an Schülern und Lehrern.

Wir fordern daher: Die Dauereperimente im Bildungsbereich müssen beendet werden! Schulen brauchen Schulfrieden, Schüler, Eltern und Lehrer Kontinuität und Verlässlichkeit! Dabei liegt es auf der Hand, dass die bildungspolitische Erneuerung nur gelingen kann, wenn sie in eine gesellschaftspolitische Neuausrichtung eingebettet ist, die in erster Linie aus einer Stärkung der klassischen Familie besteht. Zu dieser Neuausrichtung gehört auch in diesem Zusammenhang die Beendigung der Masseneinwanderungspolitik. Unser Schulsystem, das bereits durch die politisch zu verantwortenden strukturellen Mängel schwer beeinträchtigt wird, erfährt eine enorme zusätzliche Belastung durch die Folgen der weitgehend illegalen Masseneinwanderung.

Die Defizite der derzeitigen Bildungspolitik ziehen sich von der Grundschule bis zur Universität durch alle Bildungsbereiche und potenzieren sich nicht selten im Bildungsgang des jungen Menschen. Die Hochschulen haben sich nicht nur immer öfter um die Nachqualifikation nicht studienreifer Erstsemester zu kümmern, sie werden daneben als staatliche Institutionen zur ideologischen Indoktrination missbraucht. So existieren an deutschen Hochschulen bereits über 200 steuergeldfinanzierte Lehrstühle für „Gender-Mainstreaming“, deren pseudowissenschaftliche Forschung um die Kernthese kreist, dass das menschliche Geschlecht lediglich als „soziales Konstrukt“ anzusehen sei.

Die Ökonomisierung und Verschulung der Hochschulen schadet der Bildungsqualität.

Gleichzeitig belastet der Zwang zur Ökonomisierung unsere Hochschulen. So werden Mittelzuweisungen auch an die Zahl der Absolventen gekoppelt, was zu einer verstärkten Orientierung an der Quantität statt an der Qualität geführt hat. Diese Ökonomisierung der deutschen Hochschulen ist Teil des sogenannten Bologna-Prozesses, dessen grundsätzliche Zielsetzung eine „internationale Harmonisierung“ des universitären Bildungssektors ist. In Wirklichkeit stellt dieser von sämtlichen deutschen Altparteien unterstützte Prozess ein Angleichen an internationales Mittelmaß dar. Ohne Not wurde für eine infantilisierende Verschulung des Studiums („Modularisierung“) das Humboldtsche Bildungsideal über Bord geworfen, das zu Beginn des 19. Jahrhunderts während der preußischen Reformen praktisch umgesetzt wurde und Bildung als Selbstzweck sowie als Bildung zur Freiheit proklamierte. Dieses Bildungsideal kann als Grundlage dafür angesehen werden, dass Deutschland jahrzehntelang die weltweit führende Bildungs- und Wissenschaftsnation war.

Die AfD Thüringen steht für eine Bildungs- und Wissenschaftspolitik, die sich an eigenen, bewährten Kulturtraditionen und am gesunden Menschenverstand orientiert. Aus diesem Verständnis ergeben sich folgende Forderungen:

Für ein differenziertes und gegliedertes Schulsystem

Jedes Kind soll seine Anlagen, entsprechend seinen Neigungen, optimal entfalten können. Das gegliederte Schulsystem und eine schulartspezifische Lehrerbildung bieten dafür die besten Voraussetzungen. Die Thüringer AfD befürwortet daher ein nach individuellen Begabungen differenziertes Schulsystem, das dem jeweiligen Leistungsvermögen der Schüler gerecht wird. Dabei müssen die Bildungsstandards in allen Schulformen am höchsten Niveau ausgerichtet sein. Das Abitur muss wieder der verlässliche Ausweis der Studierfähigkeit werden, Haupt- und Realschulabschlüsse müssen zu qualifizierter Berufsausbildung befähigen.

Das Abitur muss auf das Studium vorbereiten, Haupt- und Realschulabschlüsse müssen zu qualifizierter Berufsausbildung befähigen.

Die Regelschule muss wieder das Herzstück des Thüringer Bildungssystems werden, damit die Lehrstellen in Thüringen mit gut qualifizierten und sozial fähigen Bewerbern besetzt werden können. Der weiteren „Verkopfung“ des Regelschulunterrichts soll entgegengewirkt werden. Stattdessen ist der Anteil an praktischen Unterrichtsinhalten (z. B. Holzbearbeitung, Metallbearbeitung, Elektrotechnik und Haushaltslehre) zu steigern. Außerdem soll eine umfassende Berufsorientierung inklusive unterschiedlicher Praktika, vorrangig in Thüringer Unternehmen, erfolgen. Der Unterricht an der Regelschule muss so gestaltet sein, dass die Schüler eine breit angelegte Grundausbildung erhalten, in der auch die zu Unrecht in Verruf gekommenen Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Sorgfaltsliebe und Ordnungssinn entwickelt werden. Wir machen uns für die Vermittlung der zu Unrecht in Verruf geratenen Sekundärtugenden an allen Schularten stark. Hierzu möchten wir die Kopfnoten zumindest für Verhalten, Mitarbeit und Ordnung für alle Klassenstufen grundsätzlich beibehalten.

Die sogenannten Kopfnoten sind sinnvoll und sollen grundsätzlich beibehalten werden.

Die Gemeinschaftsschule begreifen wir als Ergänzung zu dem bestehenden gegliederten Schulsystem. Ihre Gründung wird von uns weder gefördert noch privilegiert. Die heute vorhandene Besserstellung der Gemeinschaftsschule werden wir rückgängig machen.

Das Gymnasium soll wieder das Ziel erfüllen, Schüler auf ein Studium vorzubereiten. Unserem Land ist nicht gedient, wenn die Hälfte der Schüler eines Jahrgangs das Gymnasium besucht und später ein Hochschulprekariat entsteht. Dem Akademisierungswahn erteilen wir eine klare Absage! Wir fördern ein gesellschaftliches Umdenken, das den Wert der Regelschulbildung betont.

Ein differenziertes Schulsystem bedarf angemessen ausgebildeter Lehrer und einer entsprechend differenzierten Lehrerbildung. Jegliche Bestrebungen, einen Einheitslehrer auszubilden, lehnen wir entschieden ab.

Eine wohnortnahe Beschulung muss insbesondere auch im ländlichen Raum gewährleistet sein.

Für eine wohnortnahe Beschulung auch im ländlichen Raum.

Freie und staatliche Schulen finanziell gleichstellen

Schulen in freier Trägerschaft bereichern die Qualität und die Vielfalt unserer Bildungslandschaft. Daher setzen wir uns für die personelle und finanzielle Gleichstellung der freien mit den staatlichen Schulen ein. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die Gehälter für Lehrer an freien Schulen denjenigen der Lehrer an staatlichen Schulen entsprechen können, ohne dass die Elternbeiträge steigen müssen.

Förderschulen erhalten und ausbauen

Die Thüringer AfD steht für eine Inklusion mit Augenmaß. Die pauschale Inklusion, wie sie derzeit Anwendung findet und unter dem neuen Schulgesetz forciert wird, ist ein Irrweg, der oft auf Kosten von Schülern und Eltern beschritten wird. Hier spielen ideologische Vorstellungen, nicht jedoch das Kindeswohl, der Elternwille oder die Arbeitssituation der Lehrer eine übergeordnete Rolle. Darüber hinaus verursacht die pauschale Inklusion exorbitante Kosten für Kommunen und Landkreise.

Wir wollen für jedes Kind, das aufgrund einer Behinderung Lernschwierigkeiten hat, eine angemessene Förderung sicherstellen. Die notwendigen Voraussetzungen dafür – medizinische Versorgung, technische Hilfsmöglichkeiten, Betreuung durch spezifisch ausgebildete Lehrer und entsprechende Rückzugsmöglichkeiten – sind in der Förderschule vorhanden. Wir setzen uns dafür ein, dass Förderschulen mit entsprechend ausgebildetem sonderpädagogischen Lehrpersonal in ganz Thüringen erhalten bleiben und auf kurzen Wegen erreicht werden können. In Förderschulen wird durch Erziehung, Unterricht und individuelle Fördermaßnahmen die Grundlage für das erfolgreiche Lernen und die soziale sowie berufliche Integration von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf gelegt.

Inklusion kann auch an speziellen Schwerpunktschulen, die über alle notwendigen sächlichen, räumlichen und personellen Mittel verfügen, gelingen. Alle Schüler an der Schule, sowohl jene mit als auch diejenigen ohne Beeinträchtigung, müssen über die Vor- und Nachteile dieser Unterrichtsform informiert sein und diese ausdrücklich wünschen.

Berufsschulen stärken

Wir wollen die Entscheidung für eine (duale) Berufsausbildung fördern.

Als Reaktion auf die immer weiter sinkenden Schülerzahlen an den berufsbildenden Schulen hat die rot-rot-grüne Thüringer Landesregierung beschlossen, das Berufsschulnetz deutlich zu verändern. In der Folge der geplanten Umstrukturierungen wird die Berufsausbildung weiter an Attraktivität verlieren, beispielsweise durch längere Wege zu den weniger werdenden Berufsschulen. Wir stellen uns dieser Entwicklung entgegen und wollen das bewährte Berufsschulnetz erhalten.

Gleichzeitig werden wir mithilfe eines umfangreichen Maßnahmenkataloges darauf hinwirken, dass mehr junge Menschen den Weg in die (duale) Berufsausbildung beschreiten. Eine Schüler- und Auszubildendenfahrkarte, die analog zur Semester-

fahrrate für Studenten ganz Thüringen abdeckt, halten wir für eine wichtige Maßnahme.

Der Lehrermangel macht auch vor den Berufsschulen nicht halt. Die AfD Thüringen setzt sich dafür ein, dass Handwerks- und Industriemeister durch ein passendes Aufbaustudium zu Lehrern an Berufsschulen nachqualifiziert werden können.

Kostenfreie Meisterausbildung im Handwerk

Das Studium ist unentgeltlich ist, die Meisterausbildung hingegen kostenpflichtig. Diese Ungleichbehandlung ist nicht nachzuvollziehen. Wir setzen uns daher für eine kostenfreie Ausbildung zum Handwerks- und Industriemeister mit Ausbildungsbefähigung ein, wenn im Anschluss an die Ausbildung die Tätigkeit in Thüringen ausgeführt wird.

Wir setzen uns für eine kostenfreie Ausbildung zum Handwerks- und Industriemeister ein.

Leistungsprinzip anwenden

Nicht nur, weil leistungsschwache Schüler das Lernen leistungsstärkerer Schüler oft behindern, sondern auch, weil die Schwächeren in ihrer ursprünglichen Lerngruppe überfordert sind, vertreten wir die Ansicht, dass Klassenwiederholungen ein sinnvoller Bestandteil des Schulsystems sind.

Kinder brauchen eine klare Rückmeldung über die Qualität der von ihnen erbrachten Leistungen. Daher ist die Benotung der Schüler ab der zweiten Klasse prinzipiell beizubehalten. Außerdem werden wir die Wiederholung einer Klasse in jeder Stufe ermöglichen. Das Leistungsprinzip muss durchgängig und transparent in allen Klassenstufen angewandt werden. Die Gewährung eines Nachteilsausgleichs darf nicht die tatsächliche individuelle Förderung des Schülers ersetzen. Wird ein Nachteilsausgleich gewährt, so muss dies im Zeugnis vermerkt werden.

Schulnoten ermöglichen eine klare Rückmeldung über schulische Leistungen und sind grundsätzlich ab der zweiten Klasse beizubehalten.

Echte Lehrpläne statt bloße Leerpläne erstellen

In den 1990er Jahren stellte Thüringen als eines der ersten Bundesländer die Lehrpläne über alle Klassenstufen und Schulformen hinweg auf den „kompetenzorientierten Unterricht“ um. Seither ist der Unterricht weniger auf das Fachwissen als vielmehr auf die wissensbasierten Fähigkeiten der Schüler ausgerichtet. In der Folge verstärkte sich die Tendenz, dass die Präsentation den Inhalt zunehmend überlagerte, die Methodik also die Didaktik dominierte und die obligatorische Lernzielorientierung geopfert wurde. Mittlerweile ist der Begriff der Kompetenz zu einem bildungspolitischen Schlagwort geworden.

Schule hat Inhalte zu vermitteln, Begabungen und Fähigkeiten zu fördern. Das bloße Abheben auf Kompetenzen führt zu einer Erosion der Bildung.

Wir wollen die Lehrpläne überarbeiten: In allen Fächern sollen einheitliche und verbindliche inhaltliche Anforderungen festgelegt werden. Dem Lesen, dem Schreiben und dem Rechnen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Politische Neutralität an Schulen gewährleisten

Das Grundgesetz, die Verfassung des Freistaats Thüringen und das Thüringer Schulgesetz schreiben die weltanschauliche und politische Neutralität des Schulunterrichtes fest. Der sogenannte Beutelsbacher Konsens konkretisiert Orientierungspunkte für eine politisch neutrale Unterrichtsgestaltung. Unzulässig sind demnach eine einseitige politische Indoktrination und Einflussnahmen, die bestimmte politische Auffassungen oder Parteien ohne sachliche Debatte verächtlich zu machen suchen oder durch die ein Meinungsdruck aufgebaut wird, der auf Ausgrenzung und Diskriminierung bestimmter Auffassungen hinwirkt. Die Neutralität des Unterrichts ist ein hohes Gut im weltanschaulich neutralen Verfassungsstaat. Verstöße durch das Lehrpersonal oder die Schulaufsichtsbehörden gegen das Neutralitätsgebot stellen Eingriffe in das Schulwesen dar, die dem Rechtsstaatsprinzip zuwiderlaufen und die zu ahnden sind.

Der Thüringer „Bildungsplan bis 18 Jahre“ und das „Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ dienen dem politischen Kampf gegen die bürgerliche Mitte der Gesellschaft.

Keine politisch motivierten Schulprogramme oder Maßnahmen

Politisch motivierte Programme haben an den Schulen nichts verloren. Thüringen braucht weder einen „Bildungsplan bis 18 Jahre“ noch die damit in Verbindung stehenden ideologischen Gesinnungsanleitungen in Form von Schulungen der Lehrkräfte.

Das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit dient als steuerfinanziertes Mittel vorrangig dem Kampf gegen die bürgerliche Mitte der Gesellschaft. Das jährlich erhöhte Budget wird überwiegend dazu genutzt, um antibürgerliche Gesinnungen salonfähig zu machen und Institutionen, die nicht selten im linksextremen Spektrum verortet sind, mit Steuermitteln zu versorgen.

Diese und ähnliche Programme werden wir unverzüglich beenden und die in den Haushalt eingestellten Mittel einem neuen Landesprogramm mit dem Titel „Meine Heimat – mein Thüringen“ zukommen lassen. Mithilfe dieses Landesprogramms sollen die in Jahrhunderten ohne staatliche Eingriffe organisch gewachsenen Traditionsbestände im schulischen und außerschulischen Bereich gefördert werden.

Kein Islamunterricht an Thüringer Schulen

Nach Überzeugung der AfD ist der Islam als politische Religion mit zentralen Regeln unseres säkularen Verfassungsstaates nicht vereinbar. Daher kann der Islam auch nicht zu Thüringen gehören. Dementsprechend lehnt die Thüringer AfD die Einführung von Islamunterricht an unseren Schulen ab.

Keine Frühsexualisierung an Thüringer Schulen

Die Thüringer AfD wendet sich gegen die Früh- und Hypersexualisierung in Schule und Kindergarten. Der Sexualkundeunterricht muss mit der körperlichen und seelischen Entwicklung der Kinder Schritt halten und darf nicht gegen die Eltern und deren Vorstellungen über die diesbezügliche gedeihliche Entwicklung ihrer Kinder

in Stellung gebracht werden. Er gehört nicht in den Kindergarten, wie es der aktuelle „Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre“ vorsieht, sondern in die Zeit der Pubertät.

Wir wenden uns daher entschieden gegen den „Thüringer Bildungsplan“, der Tür und Tor für eine Frühsexualisierung an Kindergärten und Grundschulen öffnet, und werden diesen ersatzlos streichen. Die sexuelle Aufklärung in der Schule soll ausschließlich durch Lehrer im Zuge des Biologieunterrichts erfolgen, sie darf nicht durch Dritte und innerhalb von Projekten durchgeführt werden. Im Bereich der Sexualpädagogik muss vonseiten der Schule ein lebensbejahendes Konzept vertreten werden, welches das Ja zum eigenen Kind als etwas Natürliches sowie als Teil und Bereicherung der eigenen Persönlichkeit begreift und vermittelt.

„Lesen durch Schreiben“ abschaffen – Schreibschrift verbindlich unterrichten

Ziel der Grundschulausbildung muss es insbesondere sein, lesen, schreiben und rechnen zu lernen. Die Methode „Lesen durch Schreiben“ und daraus abgeleitete Methoden, die nachweislich überdurchschnittlich oft zu dauerhaften Problemen bei der Rechtschreibung führen, lehnen wir ab. Konzepte dieser Art gefährden vor allem leistungsschwache oder Dialekt sprechende Schüler, die aufgrund der Methodik Schwierigkeiten haben, sich eine orthografisch korrekte Schreibweise anzueignen.

„Lesen durch Schreiben“ erschwert das Erlernen der Schriftsprache. Diese Methode ist daher abzulehnen.

Wegen fehlender Vorschriften im Lehrplan kann für Thüringer Schulen derzeit nicht sichergestellt werden, dass Kinder in ausreichender Weise eine Schreibschrift erlernen, obwohl das Erlernen und das Beherrschen einer Schreibschrift nachweislich die Sorgfaltsliebe, die Gedächtnisleistung und die Sprachkreativität fördern. Eine gebundene Handschrift mit der bewährten Fibelmethode zu lernen, ist ein elementarer individueller Entwicklungsschritt auf dem Weg zu einer gebildeten Persönlichkeit. Wir werden das Erlernen einer gebundenen Handschrift fest im Lehrplan verankern.

Vorschaltklassen für Kinder ohne ausreichende Sprach- und/oder Sozialkompetenz verpflichtend machen

Der ungesteuerte Zuzug von sprach- und kulturfremden Ausländern hat die Schule als Institution und die Lehrer, die mit der Lage unmittelbar konfrontiert sind, vor enorme Herausforderungen gestellt. Asylverfahren müssen so zügig erfolgen, dass erst die sichere und trotzdem zeitlich begrenzte Bleibeperspektive der Eltern die Zuweisung der Kinder in die Schulen bedingt.

Nur wer sprachlich und sozial geeignet ist, soll in einer regulären Schulklasse oder in einer Berufsschule beschult werden. Daher sind Vorschaltklassen einzurichten, in denen Deutsch gelernt werden kann.

Wir sind davon überzeugt, dass der reguläre Unterricht nicht der richtige Ort für die Vermittlung der deutschen Sprache ist. Daher fordern wir die Einrichtung von Vorschaltklassen sowie eine verbindliche Leistungsüberprüfung. Nur wer sprachlich und sozial geeignet ist, darf im Anschluss in einer regulären Schulklasse oder in einer Berufsschule beschult werden. Weiterhin muss die Altersstruktur in den Klassen der Grund- und Sekundarschulen beachtet werden.

Thüringer Spezialgymnasien erhalten und entwickeln.

Hochbegabte fördern

Die Thüringer Spezialgymnasien bieten beste Voraussetzungen für Schüler mit spezifischen Begabungen. Die AfD bekennt sich zum Erhalt und zum weiteren angemessenen Ausbau der drei Thüringer Sportgymnasien in Oberhof, Erfurt und Jena sowie des Sprachen- und des Musikgymnasiums in Schnepfenthal bzw. Weimar. Maßnahmen der bisherigen Thüringer Landesregierung, die langfristig die Abschaffung dieser wichtigen Schulen aus ideologischen Gründen verfolgen, werden wir zurücknehmen. Der Besuch dieser Schulen muss für jeden – unabhängig vom Einkommen – möglich sein.

Die Lehrer bleiben auch in Zeiten der Digitalisierung für die Schule unersetzlich.

Umgang mit digitalen Medien einbinden

Alle Bestrebungen, den Unterricht als solchen zu digitalisieren, die Erarbeitung von Wissen aus dem analogen Lernprozess herauszulösen und die Lehrkraft durch das Medium zu ersetzen, lehnen wir ab. Der Lehrer ist und bleibt der wesentliche Bezugspunkt für den Lernprozess des Schülers und für dessen individuellen Schulerfolg.

Dennoch ist es wichtig, die Vorteile der Digitalisierung auch für Schüler, Auszubildende und Studenten nutzbar zu machen. Eine gute Internetverbindung an Schulen auch auf dem Land sowie eine entsprechende technische Ausstattung an Universitäten sind Grundvoraussetzungen dafür, um den Umgang mit digitalen Medien und ihren Einsatz zu erlernen und produktiv zu leben. Auch die fachliche Begleitung an Schulen und Ausbildungsstätten muss sichergestellt sein.

Gesunde, saisonale, regionale Schulspeisung ermöglichen

Eine ausgewogene Ernährung ist eine wichtige Voraussetzung für die Gesundheit und damit auch für den schulischen Erfolg der Heranwachsenden. Die AfD Thüringen will daher verbindliche Qualitätsstandards für die Thüringer Schulen erarbeiten, um allen Schülern ein reichhaltiges und gesundes Mittagessen garantieren zu können, das nach den Prinzipien der Saisonalität und Regionalität zubereitet ist.

Gegen jede Gewalt an Schulen entschieden vorgehen

Die Schule ist ein Ort des Lernens. Daher muss gegen Gewalt und destruktives Verhalten – egal ob sich diese gegen Schüler, Lehrer oder Sachen richten – schnell und effektiv vorgegangen werden können. Schulbehörden und Lehrer brauchen ein Instrumentarium, um entsprechenden Problemlagen ohne überbordenden bürokratischen Aufwand zügig Herr werden zu können. Der Anspruch einer Gruppe auf die Durchführung eines ungestörten Unterrichts muss grundsätzlich ein höheres Gewicht haben als die Beschulung eines einzelnen Schülers.

Bundeswehr, Feuerwehren, THW, DRK etc. müssen sich an den Schulen präsentieren dürfen.

Verlässlichen Zugang für Bundeswehr, THW, FFW, DRK etc. zu Schulen ermöglichen. Die Bundeswehr als nationale Verteidigungsarmee und als notwendiger Baustein unseres demokratischen Staatswesens benötigt einen verlässlichen Zugang zu

den Schulen. Dieser Zugang darf nicht von den politischen Vorlieben der Entscheidungsträger abhängig sein. Auch Organisationen wie THW, DRK und die Freiwilligen Feuerwehren müssen sich in den Schulen präsentieren dürfen.

Schulsanierung und -ausstattung priorisieren

Unsere Kinder müssen sich dort, wo sie sich auf Unterrichtsinhalte konzentrieren sollen, wohlfühlen. Daher ist es für uns untragbar, wenn in Thüringen stellenweise keine Mittel für sanierungsbedürftige Schulen zur Verfügung stehen, während gleichzeitig Hunderte Millionen Euro jährlich vom Freistaat in illegale Einwanderung „investiert“ werden. Aufgrund der zahlreichen Verpflichtungen der letzten Jahre fehlt vielen Kommunen das Geld für die Schulsanierung. Das Land muss die Kommunen und die Schulträger so ausstatten, dass diese die Schulgebäude in einen angemessenen Zustand versetzen können. Der bürokratische Aufwand, der mit dem Mittelabruf verbunden ist, soll so gering wie möglich sein. Ebenso werden wir Mittel für eine Verbesserung der materiellen Ausstattung der Schulen zur Verfügung stellen.

Sanierungen dürfen nicht durch bürokratische Hürden verschleppt werden.

Bedarf an Lehrern realistisch ermitteln

Wir fordern eine realistische Ermittlung des Bedarfs an Lehrern in Thüringen. Statistische Spielereien, die der Verschleierung der tatsächlichen Situation an den Thüringer Schulen dienen, dürfen nicht länger angewendet werden. Die Bedarfsermittlung muss transparent und unter der Beteiligung aller wichtigen Akteure (insbesondere Elternverbände, Lehrerverbände und Schülervertretungen) durchgeführt werden. Auch diejenigen Lehrer, die sich derzeit auf einem Dienstposten befinden, der nicht der Absicherung des Unterrichts dient, etwa in einer Abordnung, müssen in die Berechnung des Ersatzbedarfs an den Schulen einbezogen und entsprechend ersetzt werden. Ebenso soll die Aufnahme von langzeiterkrankten Lehrern in die Statistik erfolgen. Alle Formen des nicht planmäßig erteilten Unterrichts führen zu einer Minderung der Ausbildungsqualität. Deshalb müssen sie getrennt erfasst und offen kommuniziert werden. Es ist nicht nur notwendig, den ersatzlosen Unterrichtsausfall zu vermeiden, sondern jede Form des nicht planmäßig erteilten Unterrichts.

Lehrer entlasten

Um die zahlreichen benötigten Lehrerstellen besetzen zu können, soll Thüringen wieder attraktiver für junge Lehrer werden. Das Land muss umfangreiche Anstrengungen unternehmen, um in Zukunft ausreichend Lehrpersonal für unsere Schulen zu gewinnen und im Wettbewerb zwischen den Bundesländern bestehen zu können. Die Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes soll unter anderem durch die Entlastung der Lehrer bei bürokratischen Aufgaben erreicht werden. Dies kann mittels der Einstellung von Schulverwaltungsassistenten gelingen. Evaluationstätigkeiten sind nur in Ausnahmefällen auf Lehrkräfte zu übertragen. Lernentwicklungsgespräche sollen nur noch in den Fällen durchgeführt werden, in denen der Lehrer es als notwendig erachtet.

Wir fordern den Einsatz von Schulverwaltungsassistenten.

Dem Lehrermangel entgegenwirken

Der Lehrermangel ist deutschlandweit aktuell zur größten bildungspolitischen Herausforderung geworden. Die Entwicklung der Schülerzahlen ist jedoch weitgehend vorhersehbar, weshalb wir es hier mit einem klaren Fall von Politikversagen zu tun haben. Wir wollen frei werdende Lehrerstellen schnellstmöglich besetzen: Thüringen soll zum lehrerfreundlichsten Bundesland werden.

Die Bewerbungsverfahren für Lehrer in Thüringen müssen bewerberfreundlicher gestaltet und endlich beschleunigt werden.

Dies beginnt für uns schon im Bewerbungsverfahren: Wir wollen die Bearbeitung von Bewerbungen schneller durchführen, damit potenzielle Kandidaten nicht aufgrund zu langer Wartezeiten abgeschreckt werden und sich für eine rascher zugesagte Stelle in einem Nachbarland entscheiden. Zudem wollen wir ein bewerberfreundliches Verfahren anwenden, das den einzelnen Bewerber in den Mittelpunkt stellt.

Finanzielle Zulagen für Lehrer, die im ländlichen Raum unterrichten wollen.

Da insbesondere der ländliche Raum vom Lehrermangel betroffen ist, schlagen wir eine Zulage für Lehrer vor, die bereit sind, im ländlichen Raum eine Tätigkeit aufzunehmen. Daneben müssen Konzepte Anwendung finden, die den ländlichen Raum gerade für junge Familien wieder attraktiver machen. Da sich der Unterrichtsausfall in einigen Mangelfächern häuft, schlagen wir außerdem finanzielle Zulagen für Lehrer vor, die diese Fächer unterrichten. Die Gehälter der Lehrer müssen insgesamt einem Wettbewerb unter den Bundesländern standhalten können.

Wir stellen uns der Realität und gehen davon aus, dass zumindest vorübergehend die Notwendigkeit besteht, Seiteneinsteiger für die Absicherung des Unterrichts einzustellen. Diese müssen jedoch bestmöglich auf ihre verantwortungsvolle Aufgabe vorbereitet werden. Die Förderung entsprechender Weiterbildungsstudiengänge halten wir dabei für eine wichtige Voraussetzung.

Leitungstätigkeiten an Grundschulen müssen besser honoriert werden.

Die Stellen der Schulleiter und ihrer Stellvertreter müssen umgehend besetzt werden. Gerade im Grundschulbereich muss die Übernahme von Leitungstätigkeiten mit einer deutlich höheren finanziellen Abgeltung und/oder einer Unterrichtsentlastung verbunden werden. Karriereoptionen fördern auch im schulischen Bereich die Berufszufriedenheit. Es müssen wieder Beförderungsmöglichkeiten geschaffen werden, die nicht zwangsläufig mit der Übernahme einer Leitungsstelle verbunden sind.

Die Freiheit der Wissenschaft verteidigen – Hochschulen stärken

Deutschland kann auf eine bedeutende Wissenschaftstradition von internationalem Rang blicken, an der auch Thüringen mit seinen Hochschulen und Forschungseinrichtungen einen wichtigen Anteil hat. Zu Recht wird immer wieder darauf hingewiesen, dass gerade ein rohstoffarmes Land wie Deutschland in besonderer Weise auf Bildung und Wissenschaft angewiesen ist, um sich nicht zuletzt im wirtschaftlichen Wettbewerb zu behaupten. Die an den Hochschulen betriebene Wissenschaft hat neben der privaten wissenschaftlichen Forschung in der Tat einen maßgeblichen Anteil an der Weltgeltung deutscher Produkte, Techniken und

Innovationen. Ihre Bedeutung konnte die Wissenschaft vor allem infolge der verfassungsrechtlich garantierten Freiheit von Forschung und Lehre erlangen.

Die Thüringer AfD sieht heute die Freiheit von Forschung und Lehre auch an Thüringer Hochschulen durch ideologisch motivierte und politisch durchgesetzte Einflussnahme (beispielsweise in Form von Quotenregelungen oder wissenschaftsexternen Auswahlkriterien) ebenso wie durch eine wachsende Abhängigkeit von externen Geldgebern („Drittmittel“) bedroht. Diesen Tendenzen treten wir mit Entschiedenheit entgegen. Die AfD Thüringen ist überzeugt, dass sich im 21. Jahrhundert nur eine freie und selbstbestimmte Wissenschaft, die sich dem Wissenschafts- und Bildungsideal Wilhelm von Humboldts verpflichtet weiß, behaupten kann.

Wissenschaft muss frei bleiben. Wir wenden uns gegen die Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit durch ideologische oder ökonomische Einflussnahme auf Forschung und Lehre.

Gegen die Verschulung der Hochschulen

Im Sinne des Humboldtschen Bildungsideals wollen wir die Autonomie der Thüringer Hochschulen und die Eigenverantwortung der Studenten stärken. Das bedeutet vor allem, dass wir dem Prozess der Verschulung, der durch die sogenannten Bologna-Reformen eingeleitet wurde, entgegenwirken werden. Das selbstbestimmte Studium ist unser Leitbild einer Hochschulausbildung. Gelebte Eigenverantwortung und gründliche Bildung befähigen Hochschulabsolventen auch besser, im Wirtschaftsleben zu bestehen.

Dementsprechend wollen wir es ermöglichen, dass die Hochschulen zu den erprobten Diplom- und Magisterstudiengängen zurückkehren können und Studenten die Freiheit erlangen, selbst zu entscheiden, welchen Abschluss sie anstreben.

Unsere Hochschulen sollen zu den bewährten deutschen Hochschulabschlüssen zurückkehren können.

Dabei gilt für uns: Es waren die Diplom- und Magisterabschlüsse, die weltweit als Garant der hohen Qualität deutscher Hochschulen anerkannt wurden, während der heutige Bachelorabschluss in der heimischen Wirtschaft und im öffentlichen Dienst nach wie vor kritisch betrachtet wird, weil sein Qualifikationsniveau als zu gering gilt. De facto wird der Bachelorabschluss vor allem als Berechtigung zum weiterführenden Masterstudium betrachtet, wobei die Studienplätze in den Masterstudiengängen meist begrenzt sind.

Hochschulautonomie stärken

Unsere Hochschulen brauchen Planungssicherheit und Freiräume zur Entwicklung ihrer Profile. Ihre finanziellen Mittel aus dem Landeshaushalt dürfen nicht von der Erfüllung bestimmter Quoten und Zielvorgaben (etwa Absolventenzahlen) abhängig gemacht werden. Forschung und Lehre an öffentlichen Hochschulen sollen nicht über Gebühr auf Drittmittel angewiesen sein, um sie von Zumutungen und externen Einflussnahmen frei zu halten. Daher sind unsere Hochschulen in ihrer Grundfinanzierung und bei bedarfsabhängigen Mitteln auskömmlich auszustatten.

Die Thüringer Hochschulen sollen ihre Studenten nach eigenen Kriterien selbst auswählen dürfen. Auch auf diese Weise können sie im Wettbewerb untereinander ihr Profil schärfen. Eine stärkere Autonomie unserer Hochschulen im Sinne dieser Ziele wird auch dazu beitragen, dass sie den Anschluss an die internationale Spitzenforschung mit einer entsprechenden Lehre nicht verlieren.

Steigende bürokratische Belastungen und Managementanforderungen beengen die Freiräume der Hochschulen. Das kostspielige Akkreditierungswesen stellt eine solche Beengung ebenso dar wie die verwaltungstechnischen Folgen der modularisierten Bachelor- und Masterstudiengänge. Die AfD Thüringen setzt sich für die Abschaffung des Akkreditierungsverfahrens ein. Eine Rückkehr zu den Diplom- und Magisterstudiengängen reduziert die hohe Belastung der Hochschulen durch Bürokratie und Management, die mit der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge und der Verschulung des Studiums einherging.

Keine ideologische Steuerung der Wissenschaft

Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit bedeuten auch, dass inhaltliche Vorgaben der Politik oder des Gesetzgebers gegenüber der Wissenschaft unterbleiben. Hierher gehört etwa der Versuch, mittels „Zivilklauseln“ eine Forschung zu unterbinden, die auch einer militärischen Verwendung fähig ist. Die Unterbindung solcher Forschung bedeutet de facto, dass bestimmte wissenschaftliche Arbeit nicht mehr stattfinden kann und die Hochschulen so einen erheblichen Nachteil im Wettbewerb um Spitzenforschung erfahren. Eine Gängelung der Forschung durch „Zivilklauseln“ wird es mit uns nicht geben. Entsprechende Regelungen, durch die rot-rot-grüne Hochschulreform eingeführt, werden wir korrigieren. Auch darüber hinaus werden wir die ideologischen Inhalte des rot-rot-grünen Hochschulgesetzes von 2018 rückgängig machen.

Wir stellen uns gegen die politische Gängelung der Wissenschaft etwa durch „Zivilklauseln“.

Ideologie steht auch hinter der politischen Förderung bestimmter Forschungszweige wie etwa der „Gender-Forschung“. Es ist die Überzeugung der Thüringer AfD, dass die Etablierung von Pseudowissenschaften ein Kennzeichen totalitärer Regime, nicht aber freiheitlicher Gemeinwesen ist. Daher fordern wir die Abschaffung von als Wissenschaft getarnten Ideologieprogrammen, namentlich der „Gender-Forschung“, an den Thüringer Hochschulen.

Deutsch als Wissenschaftssprache fördern

Ohne die Bedeutung des Englischen als „Lingua franca“ der internationalen Wissenschaft in Abrede zu stellen, wollen wir Deutsch als Lehr- und Wissenschaftssprache fördern. Das Deutsche darf nicht vom Englischen als Wissenschaftssprache an Thüringer Hochschulen verdrängt werden.

o6 | Für eine patriotische Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik



Die Wirtschaft unseres Freistaats ist geprägt von kleinen und mittleren Unternehmen. Sie sind es, die mit ihren Mitarbeitern und ihrem Einsatz das Wohlergehen unseres Landes sicherstellen. Sie bieten eine wirtschaftliche Perspektive für den Freistaat, leisten einen erheblichen Teil des Thüringer Steueraufkommens und ermöglichen unseren Sozialstaat. Diese kleinen und mittleren Thüringer Unternehmen haben wir mit unserer Wirtschaftspolitik vor allem im Blick. Eine Bevorzugung von Großkonzernen lehnen wir ab. Wir wollen gleiche Regeln für alle – ob groß, ob klein, unabhängig von der Branche. Dies entspricht ganz dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Unsere Wirtschaftspolitik dient zuerst den Menschen und setzt sich darüber hinaus für die Interessen unseres Landes ein.

Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat der Thüringer Wirtschaft.

Eine Wirtschaft für die Menschen

Der Gedanke, dass Wirtschaft kein Selbstzweck ist, sondern dem Menschen dient, ist das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft. Es geht um „Wohlstand für alle“ – einen Wohlstand, der auf Privateigentum, Eigeninitiative und persönlicher Leistung beruht. Dieser Wohlstand darf nach Auffassung der AfD für die Erwerbstätigen weder durch übermäßige Steuerbelastung beschnitten werden noch dadurch, dass abhängig Beschäftigte nicht angemessen entlohnt werden.

Wir setzen uns vor diesem Hintergrund für eine angemessene Bezahlung von Arbeitnehmern ein. Dass gut bezahlte, sichere Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen werden, muss bereits bei der Förderung von Unternehmensansiedlungen berücksichtigt werden. Der Freistaat soll seinen Beitrag leisten, um eine Lohnentwicklung entsprechend dem verteilungsneutralen Spielraum zu ermöglichen. Es muss Thüringen endlich gelingen, seinen Status als Niedriglohn-Bundesland zu überwinden.

Thüringen muss den Status als Niedriglohn-Bundesland überwinden.

Eine Willkommenskultur für Unternehmer und Gründer

Der AfD Thüringen geht es um eine Willkommenskultur für Unternehmer und Gründer. Daher wollen wir Unternehmensgründungen und -erweiterungen im größtmöglichen Umfang fördern, unter anderem durch die Bereitstellung günstigen Risikokapitals über einen neu zu gründenden Thüringer Staatsfonds. Diese Mittel sollen auch für Erweiterungs- und Modernisierungsinvestitionen bestehender Unternehmen zur Verfügung stehen.

Die AfD will Gründerzentren ausbauen und neue Schulungs- und Beratungsangebote in Kooperation mit Unternehmensberatern, Hochschulen und Anbietern von Fernstudiengängen bereitstellen. Dadurch soll die Gründung von Unternehmen erleichtert und gefördert werden. Wir werden Jungunternehmern in hierfür ge-

eigneten Regionen Freiräume schaffen und so dazu beitragen, dass sich eine vitale Start-up-Szene etablieren kann.

Der Mut einer Unternehmensgründung verdient eine besondere Absicherung. Wir werden daher einen Auffangfonds für insolvente Gründer einrichten. Hat eine Unternehmensgründung Erfolg, darf sie nicht durch Bürokratie und Steuern bestraft werden.

Exportchancen stärken

Die Russland-Sanktionen sind endlich aufzuheben.

Wir wollen die Exportchancen unserer Unternehmen fördern. Deshalb setzen wir uns weiterhin für die schnellstmögliche Beendigung der Russland-Sanktionen ein. Auf diese Weise möchten wir die traditionelle Ostorientierung der Thüringer Wirtschaft zum beiderseitigen Vorteil Thüringens und der osteuropäischen Volkswirtschaften nutzen.

Nachwuchs fördern, Qualität erhalten

Wir setzen uns für die Stärkung der traditionellen Handwerker Ausbildung mit entsprechenden Qualifikationsprüfungen ein. Der Abschaffung des Meisterbriefs stellen wir uns auf allen politischen Ebenen entgegen. Die Einführung einer kostenlosen Meisterausbildung werden wir weiterverfolgen.

Wir wollen dazu beitragen, das Nachwuchs- und Nachfolgeproblem bei Handwerkern und Unternehmern zu lösen. Dass die Masseneinwanderung von gering- oder unqualifizierten Ausländern ohne Sprach- und teilweise ohne Schriftkenntnisse dazu keinen Beitrag leisten kann, ist offensichtlich. Eine qualifizierte Zuwanderung, die durch ein Einwanderungsgesetz ermöglicht wird, kann allenfalls einen geringen Beitrag zur Stabilisierung leisten.

Aufgrund des nach wie vor zu niedrigen Lohnniveaus in Thüringen und einer vergleichsweise hohen Steuer- und Abgabenlast werden qualifizierte Fachkräfte eher abgeschreckt, machen einen Bogen um den Freistaat und wandern stattdessen in attraktivere Volkswirtschaften ein. Die AfD setzt daher auf die Nachqualifizierung der in Deutschland lebenden rund zwei Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren, die über keinen Berufsabschluss verfügen. Zudem kann eine effektive Digitalisierung zur Entspannung der Nachfrage nach Arbeitskräften führen. Durch eine Innovations- und Bildungsinitiative in Thüringen wollen wir die Nachwuchsförderung intensivieren. Langfristig werden wir durch eine kinderfreundliche Familienpolitik dazu beitragen, dass genügend eigene, gut qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Belastungen durch Ideologie und Bürokratie beenden

Zur Verbesserung der Marktchancen von Thüringer Unternehmen will die AfD ideologisch motivierte Kostenbelastungen beenden. Dazu gehören gesetzliche und

behördliche Zwänge, die mit völlig wirkungslosen „Klimaschutzmaßnahmen“ begründet werden. Wirtschaftliche Belastungen der Thüringer Unternehmen auf der Basis eines Thüringer Klimaschutzgesetzes wird es mit uns nicht geben. Außerdem müssen Unternehmer und Verbraucher von den Kosten der fehlgeschlagenen Energiewende entlastet werden.

Wir stehen zur Beseitigung von Überregulierung, Bürokratisierung und Verwaltungsexzessen.

Wichtig ist uns darüber hinaus der Kampf gegen Bürokratie, ideologische Zwänge und Überregulierung, an deren Einführung die Altparteien oft federführend nicht nur auf nationaler, sondern auch auf EU-Ebene beteiligt sind:

Massive Vereinfachungen und Erleichterungen fordern wir beispielsweise im Zusammenhang mit der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), beim Thüringer Vergaberecht und beim ausufernden Zertifizierungsunwesen. Wir werden hierzu alle landespolitisch möglichen Maßnahmen umsetzen, die unseren Unternehmen Entlastung verschaffen. Firmen benötigen Planungssicherheit. Anträge an Behörden müssen zügig innerhalb festgelegter Fristen bearbeitet werden. Zudem muss es die Aufgabe der Behörden sein, Unternehmer und Gründer zu beraten und nicht beispielsweise nach „K.O.-Kriterien“ für die Ablehnung von Fördermitteln zu suchen. EU-Regelungen, die wie die DSGVO kleine und mittlere Unternehmen besonders belasten, müssen aufgehoben werden. In diesem Sinne muss Thüringen im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung seinen Einfluss geltend machen. Unternehmen sind von Bürokratie und unsinnigen Mehrbelastungen zu befreien damit sie sich auf das Kerngeschäft konzentrieren können.

Wir fordern eine innovative Infrastruktur, Senkung von Steuern und Abgaben, sowie die Unterstützung von Thüringer Unternehmen zur Neuorganisation der Industrie und Handelskammern mit dem Ziel der Abschaffung des Zwangsbeitrages.

Wir stehen für Steuer- und Abgabensenkung.

Abschaffen werden wir zudem alle Regelungen, mit denen die aktuelle Landesregierung in die Autonomie von Wirtschaft und Verbrauchern eingreift, indem sie eine bedingungslose Unterordnung unter ideologische Vorstellungen und Werte zu erzwingen versucht. Verpflichtende Quoten oder ideologisch motivierte Zwänge, wie z. B. den Einlasszwang bei Diskotheken, wird es mit der AfD für Unternehmen nicht mehr geben.

Die Thüringer Motorenzuliefererindustrie kann sich darauf verlassen, dass die AfD die verbrennungsmotorfeindliche Politik der Altparteien nicht mitträgt. Wir stehen dafür ein, dass die deutsche Position als Weltmarktführer in diesem Technologie-zweig nicht aus ideologischen Gründen aufgegeben wird. Wo sich Elektromobilität im Markt bewährt, soll diese sich durchsetzen. Unzweifelhaft ist allerdings, dass eine vom Staat quasi planwirtschaftlich erzwungene umfassende Durchsetzung der Elektromobilität mit einer weitgehenden Zerstörung der weltweit führenden deutschen Automobilindustrie einhergehen und langfristig auch Tausende gut bezahlter Arbeitsplätze vernichten wird. Verbrennungsmotorfeindliche Dieselfahr-

Wir lehnen den Kampf gegen den Verbrennungsmotor und die Durchsetzung der Elektromobilität durch planwirtschaftliche Maßnahmen ab.

verbote, Umweltzonen ohne Mehrwert für den Bürger und klimapolitische Panikmache lehnen wir vor diesem Hintergrund ab!

Wir setzen uns für die Kooperation der Bundeswehr mit der zivilen Wirtschaft ein.

Die Thüringer AfD unterstützt ausdrücklich die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr auf Landesebene. Die Vernetzung der Bundeswehr mit der zivilen Wirtschaft fördert und bereichert Kreise und Kommunen und schafft zudem Arbeitsplätze in Thüringen. Eine Diffamierung der Bundeswehr, wie sie im linksgrünen politischen Spektrum üblich ist, weisen wir mit Entschiedenheit zurück.

Produktion, Produktivität und Lohnentwicklung

Die AfD Thüringen tritt für eine Senkung von Produktionskosten im Freistaat ein. Unter anderem wird die Beendigung der „Energiewende“ die Kosten von Betriebsstoffen wie Strom, Erdgas, Benzin und Dieselmotorkraftstoff absenken, sodass Unternehmen mehr Spielraum für die Zahlung angemessener Löhne und Gehälter erhalten.

Die schlechte Lohnentwicklung belastet abhängig Beschäftigte, Rentner, aber auch binnenmarktorientierte kleine und mittelständische Unternehmen. Rentner haben ein zunehmend schlechtes Versorgungsniveau, Arbeitnehmer schultern die zusätzlichen Lasten der demographischen Entwicklung, und Unternehmen konnten in den vergangenen zwanzig Jahren oft ein nur geringes Wachstum verzeichnen. Gewinner sind exportorientierte Konzerne und die grenzüberschreitende (Finanz-)Wirtschaft.

Die unzureichende Lohnentwicklung und die lückenhafte Besteuerung von Großunternehmen sind eine wesentliche Ursache der Finanzierungsprobleme unseres Sozialstaates. Auch besteht bei höheren Sozialversicherungsbeiträgen und höheren Löhnen kein Grund zur Angst vor dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit: Die Produktivität an einem Standort gibt in Relation zur Produktivität an anderen Standorten den Maßstab für die wettbewerbsfähigen Gesamtproduktionskosten an diesem Standort vor – wie sich die Gesamtproduktionskosten dann zusammensetzen, ist eine Angelegenheit der kollektiven Präferenzen des jeweiligen Standortes und somit variabel. Mit anderen Worten: An manchen Produktionsstandorten werden höhere Sicherheitsstandards in der Produktion verlangt und somit höhere Kosten für Sicherheit auftreten. Andere Produktionsstandorte wiederum legen möglicherweise weniger Wert auf Sicherheit als auf einen niedrigeren CO₂-Ausstoß, was die Kosten für Energie erhöht. Die kollektiven Präferenzen können aber auch auf einem höheren Lohnkostenanteil an den Gesamtproduktionskosten liegen. Es entscheiden weder die Energiekosten noch die Kosten für Sicherheit und Bürokratie, noch die direkten oder indirekten Lohnkosten für sich genommen über die Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes. Entscheidend sind die Gesamtproduktionskosten im Verhältnis zur Standortproduktivität.

Der Mindestlohn als Orientierungsgröße in einem ungünstigen Lohnumfeld

Gesetzlicher Mindestlohn und Soziale Marktwirtschaft widersprechen sich nicht zwingend. Der gesetzliche Mindestlohn korrigiert im Bereich der Entlohnung die schwache Lohnverhandlungsposition der Niedriglohneempfänger. Darüber hinaus garantiert er als verbindliche Lohnuntergrenze den Wert menschlicher Arbeit und gewährleistet eine Existenz jenseits der Armutsgrenze. Die AfD Thüringen ist sich jedoch bewusst, dass der Mindestlohn dauerhaft keine Lösung für sozialpolitische Probleme sein kann. Entscheidend ist eine langfristig gute Lohnentwicklung, um dadurch den Mindestlohn überflüssig zu machen.

Der Mindestlohn muss durch eine gute Lohnentwicklung überflüssig werden.

Wir setzen uns zudem für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Thüringen ein. Entsprechende betriebliche Modelle – wie zum Beispiel „Home Office“-Arbeitsplätze – sollten vom Land noch mehr Unterstützung erfahren.

Digitalisierung

Die Versorgung mit einer modernen Breitbandtechnik befindet sich bundesweit auf dem Niveau eines Entwicklungslandes. In Thüringen hinkt der Breitbandausbau besonders hinterher. Ein landesweites und lückenloses Hochgeschwindigkeitsinternet stellt aber eine unumgängliche Voraussetzung für wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit dar.

Die Politik muss sich stärker für den Breitbandausbau einsetzen.

Besonders in ländlichen Regionen, in denen Mieten für Gewerberäume günstig sind, mangelt es häufig an einer guten digitalen Infrastruktur. Die Errichtung einer leistungsfähigen Internetversorgung in ländlichen Regionen ist eine wesentliche Voraussetzung, um auch außerhalb von Ballungszentren wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen und gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze zu schaffen. Der Aufbau von Hochleistungsnetzen geht viel zu langsam voran. Wir setzen uns dafür ein, dass Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden, um ein landesweites und lückenloses Hochgeschwindigkeitsinternet voranzutreiben. Es sind zudem Synergien zu entwickeln, um die Kosten zu stemmen. Überall dort, wo sich der Ausbau von Glasfasernetzen nicht lohnt, müssen Alternativen Anwendung finden.

Eine flächendeckende leistungsfähige Breitbandversorgung ist darüber hinaus wichtig für den Einsatz moderner Produktionsmittel. Für die weitere technologische und wirtschaftliche Entwicklung ist es unabdingbar, dass die infrastrukturellen Grundlagen hierfür geschaffen werden.



07 | Für ein leistungsfähiges Sozial- und Gesundheitssystem Sozial- und Gesundheitspolitik

Die heutige Soziale Frage muss dringend beantwortet werden. Die ökonomischen und die sozialen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass die gesellschaftlichen Fliehkräfte zunehmen und dass das Wohlstandsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft für immer weniger Bürger realisiert werden kann. Die wachsende Zahl von Schul- und Ausbildungsabbrechern sowie von Niedriglohnbeschäftigten, die anhaltend hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen und auch eine sich ausbreitende Altersarmut zeigen die Schieflage der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung. Zentrale Reformen des Arbeitsmarkts und in den sozialen Sicherungssystemen drängen, da die Altparteien-Politik der Agenda 2010 die Probleme nicht gelöst, sondern neue Gerechtigkeitslücken geschaffen hat.

Insbesondere die Gesundheits-, Pflege- und Rentensysteme geraten durch den demographischen Niedergang, der von den Altparteien über Jahrzehnte hingenommen wurde, sowie durch Kostenexplosionen und Fehlanreize immer mehr unter Druck. In der Daseinsvorsorge, speziell für Ältere und Bürger in ländlichen Regionen, steht die Landesregierung in besonderer Pflicht.

Erwerbsarbeit als Quelle des Wohlstandes

Einträglich und Perspektiven gebende Erwerbsarbeit ist der Königsweg der individuellen und gesellschaftlichen Teilhabe sowie der sozialen Absicherung. Oberstes Ziel rahmensetzender Landespolitik muss es also sein, Arbeit und Wohlstandsbildung für breite Bevölkerungsschichten zu ermöglichen – getreu der bewährten Leitidee der Sozialen Marktwirtschaft: Wohlstand für alle!

Ehrenamt im Sozialbereich fördern

Das Ehrenamt ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die sozialen Bindungen und den Erhalt stabiler demokratischer Strukturen von großer Bedeutung. Es hat sich als unerlässlich für eine funktionierende Gesellschaft und das kulturelle Leben erwiesen. Die AfD in Thüringen bekennt sich in Zeiten eines auf vielen Ebenen erfolgten Rückzuges des Staates zum Ehrenamt und möchte die finanzielle und sachliche Förderung ehrenamtlicher Projekte ausbauen.

Herausforderungen für das Gesundheitssystem

Das Sozial- und Gesundheitssystem in Thüringen steht vor großen Herausforderungen und befindet sich schon jetzt inmitten von Verwerfungen, die durch jahrzehntelange Versäumnisse und Fehlsteuerungen der Altparteien verursacht worden sind. Zu den Problemen gehören: ausufernde Bürokratie, Verwendung der

Beitragselder für Nichtzahler in einem unverantwortlichen Ausmaß, Arbeitsverdichtung sowie Fehlversorgung.

Ziel muss es sein, das Gesundheitssystem wieder gerecht und transparent zu gestalten sowie die Qualität flächendeckender Angebote zu erhalten bzw. zu erhöhen. Hier kann die Einführung einer intelligenten Patientensteuerung Ressourcen zielgenauer bereitstellen. Die Überbürokratisierung des Gesundheitssystems muss zurückgefahren werden. Das schließt die Eigenverantwortlichkeit von Patienten sowie von Leistungserbringern und Kassen mit ein. Ein Programm von vorbeugenden Gesundheitsmaßnahmen ist einer kurativen Behandlung immer vorzuziehen. Konkrete Maßnahmen zur Realisierung dieser Zielsetzung sind in einer Landespräventionsstrategie, die insbesondere Angebote der betrieblichen Gesundheitsförderung berücksichtigt, verbindlich festzuschreiben.

Abbau der bürokratischen Hürden im Gesundheitssystem und mehr Eigenverantwortung von Patienten, Ärzten und Krankenkassen zulassen.

Qualität und Attraktivität des Gesundheitssystems

Die steigende Lebenserwartung führt zu einem erhöhten Bedarf an medizinischer Versorgung. Diese kann nicht in erster Linie durch die Kliniken geleistet werden. Ein solides System aus Hausärzten und grundversorgenden Fachärzten, auch im ländlichen Raum, ist als Basis unerlässlich. Um eine gute medizinische Versorgung zu sichern, müssen Arztpraxen im ländlichen Raum deutlich stärker unterstützt werden.

Arztpraxen im ländlichen Raum müssen stärker unterstützt werden.

Um die Zeiten zu überbrücken, in denen kein Arzt verfügbar ist, sollten Räume bereitgestellt werden, welche von benachbarten grundversorgenden Ärzten als Satalitenpraxen genutzt werden können. Unterstützend können speziell ausgebildete Gesundheitsassistenten eingesetzt werden. Diese würden die alltägliche Versorgung leisten und in besonderen Situationen Rücksprache mit ihrem zuständigen Arzt halten.

Um dem Arzt mehr Zeit für den Patienten, für Diagnosestellung, Beratung und Therapie zu geben, muss der bürokratische Aufwand in enger Abstimmung mit den Gremien der ärztlichen Selbstverwaltung für den Praxisbetrieb geprüft und reduziert werden.

Ärztmangel in Thüringen entgegenwirken

In den nächsten fünf bis zehn Jahren werden thüringenweit zahlreiche Ärzte in den Ruhestand gehen. Schon heute finden viele von ihnen gerade im ländlichen Raum keine Nachfolger für ihre Praxen. Gegenwärtig entstehen in einigen Regionen Thüringens ernsthafte Probleme bei der ärztlichen Versorgung. Die demographische Entwicklung wird das Problem verschärfen. Es droht eine Unterversorgung, der entgegengesteuert werden muss. Aus Sicht der AfD ist es nötig, Absolventen des medizinischen Studiums eine Perspektive im Freistaat Thüringen zu bieten. Die alleinige Ausweitung der Anzahl der Studienplätze an staatlichen Hochschulen, ohne Aussicht auf eine Perspektive in Thüringen, ist mit hohen Kosten für die öffentli-

che Hand verbunden. Die Aufgabe einer zukunftsorientierten Gesundheitspolitik besteht vielmehr darin, Absolventen der Human- und der Zahnmedizin durch attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen langfristig an den Freistaat zu binden. Vor diesem Hintergrund gilt es, Instrumente zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung, wie das sogenannte Thüringen-Stipendium und das Niederlassungscoaching, auszubauen. Hierzu zählt auch, dass attraktive Landesstipendien für Medizinstudenten bereitgestellt werden, die sich dafür im Gegenzug für eine Dauer von zehn Jahren verpflichten, in unterversorgten Gebieten Thüringens zu praktizieren.

**Wir wollen
Medizinern in der
Ausbildung Anreize
für einen Verbleib
in Thüringen und
für eine Tätigkeit im
ländlichen
Raum bieten.**

Die AfD setzt sich daher dafür ein, an der einzigen Thüringer Ausbildungsstätte für zukünftige Mediziner, der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, eine Landeskinderquote einzuführen. Thüringer Studenten werden mit höherer Wahrscheinlichkeit nach dem Studium in Thüringen verbleiben, wenn sie hier schon verwurzelt sind. Zur Steigerung der Zahl künftig in Thüringen tätiger Ärzte plädiert die AfD dafür, geeignete Auswahlverfahren an der Universität Jena zu etablieren. Diese sollen Auswahlgespräche sowie Praktika und die Bewertung von einschlägigen Ausbildungen beinhalten und in Verbindung mit einer Landarztquote die Nachwuchsgewinnung verbessern.

Es gibt in Deutschland eine nicht zu vernachlässigende Zahl von Anwärtern für einen Medizinstudienplatz, welche bereit sind, die Kosten der Ausbildung selbst zu finanzieren. Die Studiengebühren sind so kalkuliert, dass die privaten Hochschulen in der Regel ohne staatliche Unterstützung arbeiten. Die Vorteile ausländischer privater Hochschulen sollten nach Thüringen geholt werden, indem man solche Privatuniversitäten durch die Setzung günstiger Rahmenbedingungen für einen Thüringer Standort begeistert. Die AfD Thüringen steht daher der Ansiedelung privater medizinischer Hochschulen in strukturschwachen Regionen offen gegenüber.

Freiberuflichkeit

Durch viele gesetzliche Vorgaben wird die Tätigkeit von Ärzten bei der Versorgung gesetzlich Krankversicherter eingeschränkt. Zur Stärkung der ärztlichen Freiberuflichkeit ist es deshalb unerlässlich, dass den Ärzten die uneingeschränkte Ausübung ihrer medizinischen Versorgungsaufgaben auch wieder gegenüber gesetzlich Krankversicherten ermöglicht wird. Die Freiheit des Arztes in der individuellen medizinischen Behandlung darf nicht durch ökonomische Gründe und somit Begrenzungen oder Budgets eingeschränkt sein.

Sprach- und Qualifikationsniveau im Gesundheitssystem

Vor allem die Abwanderung von an deutschen Universitäten ausgebildeten Medizinern führte zu Lücken im Gesundheitssystem, die durch ausländische Ärzte gefüllt werden sollen. Aktuelle Erkenntnisse zeigen, dass gerade im Rahmen der

Zuwanderungswelle die Nachweisprüfung der fachlichen Qualifikationen oft nicht sichergestellt ist. Jeder im Gesundheitssystem Arbeitende muss sich problemlos mit Patienten und Kollegen in deutscher Sprache verständigen können. Am hohen Qualifikationsniveau der im Gesundheitswesen tätigen medizinischen Fachkräfte – gleich welcher Herkunft und Spezialisierung – darf es keine Abstriche geben. Bei Zweifeln an der beruflichen Qualifikation von Gesundheitsfachkräften und Medizinern ausländischer Herkunft muss die Patientensicherheit im Vordergrund stehen. Die AfD Thüringen setzt sich dafür ein, dass die im Ausland erworbenen medizinischen Qualifikationen durch strukturierte Prüfungen an medizinischen Hochschulen evaluiert und die Angebote entsprechender Anpassungsqualifikationen ausgebaut werden.

Jeder im Gesundheitssystem Arbeitende muss sich problemlos mit Patienten und Kollegen in deutscher Sprache verständigen können.

Arbeits- und Ruhezeiten des medizinischen Personals

Eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung benötigt ausgeruhtes Fachpersonal in ausreichender Zahl. Um dies sicherzustellen, sind die gesetzesrechtlichen Vorgaben bezüglich der Arbeits- und Ruhezeiten konsequent einzuhalten. Eine Unterwanderung dieser Vorgaben infolge von Personalmangel oder durch statistische Tricks verbietet sich im Sinne der Patientensicherheit. Insbesondere die Krankenhausärzte sind von der überbordenden Bürokratie unter anderem durch medizinische Verwaltungsangestellte im Gesundheitswesen oder durch vergleichbare Fachkräfte zu entlasten.

Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung erhalten

Die zunehmende Ökonomisierung der stationären Medizin mit dem DRG-System (Fallpauschalen) und dem Ausverkauf kommunaler Krankenhäuser an gewinnorientierte private Klinikketten hat sich als ein Irrweg herausgestellt. Die AfD Thüringen setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass vor allem Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung in ländlichen Gebieten Thüringens in kommunaler Hand verbleiben und erhalten werden. Der Freistaat muss hier in verstärktem Maße seinen gesetzlich vorgegebenen Finanzierungs- und Investitionsverpflichtungen nachkommen. Die AfD setzt sich für regionale Verbände kommunaler Krankenhäuser ein.

Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung in ländlichen Gebieten müssen in kommunaler Hand bleiben.

Die Situation für häusliche und stationäre Pflege verbessern

Pflege in Deutschland findet hauptsächlich in der Familie statt. Die Hauptlast der Pflegearbeit tragen dabei die pflegenden Frauen. Pflegenden Angehörige werden oft mit organisatorischen und finanziellen Problemen alleingelassen. Die AfD möchte die Fürsorge für pflegebedürftige Familienangehörige, die in einer vertrauten familiären Umgebung leben wollen, stärken und die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sich erwachsene Kinder bewusst für die Pflege ihrer Eltern entscheiden können. Als Grundlage für die häusliche Pflege sind das Beratungsangebot für pflegewillige Angehörige in Form eines umfassenden Betreuungsnetzwerkes zu verbessern und die Pflegesätze bei häuslicher Pflege durch Angehörige an die Leistungen für Pflegedienstleister anzugleichen.

Die Pflegesätze bei häuslicher Pflege durch Angehörige sind an die Leistungen für Pflegedienstleister anzugleichen.

Die AfD fordert eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung der familiären Pflegearbeit als wichtigen Beitrag für das Gemeinwohl. Die individuelle häusliche Pflege muss zu einem Hauptbestandteil der sozialen Sicherungssysteme werden. Sorgearbeit und familiennahe Hilfen müssen endlich eine angemessene rentenrechtliche Berücksichtigung erfahren.

Der Rationalisierungsdruck in der stationären Pflege muss gesenkt werden.

Auch die stationäre Pflege wollen wir verbessern. Um einem Mangel an Pflegekräften zu begegnen, müssen Arbeitskraftreserven aktiviert und der Rationalisierungsdruck gesenkt werden. Im gegenwärtigen System ist die zwischenmenschliche Zuwendung kaum noch möglich, deshalb fordern wir eine Humanisierung der Strukturen und der Prozesse. Aufgabe der verantwortlichen Akteure ist es, akute Problemlagen schnell abzuschaffen sowie eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Betreuungs- und Pflegelandschaft in Thüringen zu sichern. Die Zielsetzung „Satt und sauber“ reicht in Verantwortung vor unseren Eltern und Großeltern nicht aus!

Lohngestaltung im Pflegebereich

Ein einheitlicher Flächentarifvertrag für Pflegeberufe kann einer Abwanderung vorbeugen. Gleichzeitig sollte die Attraktivität der Arbeit in Pflegeberufen durch eine entsprechende branchenbezogene Mindestvergütungshöhe gesteigert werden. Eine auskömmliche Entlohnung und der Rechtsanspruch auf eine Vollzeitstelle könnten die Attraktivität des Pflegeberufes deutlich steigern.

Pflegefachkräfte aus dem Ausland

Die Akquise von Pflegekräften aus dem Ausland ist streng am Bedarf des hiesigen Arbeitsmarktes zu orientieren. Zudem sollten keine Arbeitskräfte abgeworben werden, die in ihren Heimatländern für die Funktionsfähigkeit von Schlüsselbranchen dringend benötigt werden. Maßgebend für die Erwerbsmigration in das Thüringer Sozial- und Gesundheitswesen sind die deutschen Qualitätsstandards.

Abschaffung des Schulgeldes für Gesundheitsfachberufe

Arbeitsmarktstatistiken für Thüringen verzeichnen gegenwärtig einen Fachkräftemangel in verschiedenen Berufsgruppen, der perspektivisch weiter zunehmen wird. Insbesondere Sozial- und Gesundheitsberufe sind in erheblichem Ausmaß von dem Fachkräftemangel betroffen. Vor diesem Hintergrund kommt der Nachwuchsgewinnung eine besondere Bedeutung zu, die allerdings durch monetäre Hürden erschwert wird. So müssen Auszubildende in nichtakademischen Gesundheitsberufen, die ihre Ausbildung an einer Privatschule in Thüringen absolvieren, Schulgeld zahlen. Davon betroffen sind z. B. Altenpfleger, Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden. Die AfD Thüringen möchte das Schulgeld für Auszubildende in zukunftsrelevanten Gesundheitsberufen abschaffen. Auch Kindererzieher, Sozial- und Diätassistenten in Ausbildung sollen finanziell deutlich entlastet werden.

Hygienemanagement

Die AfD fordert für das Gesundheitswesen die Übernahme eines Hygieneregimes nach niederländischem Vorbild, um Todesfälle, Amputationen und Dauerschäden durch multiresistente Keime (wie z. B. MRSA) auf das geringstmögliche Maß abzusenken. Bei Patienten mit geplanten und akuten Einweisungen in Krankenhäuser sollen die gesetzlichen Krankenkassen die Kosten der verpflichtenden Tests auf die relevanten Keime übernehmen.

Notfallmanagement

Mit Blick auf die schon erwähnte steigende Lebenserwartung und den damit einhergehenden erhöhten Hilfebedarf der Bevölkerung wird eine flächendeckende Versorgung mit einem medizinischen Notdienst immer wichtiger. Die im Bundesvergleich sehr langen Alarmierungszeiten (Hilfsfristen in Thüringen: 14 Minuten, in ländlichen Bereichen 17 Minuten) für den Rettungsdienst müssen verkürzt werden. Bei der Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft soll das Hauptaugenmerk auf einem dichten Netz für die Notfallversorgung im ländlichen Raum liegen.

Ein dichtes Netz für die Notfallversorgung im ländlichen Raum hat Vorrang.

Gesundheitskarte für Asylbewerber abschaffen

Durch die Gesundheitskarte für Asylbewerber wird die Versichertengemeinschaft über Gebühr belastet. Die Gesundheitskarte für Asylbewerber wollen wir daher einstellen. Die Behandlung von nicht anerkannten oder abgelehnten Asylbewerbern ist auf eine Notfallversorgung zu reduzieren. Eine Grundversorgung für anerkannte Asylbewerber darf nicht der Versorgung von regulär Versicherten gleichgestellt werden.

Abwehr von Gesundheitsgefahren in Kindergärten und Schulen

Angesichts der zunehmend häufiger werdenden Ansteckungsfälle in Kindergärten und Schulen setzt sich die AfD dafür ein, dass entsprechende Gefahren durch präventive Untersuchungen beseitigt werden. Alle Kinder, die Lücken bei den Vorsorgeuntersuchungen U1 bis U8 aufweisen, sind bei Aufnahme in Kindergarten oder Schule auf ansteckende Krankheiten, z.B. auf Tuberkulose und andere gefährliche Infektionskrankheiten, verpflichtend zu untersuchen.

Für eine bessere Prävention gegen die Übertragung ansteckender Krankheiten in Kindergärten und Schulen.

Altersfeststellung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen

Die AfD Thüringen fordert eine generelle Altersfeststellung von angeblich minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen mit zugelassenen Methoden.

Gefahrenabwehr für Mediziner

Unter anderem infolge der unkontrollierten illegalen Einwanderung lässt sich das Phänomen beobachten, dass die Angriffe sowohl auf medizinisches Personal, Rettungsdienste wie auch auf Patienten in Zahl und Intensität zunehmen. Niedergelassene Ärzte haben hier insbesondere die Schwierigkeit, dass sie sich keinen Sicherheitsdienst wie Krankenhäuser leisten können. Die zuständigen Behörden

haben hier nicht nur die Pflicht, potenziell gefährliche Migranten frühzeitig zu identifizieren, sondern müssen auch Rettungsdiensten, Notaufnahmen und Privatpraxen geeignete Maßnahmen anbieten, die der Gefahrenabwehr dienen.

Digitalisierung im Gesundheitsbereich nicht verschlafen

Die Digitalisierung ist auch im Gesundheitswesen nicht mehr wegzudenken. Sie eröffnet der medizinischen Versorgung neue Perspektiven und Chancen. Mit Telemedizin können Ressourcen effizienter genutzt werden. Das Versenden medizinischer Daten zwischen den Arztpraxen ermöglicht es Patienten, seltener persönlich für Kontrolluntersuchungen zu erscheinen. Dies erleichtert und beschleunigt die ärztliche Kontrolle. Mittels Videotelefonie kann der Arzt mit dem Patienten Befunde direkt besprechen. Durch Vernetzung von Apotheken und medizinischem Fachpersonal werden positive Effekte für die Patienten im ländlichen Raum generiert.

Neustart des Gemeinsamen Landesgremiums (§ 90a SGB V)

Die AfD versteht das Gemeinsame Landesgremium nach Paragraph 90a Sozialgesetzbuch V als entscheidende Institution gesundheitspolitischer Steuerung und Koordination. Fragen einer besseren sektorenübergreifenden Versorgung sowie einer besseren Verzahnung von ambulanten und stationären Angeboten sind im Rahmen des Gremiums für Thüringen in landesrechtlich verbindliche Handlungsoptionen zu übersetzen. Die AfD Thüringen setzt sich zum Zwecke der Optimierung der ärztlichen Versorgung im Freistaat und zum Wohle der Thüringer Bürger für

einen Neustart des Landesgremiums ein, das um politische Verantwortungsträger zu erweitern ist.

EU-Gesundheitspolitik

Die Organisation der Gesundheitsversorgung obliegt dem jeweiligen Nationalstaat. Die AfD lehnt eine europäische Vereinheitlichung medizinischer Dienstleistungen und Berufe ab. Der Zugang zum Europäischen Binnenmarkt darf nicht von einer EU-weiten Harmonisierung abhängig gemacht werden, in deren Folge die in Deutschland geltenden Qualitätsansprüche aufgeweicht und/oder außer Kraft gesetzt werden. Die Zuständigkeit einer EU-Zulassungsbehörde für Prüfungen und Zulassungskompetenzen im medizinischen Bereich lehnt die AfD ab. Wir fordern die Beibehaltung der bisherigen Verfahren, nach denen sich Antragsteller auf Zugang zum Markt der freien Berufe nach den jeweils gültigen nationalen Standards in ihrem Zielland bei Kammern, Körperschaften und nationalen Behörden um Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse bewerben müssen.

Die AfD lehnt eine europäische Vereinheitlichung medizinischer Dienstleistungen und Berufe ab.

Durch die Folgen der Globalisierung des Medikamentenmarktes kommt es immer wieder zu Engpässen bei der Belieferung mit lebenswichtigen Medikamenten, z. B. aus dem Antibiotikabereich. Wir setzen uns für die Erstellung eines nationalen Sicherstellungskonzeptes ein, um weitgehend unabhängig von Marktschwankungen und Lieferengpässen die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Medikamenten zu gewährleisten.

Eine stabile und gesicherte Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Medikamenten bleibt zu gewährleisten.



o8 | Für eine identitätserhaltende Migrationspolitik

Migrationspolitik

Die Einwanderungspolitik der Altparteien hat in den letzten vier Jahren Dimensionen angenommen, die selbst im Rückblick auf viele hundert Jahre unserer Geschichte beispiellos verheerend erscheinen. Die Auswirkungen sind für Thüringen besonders gravierend, weil die in Teilen linksextreme Landesregierung hier günstige Rahmenbedingungen vorfindet, um über eine Veränderung des Staatsvolks ihrer ideologischen Wahnvorstellung einer multikulturellen Gesellschaft näher zu kommen.

Die Folgen dieser verfassungsfeindlichen Politik sind in unserem Freistaat bereits jetzt zu beobachten. Ganze Stadtteile sind in den letzten drei Jahren bevölkerungspolitisch gekippt, weil man dort schwerpunktmäßig Hunderte Ausländer in Sozialwohnungen oder Plattenbaugebieten unterbrachte. Zusätzlich belastet die unregelmäßige Zuwanderung der letzten Jahre den bereits angespannten Markt für preisgünstigen Wohnraum in den Ballungszentren unseres Landes.

Die Masseneinwanderung führte zu einer steigenden Kriminalität und Wohnraumverknappung.

In der Regel folgen solchen bevölkerungspolitischen Umschichtungen erhebliche Nachteile für die angestammte Bevölkerung, vor allem in Form drastisch steigender Kriminalität. Die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik sind alarmierend:

Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen betrug im Jahr 2018 17,4 Prozent. Das stellt eine Verdoppelung zum Wert von 2014 dar. Wobei an dieser Stelle erwähnt werden muss, dass Doppelpassinhaber den deutschen Tatverdächtigen zugeordnet werden. Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen an Gewaltdelikten stieg innerhalb von vier Jahren von 8,6 (2014) auf 28,4 Prozent (2018). Im Bereich von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung musste im selben Zeitraum eine Zunahme von 4,4 auf 15,7 Prozent durch die gleiche Tatverdächtigengruppe verzeichnet werden. Diese Zahlen machen deutlich, dass es sich nicht um sogenannte Einzelfälle, sondern um systematisch eingewanderte schwere Kriminalität handelt.

Die Ausbreitung fundamentalistisch ausgerichteter Parallelgesellschaften ist ein Fakt. Auch die sogenannte Integrationspolitik der Altparteien wird hieran nichts ändern. Sie ist gescheitert und perspektivlos. Zudem fehlen die vielen Milliarden Euro, die hierfür aufgewendet werden, am Ende für die Bedürfnisse unserer eigenen Bevölkerung. Integration ist eine Bringschuld der Zuwanderer. Wer hierzu nicht willens oder in der Lage ist, wird in Thüringen keine Heimat finden.

Den Irrweg einer multikulturellen Gesellschaft, den die Altparteien künftigen Generationen aufzwingen wollen, werden wir mit aller Konsequenz und ohne Rücksicht auf die Regeln der sogenannten politischen Korrektheit rechtsstaatlich beenden.

Für einen asylpolitischen Kurswechsel

Um die komplexen Herausforderungen, welche sich gegenwärtig in der Asyl- und Migrationspolitik zeigen, bewältigen zu können, müssen umfangreiche Maßnahmen auf der EU-, der Bundes- und der Landesebene ergriffen werden.

Natürlich stehen wir Ausländern aufgeschlossen gegenüber, die sich legal in unserem Freistaat aufhalten und unsere Kultur sowie die Rechtsordnung akzeptieren. Das gilt vor allem für Menschen, die in Thüringen den Lebensunterhalt ihrer Familie durch Arbeit erwirtschaften und ihr Schicksal mit unserer Nation aus innerer Überzeugung dauerhaft verbinden wollen. Im Bundesrat werden wir uns daher für ein modernes und bedarfsorientiertes Einwanderungsrecht einsetzen, zu dessen Vorbedingungen allerdings zwingend eine vollständige Sicherung der deutschen Außengrenzen auch durch Einsatz der Bundeswehr zählt.

Die Staatsgrenzen müssen endlich wieder gesichert und die illegale Einreise in unser Land effektiv unterbunden werden.

Die illegale Einreise nach Deutschland muss endlich unterbunden werden. Das Recht auf Asyl ist ausschließlich denen vorzubehalten, die tatsächlich politisch verfolgt werden. Auch die Diskussion, ob der individuelle Rechtsanspruch auf Asyl noch zeitgemäß ist, darf kein Tabu sein.

Abschiebungsinitiative 2020

Thüringen braucht keine bildungsfernen Migranten. Es ergibt überhaupt keinen Sinn, illegale Zuwanderung wie bisher mit Milliarden Euro zu fördern. Wir werden daher unmittelbar nach Übernahme der Regierungsverantwortung eine massive Abschiebungsinitiative starten.

Zunächst wollen wir mit einem landesweiten Screening alle Fälle missbräuchlicher Angaben zum Zwecke der Einwanderung identifizieren. Besondere Bedeutung hat hierbei die rückwirkende Überprüfung der Altersangaben sogenannter minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge in allen Fällen seit 2015, bei denen die Minderjährigkeit nicht offensichtlich ist. Die AfD wird auf Landesebene ärztliche Untersuchungen zur Altersbestimmung angeblich minderjähriger Flüchtlinge einführen. Wir wollen zudem alle Fälle ermitteln, in denen Ausländer Reisen in ihre Heimat unternommen haben, wo sie angeblich verfolgt oder von Krieg bedroht werden. In allen Missbrauchsfällen werden wir konsequent auf einen Entzug der Aufenthaltserlaubnis und auf eine Aufenthaltsbeendigung in Deutschland hinwirken.

Der Missbrauch des Asylrechts ist zu unterbinden. Hierzu zählt auch die Altersfeststellung sogenannter unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge.

In einem zweiten Schritt wollen wir den Vollzug der Ausreisepflicht aller illegal eingereisten und geduldeten Ausreisepflichtigen durch neue Verfahrensweisen, insbesondere durch Massenabschiebungen, herbeiführen. Hierzu zählt auch die Durchführung vom Freistaat organisierter Abschiebeflüge. Als Erstes werden jene Ausreisepflichtigen in den Fokus genommen, die strafrechtlich relevant in Erscheinung getreten sind oder extremistisch auffallen.

Die Ausreisepflicht aller illegal bei uns Lebenden wollen wir durchsetzen. Das hier seit Jahren bestehende Vollzugsdefizit ist endlich zu beheben.

Gewaltauffällige Asylbewerber sind in gesonderten Einrichtungen unterzubringen.

Gewaltauffällige Asylbewerber sollen bis zur Abschiebung oder freiwilligen Ausreise zum Schutz der einheimischen Bevölkerung und der friedlichen Asylbewerber in gesonderten Einrichtungen fernab von Ortschaften untergebracht werden. Zudem wollen wir den gesetzlichen Rahmen der Vorbereitungs- und Sicherungshaft für die erfolgreiche Durchführung von Abschiebungen vollständig ausschöpfen. Hierzu werden wir innerhalb kürzester Frist eine Abschiebehaftanstalt in Thüringen einrichten.

Behinderungen von Abschiebungen sind zu ahnden. Keine öffentliche Förderung von Vereinigungen, die abgelehnte Asylbewerber dabei unterstützen, sich der Abschiebung zu entziehen.

Die sogenannte Härtefallkommission, die in vielen Hunderten Fällen vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern in Thüringen gegen geltendes Recht einen weiteren Aufenthalt auf Kosten des Steuerzahlers ermöglichte, hat sich politisch missbrauchen lassen und als nicht reformierbar erwiesen. Wir wollen diese Institution abschaffen.

Zudem wollen wir dafür sorgen, dass strafrechtlich relevante Behinderungen von Abschiebungen konsequent geahndet werden. Allen Institutionen, Initiativen und Vereinen, welche abgelehnte Asylbewerber dabei unterstützen, sich der Abschiebung oder Ausreisepflicht zu entziehen, muss die öffentliche Förderung entzogen werden. Selbstverständlich wollen wir auch die Finanzierung der Rechtsberatung endgültig abgelehnter Asylantragsteller mit Thüringer Steuergeldern beenden.

Keine Anreize für Sozialmigranten

Nach wie vor senden die Altparteien verheerende Anreizsignale für eine illegale Zuwanderung in unser Sozialsystem aus. Ein Beispiel hierfür ist die Unterzeichnung des Globalen Migrationspakts, der für weitere Migrationswellen nach Deutschland sorgen wird.

Wir wollen alle rechtlich bestehenden Möglichkeiten nutzen, um Armutsmigration nach Thüringen weitgehend unattraktiv zu machen. Dafür wird ein deutlich abgesenkter Versorgungs- und Unterbringungsstandard für Asylbewerber notwendig sein. Entsprechend dem Asylbewerberleistungsgesetz sollen Sachleistungen wieder die Regel werden. Neu angekommene Migranten müssen in landeseigenen Auffangzentren kostengünstig untergebracht werden, um so die Kommunen und die Steuerzahler zu entlasten.

Die Gesundheitskarte für Asylbewerber wollen wir abschaffen und nur noch die gebotene Notversorgung gewährleisten.

Wir wollen alle rechtlich möglichen Maßnahmen ergreifen, um die Kosten der Versorgung von Asylbewerbern durch Sicherstellung eigenen Vermögens zumindest teilweise zu decken. Dies betrifft insbesondere die Ermittlung und die Konfiszierung von mitgeführtem Barvermögen.

Erhalt der Rückkehrfähigkeit statt unmöglicher Integration

Eine Integration der seit 2015 nach Thüringen eingereisten mehreren zehntausend Armutsmigranten scheitert nicht nur an der häufig mangelnden Bereitschaft und Fähigkeit dieser Menschen zur Integration. Auch ein Großteil der Thüringer möchte nicht derart viele Menschen aus kulturfremden Regionen dauerhaft integrieren, schon gar nicht auf Kosten des Steuerzahlers und unter Hinnahme von Verhaltensweisen und kulturell-religiösen Praktiken, die sich mit unseren europäischen Werten nicht vereinbaren lassen. Der dauerhafte Verbleib und die Integration von Flüchtlingen können nur der Ausnahmefall sein. Im Regelfall muss eine Rückkehr des Flüchtlings Ziel der Thüringer Politik werden. Statt eines Zwangs zur Integration tritt die AfD daher für den Erhalt der Rückkehrfähigkeit von Flüchtlingen und Sozialmigranten ein.

Das Asylrecht ist Hilfe auf Zeit. Der dauerhafte Verbleib von Flüchtlingen kann nur Ausnahme bleiben. Daher ist die Rückkehrfähigkeit zu erhalten.

Im Fokus von Bildungsmaßnahmen soll neben der Vermittlung von grundlegenden deutschen Sprachkenntnissen und unseren Werten vor allem der Erwerb von Fähigkeiten stehen, welche die Menschen nach der Rückkehr in ihr Heimatland benötigen.

Familiennachzug

Der Familiennachzug ist ausschließlich Bewerbern mit anerkanntem Asylgrund vorbehalten, die erfolgreich an deutschen Sprachkursen teilgenommen haben und eine Arbeitsstelle zur Gewährleistung des Unterhalts auch der hinzukommenden Familienangehörigen vorweisen können. Familienzusammenführungen für unbegleitete minderjährige Ausländer können in sicheren Drittstaaten außerhalb von Deutschland stattfinden. Den Missbrauch sogenannter Ankerkindern, die nach Deutschland vorausgeschickt werden, um dann eine Einreise der restlichen Familie auf „legalem“ Weg zu ermöglichen, wollen wir konsequent unterbinden.

Thüringens Identität, Parallelgesellschaften und Islam

Die Thüringer AfD steht ohne Wenn und Aber für den freiheitlichen demokratischen und säkularen Rechtsstaat. Der säkulare Rechtsstaat hat das ausschließliche Rechtsetzungs- und Rechtsdurchsetzungsmonopol, sein Recht steht über religiösen Geboten. Der orthodoxe Islam, der eine politische Religion ist und mit der Scharia auch ein vormodernes System von Rechtsregeln umfasst, ist mit diesem westlichen Staatsverständnis nicht vereinbar. Daher kann der Islam nicht zu Thüringen und nicht zu Deutschland gehören.

Die Scharia ist nicht mit unserem säkularen Rechts- und Staatsverständnis vereinbar.

Die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit des Glaubens, des religiösen Bekenntnisses und der Religionsausübung gilt selbstverständlich auch für Muslime. Artikel 4 des Grundgesetzes ist aber kein „Supergrundrecht“, das einen politischen oder gesellschaftlichen Sonderstatus oder irgendwelche Privilegien für muslimische Gemeinschaften in unserem Land begründet.

Dem Ausbau von Parallelgesellschaften, in denen unsere Rechtsordnung in Frage gestellt wird, ist entgegenzutreten.

Religiösen Eiferern, die das Grundgesetz und die Thüringer Verfassung hingegen als Ermächtigung für den Ausbau von Parallelgesellschaften missverstehen, wollen wir mit allen verfügbaren rechtsstaatlichen Mitteln konsequent begegnen. Islamistische Militanz und Extremismus von Zuwanderern müssen deshalb konsequent bekämpft werden.

Besonders verheerend ist, dass die zum Teil aggressive Anspruchshaltung bestimmter Zuwanderergruppen zurzeit auch noch offen durch die Spitzen von Altparteien, Kirchen und Gewerkschaften unterstützt wird. Zwar beteuern Vertreter aller Altparteien regelmäßig formelhaft die Integrationspflicht von Zuwanderern und die Geltung unseres Grundgesetzes als angebliche Leitschnur des Zusammenlebens. Faktisch dulden sie jedoch die Missachtung elementarer Regeln unseres Verfassungsstaats.

Religiös motivierte Bekleidungsregelungen, das „kulturell sensible“ Weglassen von Speisen in öffentlichen Einrichtungen, die Errichtung fundamentalistischer Moscheen, die Diffamierung unserer Gesellschaft als „unrein“, die Duldung der Verstümmelung von Neugeborenen aus religiösen Gründen oder das qualvolle Schächten von Tieren sind deutliche Zeichen einer zunehmenden Islamisierung, der wir Einhalt gebieten müssen. Toleranz darf nicht in Selbstaufgabe münden!

Die Expansionspläne der fundamentalistischen Ahmadiyya-Sekte auch in Thüringen, denen die Altparteien und die Amtskirchen Vorschub leisten, lehnen wir ab.

09 | Für eine moderne Infrastruktur und einen zukunftsorientierten Wohnungsbau

Infrastrukturpolitik



Unsere moderne Wirtschaftsgesellschaft ist auf eine gut ausgebaute und funktionstüchtige Infrastruktur angewiesen. Obgleich unser Freistaat diesbezüglich in vielen Bereichen wie etwa beim Schienenverkehr gut dasteht, fallen wir in anderen Bereichen zurück oder verpassen den Anschluss. Die Versorgung mit „schnellem Internet“ etwa lässt vor allem in ländlichen Gebieten zu wünschen übrig.

Im Bereich des Wohnungsbaus geht es nicht nur darum, in den Städten Wohnraum bezahlbar zu halten und die kostentreibenden Faktoren zu reduzieren. Vielmehr muss das Wohnraumpotential im ländlichen Raum besser ausgeschöpft werden. Dies kann beispielsweise durch Entlastungen etwa bei der Grunderwerbssteuer geschehen.

Infrastruktur

Thüringen hat durch seine zentrale Lage in Deutschland, seine exzellente Anbindung an das Autobahnnetz und durch den Ausbau des Schienennetzes, insbesondere der ICE-Strecken, einen bedeutenden Standortvorteil. Diesen wollen wir zum Wohl unserer Bevölkerung und der heimischen Wirtschaft erhalten und weiter ausbauen.

Auch wenn die Regionalexpresslinie Nürnberg–Bamberg–Jena von bzw. nach Leipzig verlängert wurde, kann dies kein vollwertiger Ersatz für die IC-Anbindung Jenas an die Strecke Nürnberg–Leipzig im Jahr 2023 sein. Diese Anbindung kommt für uns zu spät. Hier muss der Staat über seine Anteile an der Deutschen Bahn auf eine schnellere Anbindung drängen. Wir werden uns mit entsprechenden Initiativen dafür einsetzen.

Sukzessive werden wir die Infrastruktur von diesen bereits etablierten Standorten in ländlichere Regionen ausbauen, wobei unser besonderes Augenmerk auf dem Straßen- und Wegenetz liegt. Wir werden uns dabei nicht nur für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die Instandhaltung von Straßen und Brücken, die Gewährleistung der Verkehrssicherheit und des Verkehrsflusses einsetzen, sondern im Rahmen des planmäßigen weiteren Ausbaus auch für eine angemessene Berücksichtigung ökologischer Standards, beispielsweise durch den Bau von Grünbrücken für Wildtiere.

Ortsumgehungen

Die AfD setzt sich für die berechtigten Interessen der Anwohner hinsichtlich des Erhalts bzw. der Verbesserung ihrer Wohn- und Lebensqualität ein. Die Ankündi-

Entlastungen bei der Grunderwerbsteuer sollen helfen, das Wohnraumpotential im ländlichen Raum besser auszuschöpfen.

Wir wollen eine rasche Anbindung Jenas an die ICE-Strecke Leipzig-Nürnberg.

Das Straßen- und Wegenetz Thüringens ist zu erhalten und bedarfsorientiert zu erweitern.

gung der Errichtung von Ortsumgehungen darf nicht zu Wahlkampfzwecken missbraucht werden. Vor Ort werden wir ehrliche Gespräche über Vor- und Nachteile des jeweiligen Vorhabens mit den Anwohnern führen. Die Investitionsunterstützungen des Bundes müssen konsequent genutzt werden.

Autobahnen

Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass schnelle und sichere Autobahnen unsere Städte und Dörfer beim Durchgangsverkehr weiter entlasten können. Daher befürworten wir eine situationsangepasste Festlegung von Tempolimits auf Autobahnen. Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen lehnen wir ab.

**Ein generelles
Tempolimit auf
Autobahnen lehnen
wir ab.**

Immer noch fehlen in Thüringen zahlreiche Lkw-Stellplätze, um den Lastkraftwagenfahrern die Einhaltung ihrer Ruhezeiten zu ermöglichen. Im Rahmen des Straßenbaus wollen wir daher dafür sorgen, dass den Fernkraftfahrern genügend Stellplätze zur Verfügung stehen.

Internetanbindung

Die Errichtung einer leistungsfähigen Versorgung mit Breitband-Internetanschlüssen in ländlichen Regionen ist aus Sicht der AfD eine wesentliche Voraussetzung, um auch außerhalb von Ballungszentren wirtschaftliche Entwicklung und regional verfügbare, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu ermöglichen.

**Wir sind für eine
großzügige
Investition in ein
landesweites
Hochgeschwindigkeitsinternet.**

Der Aufbau von Hochleistungsnetzen geht viel zu langsam voran. Wir werden großzügige Investitionsmittel zur Verfügung stellen, um ein landesweites und lückenloses Hochgeschwindigkeitsinternet zu etablieren und allen Schulen in Thüringen einen Internetanschluss auf der Höhe der Technik zu ermöglichen.

Wohnungsbau

Im europäischen Vergleich ist die Eigentumsquote beim Wohnraum in Deutschland mit nur rund 45 Prozent sehr gering. Wir werden Maßnahmen ergreifen, dass Thüringen hier nachzieht. Überbordende Bürokratie sowie unsinnig kostenintensive, umwelt- und gesundheitsschädliche Dämmvorschriften verteuern den Wohnungsbau. Diese gilt es daher, auf das richtige Maß zu reduzieren. Den Zwang zum Einsatz

**Wir wollen, dass sich
die Eigentumsquote
bei Wohnungen er-
höht. Dazu wollen wir
Überregulierungen
und gängelnde
Vorschriften abbauen.**

teurer Technologien, insbesondere aus dem Bereich der „erneuerbaren“ Energien, werden wir so weit wie möglich beenden. Bauanträge und Planfeststellungsverfahren müssen schneller und kostengünstiger bearbeitet und beschieden werden. Die Schaffung von neuem und die Sanierung von vorhandenem Wohnraum werden wir insbesondere im ländlichen Raum unterstützen.

Wohnungsbaugenossenschaften und sozialer Wohnungsbau

Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften arbeiten nicht gewinnorientiert und garantieren schon seit vielen Jahrzehnten qualitativ hochwertigen Wohnraum zu angemessenen Preisen für alle Generationen und Einkommensschichten. Sie sind durch ihr Genossenschaftsprinzip gelebte Demokratie und ein Garant für Preisstabilität auf dem Wohnungsmarkt und bilden einen unersetzlichen Grundpfeiler des Thüringer Wohnungsmarktes.

Die Nutzung sozialen Wohnraums für die Unterbringung von Asylbewerbern lehnen wir ab.

Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus werden wir uns für eine kostengünstige Bereitstellung von Grundstücken bei entsprechenden Bauvorhaben und für eine Landesförderung einsetzen. Die Nutzung sozialen Wohnraums für die Unterbringung von Asylbewerbern lehnen wir ab. Dieser muss für sozial schwache Bürger unseres Freistaats zur Verfügung stehen.

Preiswerter Wohnraum für Familien durch besondere Förderung

Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass mittelfristig genügend Wohnungsbau land bereitsteht. Besonders möchten wir Wohneigentum junger Familien fördern. Schließlich wollen wir verhindern, dass für junge Familien, die wir langfristig an Thüringen binden möchten, der Traum vom eigenen Haus und der eigenen Wohnung an utopisch hohen Kaufpreisen oder Mieten scheitert, wie dies in westlichen Ballungszentren bereits der Fall ist. Hierin sehen wir auch hohes Potenzial für Thüringen beim Wettbewerb um echten qualifizierten Zuzug.

Wir setzen uns für die Abschaffung der Grundsteuer ein.

Daher möchten wir die Grunderwerbsteuer für den Wohneigentumserwerb von Familien mit Kindern deutlich reduzieren und diesen auch durch nachrangige Darlehen fördern, deren Rückzahlung für jedes Kind der Familie teilweise erlassen wird. Wir setzen uns zudem für die Abschaffung der Grundsteuer ein.



10 | Für eine freiheitsorientierte Verkehrs- und Mobilitätspolitik

Verkehrspolitik

Fahrverbote, die Bekämpfung des Dieselantriebs und die Erzwingung von Elektromobilität sind einige der Stichworte, die für die Verkehrs- und Mobilitätspolitik der Altparteien stehen. Dabei geht es nicht um eine nüchterne Herangehensweise an die Herausforderungen, sondern um die Durchsetzung utopischer Visionen. Eine solche Politik war noch immer freiheitsfeindlich und zum Scheitern verurteilt. Gegen den ideologischen und utopischen Ansatz der Altparteien gilt es, eine Verkehrs- und Mobilitätspolitik mit Augenmaß voranzutreiben, welche die selbstbestimmte Mobilität der Bürger fördert, wirtschaftlich sinnvoll und technisch machbar ist sowie im Einklang mit dem Schutz der Natur steht.

Individualverkehr

Die AfD tritt für die Freiheit des Individualverkehrs mit dem Pkw ein. Dabei ist es für uns unerheblich, ob sich die Menschen für Pkw mit Benzin-, Diesel- oder Elektroantrieb entscheiden. Für uns steht im Vordergrund, dass kein Antriebskonzept diskriminiert wird. Eine planwirtschaftliche Verkehrspolitik lehnen wir ab. Daher werden wir es nicht zulassen, dass politische Panikmacher eine Hysterie gegen Verbrennungsmotoren entfachen, die am Ende zulasten der Freiheit unserer Bürger geht und außer einigen Profiteuren und Lobbyisten in der Ökobranche niemandem nutzt.

Es ist nach unserer Überzeugung zudem Aufgabe der Wirtschaft, aus neuen Technologien attraktive marktaugliche Produkte zu entwickeln. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Technologieentscheidungen durch eine bevormundende Altparteienpolitik in der Regel in wirtschaftliche Sackgassen führen.

Dieselfahrzeuge und Fahrverbote

Die Bemühungen der meisten anderen Parteien, in den nächsten Jahren Fahrverbote für Verbrennungsmotoren einzuführen, sehen wir mit Sorge. Sind momentan nur Dieselfahrzeuge betroffen, so ist eine Ausweitung auf alle Verbrennungsmotoren doch zu befürchten. Diesem Vorhaben stellt sich die AfD entschieden entgegen. Die Feinstaubbelastung, im Straßenverkehr in erster Linie hervorgerufen durch Reifen- und Bremsabrieb, ist beständig zurückgegangen und kann den neueren Dieselmotoren nicht mehr angelastet werden.

Wir lehnen Fahrverbote und Umweltzonen ab.

Ideologisch motivierte Einschränkungen des Pkw-Individualverkehrs in Städten, z. B. durch die Einrichtung von Fahrverboten oder Umweltzonen, aus Gründen eines angeblichen Klimaschutzes lehnen wir ab. Der Einrichtung weiterer Umweltzonen stehen wir sehr kritisch gegenüber. Wir bevorzugen alternative Konzepte wie eine intelligente umweltsensible Verkehrssteuerung.

Der Dieselmotor sichert auch in Thüringen zahlreiche Arbeitsplätze, die es zu erhalten gilt. Die mit Dieselmotoren ausgestatteten Kleintransporter sind das transporttechnische Rückgrat der meisten kleinen und mittelständischen Handwerksbetriebe.

Elektromobilität in Thüringen

Die Landesregierung betreibt im Rahmen der Verkehrs- und Energiewende eine ideologisch motivierte Förderung von Elektromobilität, Windkraft- und Photovoltaikanlagen. Diese Nischentechnologien werden mit Thüringer Steuergeldern subventioniert. Dabei ist die Problematik der stark eingeschränkten Reichweite von Elektrofahrzeugen keineswegs gelöst. Außerdem würde die flächendeckende Einführung der Elektromobilität und von Fahrverbotszonen für Verbrennungsmotoren in Thüringen dafür sorgen, dass nicht nur viele Arbeitsplätze in der hiesigen Automobilzuliefererindustrie wegfallen würden, sondern dass viele kleine und mittelständische Betriebe wirtschaftlich bedroht wären, da sie ihre meist mit Dieselmotoren ausgestatteten Fahrzeuge nicht mehr betreiben könnten. Ferner wären viele Bürger gezwungen, sich neue Elektroautos zu kaufen – Fahrzeuge, die für viele Menschen viel zu teuer sind. Die Thüringer AfD steht vor diesem Hintergrund voll und ganz zum Diesel- und zum Ottomotor. Diese Antriebssysteme haben sich über einen sehr langen Zeitraum weltweit bewährt und sind ein wichtiger Baustein in unserem Wirtschaftsgefüge. Sie sichern auch in Thüringen die Arbeitsplätze von vielen tausend Menschen, das Auskommen von Familien und unseren gesellschaftlichen Wohlstand.

Wir stehen zum Diesel- und zum Ottomotor. Elektromobilität darf nicht mittels staatlichen Zwanges durchgesetzt werden.

Wir sind uns indes bewusst, dass fossile Kraftstoffe eine endliche Ressource darstellen, über die wir zudem im eigenen Land kaum verfügen. Daher ist die AfD bezahlbaren, sozial verträglichen, wirtschaftserhaltenden und realistischen alternativen Antriebs- und Treibstoffkonzepten gegenüber aufgeschlossen. Neben dem mit zahlreichen Nachteilen behafteten reinen Elektromotor, der panikartig, konzeptionslos und ideologisch motiviert von der Landesregierung und insbesondere von den Grünen propagiert wird, existieren interessantere Antriebskonzepte, die wir favorisieren. Als umweltschonende Energiequellen kommen z. B. synthetische Kraftstoffe (E-Fuels), ferner die Brennstoffzelle und der Wasserstoffverbrennungsmotor in Betracht.

Sonstiger Individualverkehr – Radverkehr, Carsharing

Dem Radverkehr messen wir nicht nur wegen der mit ihm verbundenen Entlastung der Umwelt, sondern auch wegen seiner Wichtigkeit für den Tourismus in unserem Land große Bedeutung bei. Daher wollen wir den Ausbau von Radwegen und die Beseitigung von Lücken im Radwegenetz fördern.

Wir unterstützen den Moped-Führerschein ab dem vollendeten 15. Lebensjahr.

Dem Moped-Führerschein ab dem vollendeten 15. Lebensjahr stehen wir positiv gegenüber. Der hierzu durchgeführte Modellversuch hat sich als ein Erfolg her-

ausgestellt, was sich auch an den steigenden Prüfungsteilnehmerzahlen zeigt. Der Moped-Führerschein sorgt gerade im ländlichen Raum für eine größere Unabhängigkeit der Jugendlichen und ist so eine sinnvolle Ergänzung zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Daher wollen wir uns dafür einsetzen, dass dieses Modell bundesweit eingeführt wird.

Neuen Formen gemeinschaftlich organisierter Mobilität stehen wir aufgeschlossen gegenüber. So stellen z.B. Carsharing und Mietfahrradstationen ein Wirtschaftsmodell dar, dem wir unsere politische Unterstützung zukommen lassen. Die Rahmenbedingungen zur Nutzung solcher innovativen Mobilitätskonzepte sollen verbessert werden.

Öffentlicher Personennahverkehr und Schienengüterverkehr

Der ländliche Raum ist in besonderer Weise auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mittels Bus und Bahn angewiesen. Ausschließlich wirtschaftliche Überlegungen ohne politische Einflussnahme gefährden dessen weiteren Betrieb und führen dazu, dass der ländliche Raum weiter abgehängt wird. Für die AfD ist ein funktionierender, zuverlässiger und günstiger ÖPNV ein unabdingbarer Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Der ÖPNV hat im Übrigen eine wichtige Funktion bei der Erschließung Thüringens als Fremdenverkehrs- und Erlebnisregion, insbesondere im Bereich des Rennsteigs. Wir wollen in Kooperation mit lokal tätigen Verkehrsunternehmen Lösungen für den Erhalt und den Ausbau eines umfassenden Personennahverkehrsnetzes anstreben.

Ein zuverlässiger und günstiger ÖPNV ist ein unabdingbarer Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Es muss sichergestellt werden, dass der ÖPNV die Leistungen auch auf Strecken mit schwacher Nachfrage gewährleisten kann.

Wer die Aufgabe ernst nimmt, den ländlichen Raum attraktiv zu gestalten und der Abwanderung der Bevölkerung Einhalt zu gebieten, muss die Entwicklung des öffentlichen Nahverkehrs als wesentliches Steuerungselement begreifen. Das heißt jedoch, dass Leistungen auch auf Strecken mit schwacher Nachfrage angeboten werden müssen. Hier sieht die AfD die Aufgabe, das Angebot offensiv im Sinne der staatlichen Daseinsvorsorge zu gestalten und so das Leben im ländlichen Raum auch für Personen attraktiv zu machen, die nicht auf einen Pkw zurückgreifen können. In Regionen, die bereits stark von Abwanderung oder Bevölkerungsschwund betroffen sind und in denen die Einrichtung eines regelmäßigen öffentlichen Personennahverkehrs wirtschaftlich nicht vertretbar ist, werden wir eine Wiederbelebung von Rufbussen und Sammeltaxen fördern.

Zur Erhöhung der Fahrgastsicherheit im ÖPNV und gleichzeitig als Wertschätzung der Bürger, die tagtäglich für unsere Sicherheit und unsere körperliche Unversehrtheit sorgen, setzen wir uns dafür ein, dass Polizisten, Zollbeamte, Justizbeamte und kommunale Vollzugsbedienstete sowie Soldaten zukünftig in Thüringen kostenlos den ÖPNV nutzen können, wenn sie dies in Uniform bzw. Dienstkleidung tun.

Einen generell fahrscheinfreien (also für Fahrgäste kostenlosen) ÖPNV lehnt die AfD ab, weil dabei der Wechsel vom Pkw zum ÖPNV faktisch auch durch Gebühren von Autofahrern erzwungen wird, selbst wenn diese den ÖPNV nicht nutzen.

Landesweiter Tarifverbund im ÖPNV

Aufgrund getrennter Trägerschaft von Schienenpersonennahverkehr und Straßenpersonennahverkehr kommt es immer wieder zu einer unzureichenden Aufgabenteilung zwischen Bahn und Bus, oftmals sogar zu Konkurrenz in Form von Parallelverkehren. Unterschiedliche Tarife verhindern hierbei, dass der Fahrgast zwischen den Verkehrsangeboten wechseln kann. Darüber hinaus weicht das Wunschbild stark von der tatsächlichen Qualität des ÖPNV ab.

Die AfD unterstützt die Planung und Umsetzung eines landesweiten strategischen Konzepts für den öffentlichen Personennahverkehr mit Bus und Bahn und setzt sich für die Schaffung eines landesweiten Tarifverbundes und eines damit verbundenen kostenlosen Azubi-Tickets ein. Wir streben überall im Freistaat eine einheitliche hohe Qualität des Angebots an.

Schienengebundener Personenverkehr

Der schienengebundene Personenfernverkehr ist zwar nicht Aufgabe des Freistaats Thüringen, gleichwohl greift er in die Belange des Landes in erheblichem Umfang ein. So ist nach der Inbetriebnahme der Neubaustrecke Erfurt–Ebensfeld zwar die Landeshauptstadt sehr gut an den Fernverkehr angebunden, für den wichtigen Industrie- und Universitätsstandort Jena beispielsweise hat sich durch Wegfall der ICE-Fernverkehrsverbindungen die Lage jedoch wesentlich verschlechtert. Wir setzen uns für eine zügige Anbindung Jenas an den Fernverkehr vor 2023 ein.

Auch Fehlentscheidungen wie die Einstellung des Personenverkehrs auf der Strecke der traditionsreichen Pfefferminzbahn zwischen Buttstädt und Großheringen wollen wir durch entsprechende Investitionen des Freistaats rückgängig machen. Die Streckenreaktivierung der Höllentalbahn, von der die letzten Landesregierungen zwar viel redeten, bei der sie aber nie Ergebnisse lieferten, wollen wir endlich umsetzen. Investitionen in solche Infrastrukturprojekte sind keine Geldverschwendung, sondern revitalisieren die betroffenen Regionen und fördern ihre wirtschaftliche Entwicklung. Das wird sich langfristig auch im Landeshaushalt positiv bemerkbar machen.

Pfefferminzbahn und Höllentalbahn müssen wieder fahren.

Schienen Güterverkehr

Überall dort, wo es möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, setzen wir uns im Sinne von Umweltverträglichkeit und Verkehrssicherheit für den Schienen Güterverkehr statt des Transports von Waren auf der Straße ein. Dazu bedarf es jedoch einer geeigneten Infrastruktur. Für den Ausbau und für die Modernisierung dieser Strukturen werden wir uns auf der Bundesebene einsetzen.



11 | Für eine vernunftbasierte Energie- und Klimapolitik

Energiepolitik

Die Debatte um die Energie- und Klimapolitik hat inzwischen hysterische Züge angenommen. Faktenorientierte Bestandsaufnahmen und sachlich-nüchterne Lösungsvorschläge bleiben in der von Einseitigkeit und utopischen Visionen geprägten Debatte auf der Strecke. Demgegenüber gilt es, die energie- und klimapolitischen Fragen an den Bestandsaufnahmen der Wissenschaft und an den Bedingungen unserer modernen Wirtschaftsgesellschaft zu orientieren.

Energiepolitik ohne ideologische Einflüsse

Die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte und von der rot-rot-grünen Landesregierung massiv unterstützte sogenannte Energiewende entpuppt sich längst als ideologische Utopie. Statt einer Verbesserung des Klimas und einer Verringerung des CO₂-Ausstoßes bewirkt sie lediglich eine instabile Stromversorgung und sorgt für einen immer weiter ansteigenden Strompreis.

Die „Energiewende“ schadet unserer Wirtschaft und ist sozial ungerecht.

Die Energiewendepolitik gefährdet durch den hohen Strompreis Industrie- und Gewerbetriebe in Thüringen und belastet vor allem auch einkommensschwache Thüringer. Denn um die Investitionen in die sogenannten „erneuerbare“ Energien zu fördern, wurden die Netzbetreiber unseres Landes von den Altparteien gesetzlich (vor allem mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) nicht nur dazu verpflichtet, den überflüssigen Strom aus Anlagen zur Erzeugung „erneuerbaren“ Energien abzunehmen – die Netzbetreiber müssen diesen völlig am Bedarf vorbei produzierten Strom auch noch mit garantierten Preisen vergüten, die in aller Regel ein Mehrfaches über dem Marktwert des Stromes liegen. Häufig muss dieser unnötige Strom teuer ins Ausland verkauft werden, nur um ihn ein paar Stunden später erneut zurückzukaufen (wenn z. B. in Flautephasen nicht genügend Wind weht), um den Strombedarf zu decken.

Über den Strompreis bezahlen selbst die ärmsten Bürger unseres Landes die Kosten dieser irrationalen Stromversorgungspolitik zwangsweise mit. Mit dieser ideologisch motivierten Umverteilung des Geldes von den einkommensschwachen Bevölkerungsschichten zu vermögenden Investoren muss endlich Schluss sein!

Daher lehnen wir die sogenannte Energiewende ab und treten für eine Neuordnung der nationalen Energiepolitik ein. Unser Ziel ist es, in unserem modernen, hochentwickelten Industrieland wieder die zuverlässige, sichere und preisgünstige Stromversorgung zu organisieren, die wir vor zehn Jahren noch hatten.

Hierzu setzen wir mittelfristig auf moderne Gaskraftwerke, die sauber, umweltfreundlich und preisgünstig Strom dann erzeugen, wenn er wirklich benötigt wird. Mit Russland, Norwegen und den Niederlanden verfügen wir über extrem zuverlässige Gaslieferanten. Selbst Russland hat in der Hochphase der Konfrontation im Kalten Krieg die Erdgasabhängigkeit Deutschlands nie für politischen Druck missbraucht. Alles spricht dafür, mit diesem Land eine verlässliche Energiepartnerschaft zu begründen, statt sich gegenseitig mit Sanktionen zum Vorteil anderer zu bekämpfen. Darüber hinaus möchten wir weiteren Gaslieferanten den Zugang zum deutschen Netz ermöglichen.

Mittelfristig muss die Energieversorgung verstärkt auf Gaskraftwerke setzen.

„Erneuerbare“ Energien nur im Einklang mit sicherer Versorgung und Naturschutz

Eine vernünftige Energiepolitik setzt voraus, dass hierbei zu entscheidende Technologiefragen in erster Linie unter Berücksichtigung der Bedürfnisse unserer Volkswirtschaft, insbesondere hinsichtlich einer preisgünstigen und sicheren Energieversorgung, des Umweltschutzes und ökonomischer Grundsätze beantwortet werden. Dies geschieht bei der in Deutschland und somit auch in Thüringen politisch betriebenen Energiewende nicht. Denn den „erneuerbaren Energien“ wird aus ideologischen Gründen von vornherein der Vorrang eingeräumt. Dabei hat sich längst herausgestellt, dass dieser Systemwechsel Energie in Deutschland nicht nur massiv verteuert hat – er macht das Energieversorgungssystem auch unsicher. Nicht zuletzt verstößt es gegen Grundsätze der Logik, wenn die Altparteien für Windkraftanlagen viele Hektar Wald roden möchten.

Die Bevorzugung bestimmter Energiequellen durch Subventionen auf Kosten der Verbraucher und der Wirtschaft lehnen wir ab.

Wir sind nicht grundsätzlich gegen den Einsatz erneuerbarer Energien, wollen aber deren Förderung durch garantierte Abnahmepreise für Neuanlagen beenden. Allgemein muss eine Abkehr vom bisherigen Subventionsmodell des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hin zur weitgehenden Marktintegration „erneuerbarer“ Energien erfolgen.

Zudem muss die Einspeisung erneuerbarer Energien endlich an der Stromnachfrage orientiert werden, um die Schaffung teurer Netzinfrastruktur auf das erforderliche Maß zu beschränken und die damit verbundenen Eingriffe in die Umwelt zu vermindern. Wir werden Betreiber von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien – wie jeden anderen Stromkunden auch – an den Netzbetriebskosten angemessen beteiligen.

Die AfD lehnt den Bau von Windkraftanlagen in ökologisch sensiblen Gebieten ab. Gleiches gilt für den Verbrauch landwirtschaftlich nutzbarer bzw. ökologisch weitgehend unbelasteter Flächen für Photovoltaikanlagen. In der Nähe von Wohnbebauung verlangen wir einen Mindestabstand des Zehnfachen der Höhe der Windkraftanlage (10-H-Regel). Zusätzlich fordern wir, dass für Windkraftanlagen eine Haftpflichtversicherung und eine regelmäßige Prüfpflicht durch einen unabhängigen Sachverständigen gesetzlich vorgeschrieben werden.

Die AfD lehnt den Bau von Windkraftanlagen in ökologisch sensiblen Gebieten ab.

Bürger müssen über den Bau von Windkraft- oder Biogasanlagen mitentscheiden.

Auf kommunaler Ebene wollen wir sicherstellen, dass die betroffenen Bürger vor Ort deutlich mehr Einfluss als bisher auf die Entscheidung erhalten, ob Windkraftanlagen oder Biogasanlagen in ihrer Nähe zugelassen werden oder nicht.

Keine neuen Stromtrassen in Thüringen

Allen anderen Behauptungen zum Trotz sind die großen Stromtrassenprojekte wie SuedLink & Co. direkte Folge der planlosen Energiewendepolitik, die alle Altparteien in Thüringen mittragen. Das Stromnetz in Deutschland ist regelmäßig um ein Mehrfaches mit Strom aus Windkraft- und Solaranlagen überspeist. Die Leitungsprojekte, die nun auch Thüringen belasten sollen, dienen hauptsächlich dem Zweck, die Überspeisung des Netzes aus der im Norden Deutschlands installierten Windkraft in die Verbrauchszentren nach Süddeutschland abtransportieren zu können. Allein die Investitionen in diese gigantischen Stromtrassen werden voraussichtlich über hundert Milliarden Euro Steuergelder kosten, wenn die Energiewende weitergeführt wird.

Wenn die Vertreter der Altparteien in Thüringen nun verlangen, dass die Stromleitungen in benachbarten Bundesländern verlaufen, schieben sie das von ihnen mit verursachte Problem lediglich auf andere Regionen ab, statt es im Sinne der Bürger zu lösen.

Der Netzausbau wäre jedoch gar nicht notwendig, wenn in Fällen der Überspeisung des Netzes mit „erneuerbaren“ Energien deren Erzeugungsanlagen entschädigungslos abgeschaltet werden könnten. Als einzige von den in den Parlamenten vertretenen Parteien fordert daher die AfD, den Einspeisevorrang „erneuerbarer“ Energien zu beenden und Anlagen, die durch Überspeisung des Netzes für das Entstehen kritischer Energieversorgungssituationen verantwortlich sind, an den Kosten für deren Behebung zu beteiligen. Das ist unsere Alternative zu neuen Stromtrassen durch Thüringen. SuedLink und SuedOstLink lehnen wir ab.

SuedLink und SuedOstLink lehnen wir ab – stattdessen ist der Einspeisevorrang „erneuerbarer“ Energien zu beenden.

Energiespeicherung

Trotz anderslautender Behauptungen kann die durch Windkraft- und Photovoltaikanlagen erzeugte Elektroenergie nicht wirtschaftlich gespeichert werden. Die derzeit zur Verfügung stehenden Technologielösungen haben eine geringe Effizienz und verteuern den effektiv gespeicherten elektrischen Strom derart drastisch, dass eine landesweite ausreichende Versorgung mit Speichern faktisch unbezahlbar ist.

Wir werden uns daher in erster Linie dafür einsetzen, dass die existierenden Pumpspeicherkraftwerke endlich Netzzugangs- und Marktbedingungen erhalten, um ihr Potenzial als einzige wirtschaftlich betreibbare Energiespeicher wieder zu entfalten. Einen Neubau von Pumpspeicherkraftwerken lehnen wir wegen des erforderlichen Flächenverbrauchs und des schlechten Preis-Leistungs-Verhältnisses ab. Wir

werden uns dafür einsetzen, dass die von entsprechenden Projekten betroffenen Regionen und ihre Bürger das Letztentscheidungsrecht erhalten.

Investitionen in Forschung und Entwicklung von Speichertechnologien werden wir fördern, wenn dadurch die langfristige Ansiedlung von Industriearbeitsplätzen in Thüringen ermöglicht wird. Eine Förderung des Vertriebs von Stromspeichern durch Subventionen auf Steuerzahlerkosten, wie sie die Altparteien praktizieren, lehnen wir ab.

Strom- und Wärmeerzeugung in Thüringen

Bei der Stromerzeugung setzen wir vor allem auf die saubere Gastechologie, am besten im Verbund mit der Nutzung der Abwärme für Heizungszwecke. Wir werden aber darüber hinaus alle energiepolitischen Maßnahmen fördern, welche die saubere, konventionelle und vor allem entsprechend dem Bedarf regulierte Stromerzeugung wieder wirtschaftlich machen. Dazu zählt in erster Linie die Beendigung des Einspeisevorrangs für „erneuerbare“ Energien, sodass die modernen und sauberen konventionellen Kraftwerke unserer Thüringer Stadtwerke wieder bestimmungsgemäß ausgelastet und dadurch wirtschaftlich betrieben werden können. Noch eine Stadtwerkspleite wie im Fall der Stadtwerke Gera darf es in Thüringen nicht geben.

Thüringen verfügt bereits über eine bedeutende Anzahl an Wasserkraftwerken. Um eine konstante und für den Verbraucher günstige sowie umweltfreundliche Stromversorgung sicherstellen zu können, wollen wir den Betrieb dieser Anlagen erleichtern.

Energieeffizienz im Wohnungsbau

Der effiziente und sparsame Umgang mit Energie ist uns als AfD sehr wichtig. Die derzeitigen Dämmungsvorschriften für Gebäude gehen unserer Ansicht nach über ein vernünftiges Maß weit hinaus – sie verteuern und verzögern Bauvorhaben unnötig. Die AfD lehnt die zwangsweise Verpflichtung von Eigentümern und Energieverbrauchern zur Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden und Verbrauchseinrichtungen daher ab. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften auf das erforderliche Maß zu beschränken. Auf Landesebene wollen wir im Rahmen des Bürokratieabbaus unnötige Vorgaben aufheben.

Der Klimawandel in Thüringen

Die Notwendigkeit des Umbaus der Energieversorgung wird von den Altparteien mit dem Argument des „menschengerichteten Klimawandels“ begründet. Die AfD sieht bei der Begründung des Zusammenhangs zwischen der langfristig vorhergesagten Klimaentwicklung und den menschengemachten Treibhausgas-Emissionen erhebliche wissenschaftliche Unsicherheiten. Unstrittig ist jedoch, dass sich das Klima auf unserem Planeten schon immer gewandelt hat und es sich auch derzeit im Wandel befindet.

Die aktuelle Klimaschutzpolitik der Altparteien ist aus vielerlei Gründen widersinnig: Die im Pariser Abkommen vereinbarte Reduktion von CO₂-Emissionen betrifft nämlich faktisch nur moderne Industrienationen wie Deutschland, die bereits nur einen sehr geringen Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen haben. Insbesondere den im Vergleich zu Deutschland großen CO₂-Emittenten wie Indien und China erlaubt das Pariser Abkommen sogar drastische CO₂-Steigerungen, welche alle Emissionssenkungsbemühungen westlicher Industrienationen um ein Vielfaches überschreiten und damit faktisch ad absurdum führen.

Das Pariser Abkommen ist eine Mogelpackung. Die derzeitige Klimaschutzpolitik läuft auf eine Deindustrialisierung westlicher Industrienationen zugunsten junger Industrienationen wie Indien und China hinaus.

Ein Blick in das Pariser Abkommen offenbart, dass die weltweite CO₂-Reduktion zur Rettung des Weltklimas unseren Bürgern von den Altparteien und den etablierten Medien nur vorgegaukelt wird. Faktisch läuft die derzeitige Klimaschutzpolitik nämlich lediglich auf eine Deindustrialisierung westlicher Industrienationen zugunsten junger Industrienationen wie Indien und China hinaus. Hierzu haben die Altparteien auf internationaler Ebene ihre Zustimmung gegeben.

Bereits jetzt werden die Folgen dieser gegen unsere Interessen gerichteten Politik auch in Thüringen spürbar. Sie zerstört nämlich nicht nur die Weltmarktführerrolle großer deutscher Automobilkonzerne, sondern damit auch die Geschäftsgrundlage der bei uns ansässigen Zuliefererindustrie.

Eine Fortsetzung dieser Politik würde jedoch nicht nur eine gewaltige Vermögensumverteilung, den Verlust von Millionen Arbeitsplätzen und Wohlstand bedeuten, sondern auch drastische Konsequenzen für die Umwelt und den Ressourcenverbrauch zur Folge haben. Zwar wird die Klimaschutzpolitik mit dem Ziel des Schutzes natürlicher Ressourcen und der Umwelt begründet. Faktisch erfolgt jedoch genau das Gegenteil: Für hochprofitable Windkraftanlagen wohlhabender Investoren

und Ökoindustrieller werden natürliche CO₂-Senken in unseren Wäldern abgeholzt, um angeblich CO₂ zu sparen. Zehntausende Tonnen schwere Betonfundamente werden in sensible Waldböden gegossen. Man nimmt den Tod von Hunderttausenden unter Naturschutz stehenden Vögeln, Fledermäusen und Insekten dafür in Kauf. Auch die für angeblich „grüne“ Bioenergie angebauten Mais- und Raps-Monokulturen haben desaströse Folgen für die Biodiversität. Völlig außer Betracht bleibt bei der derzeitigen Klimaschutzpolitik der Altparteien, dass die für Windkraftanlagen benötigten Seltenen Erden und Metalle unter schlimmsten Umweltfreveln mit Kinderarbeit in afrikanischen Minen gefördert werden. Diese Politik, die gegen jegliches sozial-, wirtschafts- und umweltpolitische Verantwortungsbewusstsein verstößt, tragen wir daher nicht mit.

Die „Klimaschutzpolitik“ schadet unserer Umwelt und der Thüringer Wirtschaft.

Die AfD setzt sich stattdessen dafür ein, die Folgen des Klimawandels in Thüringen in den Griff zu bekommen. Dies kann unter anderem durch die Unterstützung von Investitionen in Bewässerungsanlagen für die Landwirtschaft, in einen verbesserten Hochwasserschutz, in einen dürrebeständigen Waldumbau, in die Prävention von Waldbränden und in eine ausreichende Klimatisierung von Gebäuden geschehen. Selbstverständlich unterstützen wir auch die Erforschung und Weiterentwicklung von Technologien, welche unsere Gesellschaft jenseits politischer Täuschungen und Taschenspielertricks tatsächlich emissionsärmer und ressourcenschonender machen können.

Wir sind zudem der Überzeugung, dass dem Ressourcenschutz und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen auf unserer Erde viel besser gedient wäre, wenn sich die Entwicklungshilfe in Afrika, im Nahen Osten und in Asien auf emissionsärmere und umweltfreundlichere Technologien bei der Energieerzeugung konzentrieren würde. Darüber hinaus setzen wir uns für ein konsequentes Verbot von Müllexporten ein.

Wir wollen keinen Export von Müll ins Ausland.



12 | Für einen bewahrenden Schutz der Natur und artgerechtes Tierwohl

Naturschutzpolitik

Die Alternative für Deutschland setzt sich auf Landesebene seit ihrer Gründung für Umwelt- und Naturschutz sowie für den Tierschutz ein. Dabei sehen wir den Menschen nicht als Fremdkörper und Störenfried, sondern als umsichtigen Gestalter, der sich selbst als Teil eines umfassenden Handlungskonzeptes mit einbezieht. Wir lassen uns von der Erkenntnis leiten, dass eine gesunde und artenreiche Umwelt die Grundlage für uns und zukünftige Generationen darstellt. Wir wollen Schutzgüter wie Boden, Wasser, Luft, Landschaft, Tiere und Pflanzen bewahren. Ziel unserer Umweltpolitik ist es daher unter anderem, den Landschaftsverbrauch zu vermindern, Schadstoffeinträge in Böden und Gewässer zu verringern und die Luftqualität zu verbessern. Auch ein effektiver Lärmschutz gehört dazu.

Unkontrollierten Ausbau der Windenergie stoppen

Den weiteren Ausbau der Windenergie in Thüringen lehnen wir ab. Er bringt mehr Schaden als Nutzen, insbesondere an Standorten, an denen eine Beeinträchtigung für Menschen, Tiere oder das Landschaftsbild auftreten.

Tiere sind fühlende Wesen

Wir sind gegen grausame oder unnötige Tierversuche.

Die AfD setzt sich für eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze ein. Tiere sind Mitgeschöpfe und keine Sachgegenstände. Ausnahmen für grausame oder unnötige Tierversuche darf es auch in der Wissenschaft nicht geben. Zur Reduzierung von Tierversuchen befürworten wir das Erforschen alternativer Methoden, beispielsweise durch Computersimulationen.

Artgerechte Haltung von Nutz- und Schlachttieren

Massentierhaltung soll artgerecht erfolgen. Die Landwirtschaft ist für uns nicht Gegner, sondern Partner im Tierschutz.

Auch in der Massentierhaltung muss eine artgerechte Haltung durchgesetzt werden. Transporte von Nutz- und Schlachttieren sollen über möglichst kurze Distanzen zum nächstgelegenen regionalen Schlachtbetrieb durchgeführt werden. Zudem wollen wir die kontrollierenden Veterinärbehörden mit zusätzlichem Personal ausstatten und ihre Möglichkeiten erweitern. Im Bereich der Nutz- und Schlachttierhaltung setzen wir auf die enge Zusammenarbeit mit den Landwirten, denen Tierwohl und Qualität am Herzen liegen. Darüber hinaus befürworten wir ein Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration. Die Kastration mithilfe eines zuverlässigen und schonenden Lokalanästhetikums oder die Immunokastration bieten schonende Alternativen. Ebenso lehnen wir das millionenfache Schreddern männlicher Küken ab. Die Haltung von Zweitnutzungsrassen halten wir hier für wesentlich besser.

Tier- und Artenschutz durch Nutzung heimischer Pelze

Auch der Haltung von Nutztieren in Pelztierfarmen stehen wir kritisch gegenüber. Wir favorisieren die Nutzung heimischer Pelze, die in qualitativ hochwertigen und ausreichenden Mengen sowie unter Beachtung des Tierschutzes durch die Thüringer Jägerschaft geliefert werden. Diese heimische Ressource ist ökologisch, nachwachsend, nicht vom Aussterben bedroht, fördert den Schutz bedrohter Tiere (insbesondere bodenbrütender Vögel) und unterstützt kleine und mittelständische Betriebe des mitteldeutschen Kürschnerhandwerkes.

Militante Tierrechtsorganisationen

Militante Tierrechtsorganisationen wie Animal Liberation Front (ALF, deutsch: Tierbefreiungsfront), Earth Liberation Front (ELF) und People for the Ethical Treatment of Animals (PETA) nehmen für sich alleine in Anspruch, die Rechte von Tieren gegenüber Menschen zu vertreten, und scheuen in ihrem vermeintlich gerechten Kampf auch nicht vor ungerechtfertigten Strafanzeigen oder Straftaten gegen Menschen und deren Eigentum zurück. Als rechtsstaatliche und demokratische Partei lehnen wir die militanten und extremen Standpunkte dieser Organisationen ab. Wir beabsichtigen, PETA die Gemeinnützigkeit aberkennen zu lassen und gewalttätige Untergrundorganisationen wie z. B. die Animal Liberation Front (ALF) zu verbieten.

Als rechtsstaatliche und demokratische Partei lehnen wir militante und extremistische Standpunkte bzw. Aktionen von vorgeblichen Tierschützern wie ALF oder PETA ab.

Verbot des Schächtens in Thüringen

Nach dem Vorbild von gesetzlichen Regelungen, die schon in Dänemark, Norwegen, Schweden, der Schweiz und weiteren europäischen Ländern gelten, lehnt die AfD das Schächten (betäubungsloses Töten bzw. Schlachten) von Tieren ab. Es ist mit dem Staatsziel Tierschutz nicht vereinbar und muss ohne Ausnahme verboten sein. Die Ausnahmeregelung für Religionsgemeinschaften in Paragraph 4a Absatz 2 des deutschen Tierschutzgesetzes ist zu streichen. Die AfD lehnt auch das Schächten mit vorheriger Elektrokurzzeitbetäubung ab. Kurzzeitbetäubung bedeutet, dass das Tier nur während des Halsschnitts kurz betäubt ist, beim Ausbluten aber wieder wach wird.

Eintragung von Nährstoffen in unser Ökosystem

Die Eintragung von Nährstoffen in unser Ökosystem (Eutrophierung) ist ein Problem, an dem viele beteiligt sind und das sich über einen langen Zeitraum erstreckt. Viele dieser Einträge gehen auf die LPG-Landwirtschaft der DDR zurück und verbreiten sich durch Umwelteinflüsse wie Regen und Bodenerosion immer weiter. Daher kann die Problematik nicht durch Maßnahmen zum Nachteil einzelner Teilnehmer gelöst werden. Das Problem auf die Landwirtschaft allein abzuwälzen, ist aus Sicht der AfD nicht zielführend und zudem eine ungerechtfertigte Vernachlässigung der positiven und wichtigen Rolle der Thüringer Landwirte beim Natur- und Umwelt-

Wir werden uns in enger Kooperation mit den Landnutzern und den Kommunen für einen massiven Rückgang der Eutrophierung einsetzen.

schutz in unserer Heimat. Dennoch stellt die Eutrophierung von Gewässern einen immer größer werdenden Eingriff des Menschen in die Umwelt Thüringens dar. Die bisher von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen sind fast durchweg ideologisch geprägt, nicht zielführend und gehen in den meisten Fällen ausschließlich zulasten der Landwirte und auf Kosten der Thüringer Steuerzahler. Wir werden in enger Kooperation mit den Landnutzern und den Kommunen sowie auf rein wissenschaftlicher Basis dieses Problem angehen und uns für einen massiven Rückgang der Eutrophierung einsetzen.

13 | Für eine verantwortungsbewusste Land- und Forstwirtschaft

Land- und Forstwirtschaft



Die Thüringer Landwirtschaft bildet mit ihren hochwertigen Produkten das Rückgrat unserer Nahrungsmittelversorgung. Sie leistet einen unentbehrlichen Beitrag zur Pflege und Bewahrung unserer Natur- und Kulturlandschaft und ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Die Thüringer AfD steht zur historisch gewachsenen Thüringer Landwirtschaft, zu den Landwirten und zum ländlichen Raum. Unsere Politik verfolgt einen vernünftigen Ausgleich zwischen dem Wohlergehen unserer heimischen Landwirtschaft, den Interessen des Umweltschutzes sowie der Pflege unserer Kulturlandschaft. Nur so kann der ländliche Raum als Wirtschaftsstandort, als Lebensraum für Mensch und Tier und als Erholungsgebiet gestärkt werden – ohne Bauern keine Zukunft!

Eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft stärkt den ländlichen Raum

Wir sind überzeugt, dass eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft für die Zukunft des ländlichen Raumes von größter Bedeutung ist. Unsere Landwirtschaft trägt dazu bei, die ländlichen Regionen für die Menschen attraktiv zu halten und der Abwanderung entgegenzuwirken. Wir wissen zudem: Bauern reden nicht nur über Natur-, Umwelt- und Landschaftsschutz, sie tun auch etwas dafür.

Der Kostendruck auf unsere Landwirte, der durch immer neue Auflagen erzeugt wird, muss reduziert werden.

Die bisherige Politik auf EU-, Bundes- und Landesebene hat vielfach nachteilige Folgen für unsere Landwirtschaft. So wird durch verschiedene Maßnahmen wie die in Thüringen geplante Gewässerrandstreifenregelung oder durch immer strengere Tierhaltungsaufgaben der Kostendruck für die Bauern erhöht. Landwirtschaftliche Betriebe können die zusätzlichen Kosten oft nur teilweise weitergeben und geraten so in existenzielle Nöte. Andere politische Maßnahmen (auch der EU) führen zu einer Reduzierung oder gar zum Verschwinden von Sorten und Arten. Eine entsprechende Politik lehnt die Thüringer AfD ab. Wir fordern zudem einen wirksamen Schutz vor dem Ausverkauf unserer Agrarflächen und Landwirtschaftsbetriebe durch Kapitalinvestoren („Land Grabbing“).

Landaneignung durch Kapitalinvestoren ohne landwirtschaftliches Interesse muss verhindert werden.

Es ist uns wichtig, die Grünlandbewirtschaftung mit ihrer Biodiversität zu stärken und auszubauen. Sie stellt den Kern einer gesunden Kulturlandschaft dar. Deshalb wollen wir eine verstärkte Förderung der Grünlandbewirtschaftung und der dafür notwendigen Tierhaltung voranbringen.

Moderne Landwirtschaft ist in zunehmendem Maße digitale Landwirtschaft und auf gute Breitbandversorgung angewiesen. Auch von daher gilt es, den raschen Ausbau einer flächendeckenden Breitbandversorgung voranzutreiben.

Nutzungseinschränkungen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die beispielsweise durch Leitungsbau, Windkraftanlagen oder durch das Grüne Band bedingt sind, müssen angemessen entschädigt werden. Den Anbau von Energiepflanzen wollen wir zugunsten von Nahrungsmittelpflanzen auf ein angemessenes Maß beschränken.

Qualität aus Thüringen unterstützen und fördern

Die AfD steht zu einer ausgewogenen Mischung aus preiswerter und qualitativ hochwertiger Fleischproduktion unserer Landwirtschaft.

Fleischerzeugnisse aus Thüringen haben weit über Thüringen hinaus einen ausgezeichneten Ruf. Die AfD steht zu einer ausgewogenen Mischung aus preiswerter und qualitativ hochwertiger Fleischproduktion. Wir wollen den Wert und das Ansehen von qualitativ hochwertigen Erzeugnissen aus der Thüringer Viehhaltung auch im Marketing unterstützen.

Die Weidetierhaltung ist unentbehrlich für unsere Kulturlandschaft. Sie muss wirtschaftlich rentabel sein. Daher sehen wir auch die neue Bedrohung der Weidetierhaltung durch den Wolf mit großer Sorge. Der Wolf muss nach unserer Überzeugung in das Jagdrecht aufgenommen werden, um eine vereinfachte Entnahme auffälliger Wölfe zu ermöglichen. Der Schutzstatus des Wolfes im EU-Recht muss abgesenkt werden.

Absatzhindernisse für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Thüringen müssen beseitigt werden. Deswegen kritisieren wir die Russland-Sanktionen mit Entschiedenheit.

Die Russland-Sanktionen müssen beendet werden.

Alternativen Formen der Landwirtschaft – wie z. B. der sogenannten solidarischen Landwirtschaft oder der Agrarforstwirtschaft – stehen wir offen gegenüber.

Gentechnik in der Landwirtschaft nur nach sorgfältiger Prüfung

Voraussetzung für den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft muss eine sorgfältige Folgenabschätzung für Mensch und Umwelt sein. Der Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft darf nur dann erfolgen, wenn negative Auswirkungen auf Mensch, Tier und Natur ausgeschlossen sind. Er darf zudem nicht zulasten der Sorten- und Saatgutvielfalt gehen und nicht zu einer Abhängigkeit der deutschen Landwirtschaft von großen Agrarkonzernen führen. Gentechnisch veränderte Futter- und Lebensmittel oder aus diesen gewonnene weiterführende Produkte müssen nach unserer Auffassung gekennzeichnet werden.

Die AfD macht sich dafür stark, die Agrarforschung zu unterstützen und die Landwirtschaft vor dem Hintergrund sich verändernder Rahmenbedingungen zukunftsfähig zu erhalten. Neuen Zukunftstechnologien, die für Mensch und Umwelt sinnvoll sind, stehen wir aufgeschlossen gegenüber.

Die Thüringer Wälder – das grüne Herz unseres Freistaates

Die Thüringer Wälder bilden nicht nur das grüne Herz Deutschlands, sondern sind

auch ein Teil unserer Identität. Sie prägen seit Jahrhunderten unseren Charakter und sind ein wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaft. Der Wald steht unter besonderem gesetzlichen Schutz, seine Erhaltung und seine Mehrung sind als Gesetzeszweck im Thüringer Waldgesetz ausdrücklich formuliert. Dies hängt mit den vielfältigen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen zusammen, die der Wald für den Menschen erfüllt, sowie mit der besonderen Naturnähe und Artenvielfalt.

Das Ökosystem Wald beeinflusst das Klima sowie die Luft- und Wasserqualität positiv und sichert damit auch die Lebensgrundlagen für uns Menschen. So ist beispielsweise sauberes Trinkwasser ohne intakte Waldgebiete undenkbar. Doch unser grünes Herz steht kurz vor dem Infarkt. Dies ist das Resultat einer verfehlten Forstpolitik des SED-Regimes und auch der diversen Landesregierungen. Hinzu kommen die Fehlentscheidungen der aktuellen rot-rot-grünen Regierung. Diese hat der Landesforstanstalt massiv Mittel gekürzt und sie unnötigerweise und zum Schaden des Wildes auf Gewinnerzielung ausgerichtet. So sollen nach dem Willen der Landesregierung in den empfindlichen und für den Tourismus wie für unsere Landeskultur wichtigen Thüringer Wäldern Windkraftanlagen gebaut werden. Das lehnen wir entschieden ab!

Eine Landesforstanstalt hat nicht primär dazu zu dienen, der Landesregierung finanzielle Gewinne zu bescheren.

Windkraftanlagen haben negative Auswirkungen auf die verschiedenen Funktionen des Waldes. Zur Errichtung und zum Betrieb dieser baulichen Anlagen sind ein entsprechend ausgebautes Wegenetz sowie eine Netzanbindung notwendig – was zu einer noch größeren Zerstörung von Waldflächen führt. Der Wald soll von Windenergieanlagen daher frei gehalten werden, um die wildlebenden Arten zu schützen und um auch unseren Kindern eine intakte Natur zu hinterlassen.

Unser Wald muss von Windenergieanlagen frei gehalten werden, um die wildlebenden Arten zu schützen und um unseren Kindern eine intakte Natur zu hinterlassen.

Wir sind der Ansicht, dass eine Landesforstanstalt nicht primär dazu dient, einer Landesregierung finanzielle Gewinne zu bescheren. Es geht vielmehr darum, die traditionell gewachsene Forstwirtschaft zu stärken und für junge Menschen wieder attraktiv zu machen. Hierfür setzt sich die Thüringer AfD ein.

Weiterhin wollen wir die Thüringer Wälder durch gezielte Waldbaumaßnahmen stärken, ohne dass dies zulasten unserer heimischen Wildtiere geht, da wir der Ansicht sind, dass Wald nur mit Wild denkbar ist. Zusätzlich möchten wir die waldbesitzenden Kommunen finanziell stärken, damit diese ihren Wald nicht an branchenfremde oder gar ausländische Investoren veräußern müssen, sondern ihn zum Wohle der Bürger pflegen und bewahren können.

Das Thüringer Jagdgesetz bewahren

Aus unserer Sicht hat sich das bisherige Thüringer Jagdgesetz bewährt und es bedarf keiner grundlegenden Überarbeitung. Wo im Detail Ergänzungen sinnvoll sind, wollen wir diese vornehmen. Im Bereich des Jagdschutzes sollen die Bundespolizei, der Zoll und die Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft zu Jagdschutzbe-

rechtigten ernannt werden. Durch diese Maßnahme werden die Pächter und die Landespolizei beim Jagdschutz deutlich entlastet und Wilderei kann so effektiver bekämpft werden. Außerdem setzt sich die AfD für die Zulassung von Schalldämpfern zur Jagdausübung ein.

Hegegemeinschaften

Wir wollen die Rolle der Hegegemeinschaften stärken.

Wir wollen die Rolle der Hegegemeinschaften stärken. Diese haben sich als jagdliche Institution bewährt und sind ein Garant dafür, die Jagd in Thüringen nachhaltig und naturgerecht zu gestalten. Wir sprechen uns für eine Pflichtmitgliedschaft der Jagdausübungsberechtigten in Hegegemeinschaften aus.

Ein Jagdgesetz, wie es den Vorstellungen der rot-rot-grünen Koalition entspricht, lehnen wir ab. Ein solches Gesetz degradiert insbesondere die wiederkäuenden Schalenwildarten zu Schädlingen und schränkt die Jagdausübung unverhältnismäßig ein. Weiterhin greift es ungerechtfertigt in die Eigentumsrechte ein und beschränkt Jäger derart, dass eine naturgerechte Jagd de facto unmöglich wird.

Naturschutz durch die Jagd

Die AfD sieht unsere Jäger als staatlich geprüfte Naturschützer an und weiß ihren Einsatz für unsere Natur- und Kulturlandschaft wertzuschätzen. Mit ihrer ehrenamtlichen sowie gemeinnützigen Arbeit in Feld, Wald und Flur leisten die Jäger mit großer Fachkompetenz einen unschätzbaren Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz.

Neue gesetzliche Einschränkungen der jagdlichen Tätigkeiten, beispielsweise durch ein Verbot bleihaltiger Jagdmunition oder durch neue Restriktionen bei der Ausbildung von Jagdhunden oder Beizvögeln, lehnen wir ab. Vielmehr wollen wir die Rolle der Jäger im Umwelt- und Naturschutz und ihr ehrenamtliches Engagement stärken. Dazu gehört auch die Befreiung von unnötigen bürokratischen und finanziellen Belastungen.

Wild gehört zum Wald

Der Jagdstrategie „Wald vor Wild“ stehen wir als Thüringer AfD kritisch gegenüber. Es hat sich gezeigt, dass diese Jagdstrategie nicht die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt und bei den betroffenen Wildtieren unnötigen Stress auslöst. Zudem werden die Tiere in ihrer natürlichen Lebensweise stark eingeschränkt, was noch größere Verbiss- und Schälschäden zur Folge hat.

Schalenwild

Die AfD betrachtet die wiederkäuenden Schalenwildarten als wertvollen und wichtigen Teil unseres heimischen Ökosystems, den es zu schützen und zu hegen gilt. Eine faktische Einordnung des wiederkäuenden Schalenwildes als forstlichen Schädling lehnen wir ab. Der immer stärkere Abschuss von Reh-, Muffel-, Dam-

und Rotwild in Thüringen darf nicht als einziges und einfaches Mittel angesehen werden, um angepflanzte Naturverjüngung vor dem Verbiss zu schützen. Technische Schutzmaßnahmen beim Verbißschutz sind sinnvoller als immer höhere Abschussvorgaben. Hier gilt es auch zu bedenken, dass der „Verbißschutz durch Wildbeseitigung“ vor allem durch monetäre Interessen motiviert zu sein scheint. Denn auch ein verbissener Baum kann seine ökologische Aufgabe in der Natur erfüllen und beispielsweise einen Lebensraum für Tiere bilden.

Gerade das Muffelwild hat durch die politisch motivierte einseitige Förderung des Wolfes stark gelitten und ist dadurch mittlerweile in seinem Bestand bedroht. Während sich das Raub- und Rudeltier Wolf immer weiter und unkontrolliert in Deutschland und Thüringen ausbreitet, haben Weidetierhalter und das Muffelwild das Nachsehen. Hier gilt es gegenzusteuern, den Bestand zu stabilisieren und die Weidetierhalter zu unterstützen.

Weidetierhalter sind besonders zu unterstützen.

Einen Mindestabschussplan für Rehwild, wie ihn die rot-rot-grüne Landesregierung haben möchte, lehnen wir ab. Er ist wildbiologisch nicht begründbar und stempelt das Rehwild als Schädling ab.

Über den richtigen Umgang mit dem Rotwild wird seit langer Zeit gestritten. Der Konflikt ist vor allem durch jagdliche und forstliche Interessen geprägt. Wir sind der Meinung, dass wir dem Rotwild in Thüringen ein artgerechtes Leben ermöglichen können. Als unsere größte heimische Tierart benötigt es große unzerschnittene Lebensräume. In diesen Gebieten werden teilweise weite Wanderungen unternommen. Um dieses natürliche Verhalten zu ermöglichen, möchten wir die Rotwild-Einstandsgebiete aufheben und den Hegegemeinschaften eine flächendeckende und biologische Wildbewirtschaftung des Rotwildes ermöglichen. Denn unseres Erachtens stellt dies eine sinnvolle Möglichkeit dar, Rotwild zu bewirtschaften und gleichzeitig diesen Tierarten die großen Lebensräume zu geben, die sie von Natur aus brauchen.

Rotwild kann in Thüringen ein artgerechtes Leben ermöglicht werden.

Raubwild und Neozoen

Die Raubwildbejagung ist praktizierter Naturschutz. Die Populationen von Dachs und Fuchs nehmen in Thüringen seit Jahren deutlich zu. Neozoen wie Mink, Marderhund, Nilgans, Kormoran und Waschbär breiten sich stetig aus, beeinträchtigen dabei aber die Tierbestände insbesondere heimischer Vogelarten immer mehr und bringen diese teilweise in Existenznot. Zusätzlich siedeln sich immer mehr Füchse und Waschbären in Ortschaften an. Hierdurch steigt die Gefahr von Krankheitsübertragungen auf Menschen und Haustiere.

Eine konsequente Bejagung von Neozoen ist notwendig.

Die Zahl der Nilgänse und Kormorane ist in den letzten Jahren in Thüringen stetig gestiegen. Damit nahmen auch die von ihnen verursachten Schäden in der Land- und Fischwirtschaft zu. Da diese Tiere bei uns keine natürlichen Feinde haben, ist

mit einer weiteren Ausbreitung zu rechnen. Wir sprechen uns für eine konsequente Bejagung von Neozoen und des heimischen Raubwildes aus und befürworten die Aufnahme der Nilgans in das Thüringer Jagdrecht ebenso wie die Erleichterung des Kormoranabschlusses. Zudem beabsichtigen wir, eine Erlegungsprämie für Waschbären und andere Neozoen einzuführen. Dies sind wir den bedrohten Fisch- und Vogelpopulationen in Thüringen schuldig.

Der Wolf in Thüringen

Deutschland ist eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt. Dank einer ideologischen motivierten, kurzsichtigen und völlig einseitigen Ansiedlungspolitik konnte sich das Großraubtier Wolf – zum Schaden unserer Weidetierhalter – in Thüringen wieder ansiedeln und unkontrolliert vermehren. Dies hatte massive Angriffe auf Weidetiere wie Schafe und Ziegen zur Folge und brachte Weidetierhalter in große Bedrängnis.

Die rot-rot-grüne Landesregierung reagierte darauf unwillig und zögerlich. Zwar ist der Wolf ein ursprünglicher Bestandteil unserer heimischen Fauna, in einem so dicht besiedelten Land aber bleiben Konflikte zwischen Mensch und Tier bei einer unkontrollierten Ausbreitung dieses Beutegreifers nicht aus. Zudem ist aus unserer Sicht der Wolf in Deutschland keine vom Aussterben bedrohte Tierart, da er sich in den letzten Jahren nicht nur sehr gut vermehrt hat, sondern es sich bei den hier lebenden Wölfen um eine Unterpopulation der stabilen und großen osteuropäisch-baltischen Wolfspopulation handelt.

**Der Wolf ist in
das Jagdrecht
zu überführen.**

Um die Konflikte zwischen Mensch und Wolf in Thüringen so gering wie möglich zu halten und auffällige Tiere möglichst schnell, unbürokratisch und effizient entnehmen zu können, sprechen wir uns für die Aufnahme des Wolfes in das Thüringer Jagdrecht, für die Abschaffung seines unnötigen Schutzes und für die Durchführung von Schutzjagden nach schwedischem Vorbild aus. Die Überführung des Wolfes in das Jagdrecht hat zudem den Vorteil, dass durch die jagdrechtliche Hegeverpflichtung der Wolf nicht ausgerottet werden darf und Rechtsverstöße viel strenger geahndet werden können, als es im Umwelt- und Naturschutzrecht der Fall ist.

14 | Für einen heimatnahen Tourismus

Tourismus



Natur, Kultur und Sehenswürdigkeiten – Thüringen hat auf kleinem Raum viel zu bieten. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen schaffen, um diesen Reichtum zu schützen, erlebbar zu machen und zu entwickeln. Denn leider bleibt der Freistaat bislang weit hinter seinem Potenzial zurück.

Wir verstehen Tourismus als „Leitökonomie“: Von der touristischen Entwicklung sollen Impulse für unser Bundesland insgesamt und speziell für die ländlichen Gebiete ausgehen. Da besonders Selbstständige sowie kleine und mittlere Unternehmer die Leistungsträger im touristischen Angebot sind, muss der Staat die bürokratischen Rahmenbedingungen auf ein Minimum beschränken.

Thüringen – das attraktive Reiseziel in der Mitte Deutschlands

Thüringen sollte sich auch den Trend zunutze machen, dass die Deutschen immer öfter ihren Urlaub im eigenen Land verbringen. Hierzu wollen wir die Bekanntheit Thüringens als Reiseziel deutlich verbessern. Die Präsentationen unseres Freistaats auf Messen sind derzeit im Vergleich zu anderen Bundesländern altbacken – dieses Angebot müssen wir aufwerten. Auch die Information über das Internet und soziale Medien sowie digitale Angebote vor Ort spielen eine immer größere Rolle. Beispiele hierfür sind Apps zur Planung eines Stadtausflugs oder einer Wanderroute und 360°-Videos. Auch solche Angebote wollen wir ausbauen.

Zur Präsentation des Tourismusstandortes Thüringen sollen moderne Kommunikationsmittel besser genutzt werden.

Schüler erkunden schon jetzt in der Grundschule im Heimat- und Sachkundeunterricht unsere Region. Diese Möglichkeit, Natur, Kultur und Sehenswürdigkeiten kennenzulernen, wollen wir in stärkerem Maße auf weiterführende Schulen ausdehnen. Exkursionen und naturkundliche Ausflüge sollen ein fester Bestandteil des Schullebens sein. So legen wir den Grundstein dafür, dass unsere jungen Generationen im Kontakt mit Menschen aus anderen Regionen die touristischen Vorzüge unserer Heimat als Botschafter vermitteln können.

Darüber hinaus braucht es auch eine Verstärkung der Vermarktung bisheriger Schwerpunkte, solange Thüringen als Tourismusstandort noch nicht hinreichend etabliert ist. Die Konzentration auf Events wie Luther- oder Bauhausjahr genügt nicht, um ein dauerhaftes Interesse zu wecken. Deswegen muss ein entsprechendes Konzept im Anschluss an Jubiläumsjahre weiterentwickelt und umgesetzt werden. Ebenso ist es wichtig, mit Anziehungspunkten wie der Klassikerstadt Weimar, der Wartburg, dem Rennsteig und Erfurt zu werben. Sind Interessierte aber erst einmal zu Besuch, sollte ihre Aufmerksamkeit auch auf Ziele jenseits dieser Schwerpunkte gelenkt werden. Die entsprechenden Informations- und Präsentationsmöglichkeiten wollen wir stärker ausbauen.

Die touristische Vielfalt Thüringens weiterentwickeln

Der Rennsteig ist der Motor und das Bindeglied zu jeglicher Touristischer Initiative im gesamten Thüringer Wald und entscheidend für das Vorankommen der Regionen um den Rennsteig. Das wurde bisher nur unzureichend gewürdigt. Es muss eine kreisübergreifende, Rennsteigspezifische dem Land unterstellte Planungs- und Strukturgesellschaft eingerichtet werden, die gemeinsam mit den anliegenden Rennsteiggemeinden zusammen den Rennsteig und seine angrenzenden Gemeinden sportlich, baulich und touristisch entwickelt und umsetzt.

Neben den klassischen Tourismusformen gilt es verstärkt, auch Nischenangebote wie etwa den Jagdtourismus zu stärken.

Der Wintersport ist ein wichtiges Standbein des Thüringer Fremdenverkehrs. Bei aller Begeisterung für den Wintersport müssen wir unsere Anstrengungen verstärken, attraktive und wetterunabhängige Angebote für Touristen zu schaffen. Diese Angebote sollen mit den Wintersportangeboten ineinandergreifen. Ziel muss es aber immer sein, die lokalen Unternehmer in dem Bereich zu stärken und nicht selber als Unternehmer aufzutreten. Der Wander- und Pilgertourismus, aber auch Nischen wie der Jagdtourismus haben in diesem Zusammenhang viele Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Thüringen könnte zudem im Bereich des Bäder- und Gesundheitstourismus jenseits einfacher Wellness-Angebote einen Spitzenplatz einnehmen.

Von Bedeutung ist insofern – neben einer verbesserten Wahrnehmung außerhalb Thüringens – der Ausbau der erforderlichen ländlichen Infrastruktur, der von den Landkreisen und Gemeinden allein nicht gestemmt werden kann:

Auch der Tourismus in Thüringen profitiert von einer flächendeckenden Breitbandversorgung.

Der anhaltende Trend zur Digitalisierung nahezu unserer gesamten Gesellschaft macht es erforderlich, grundsätzlich in allen Beherbergungsregionen exzellente Internetanbindungen zu errichten und vorzuhalten.

Da jeder Trend auch einen Gegentrend hervorruft, kann Thüringen zumindest in der Außendarstellung mit analogen Refugien um diejenigen potenziellen Touristen werben, die anknüpfend an die Trends „Entschleunigung“ und „Authentizität“ bewusst das tatsächliche Erleben in den Vordergrund stellen.

Zudem müssen attraktive Mobilitätsangebote wie Touristentickets geschaffen werden, mit denen alle Verkehrsmittel eines landesweiten Tarifverbunds unkompliziert genutzt werden können, um Sehenswürdigkeiten im Land aufzusuchen. Eine echte Vernetzung der Attraktionen unseres Freistaats ist nach unserer Überzeugung auch Voraussetzung für die Ansiedlung von Hotels in allen Preissegmenten sowie für Familienurlaube.

Verstärkte Anstrengungen sind ebenfalls notwendig, um den kleineren und mittleren Akteuren als Rückgrat des Thüringen-Tourismus einen Erfolg ihrer Geschäftsmodelle und ein Wachstum zu ermöglichen. Nur mit einer soliden Gastronomie und Hotellerie ist der Tourismus in Thüringen ausbaufähig. In diesem Zusammenhang sehen wir nicht nur die Belastung solcher Unternehmen mit dem Einzug von Kurbeiträgen, Bettensteuern oder ähnlichen Abgabenmodellen als kritisch an. Auch überzogene Dokumentationspflichten und Vorgaben zum Datenschutz, Brandschutz, zur Barrierefreiheit oder in Bezug auf die Parkplatzausweisung können gerade kleine und mittelständische Unternehmen des Gastgewerbes übermäßig stark belasten. Hier wollen wir Unternehmen entlasten.

**Attraktive
Mobilitätsangebote
für Touristen schaffen
und entwickeln.**

**Wir wollen
bürokratische
Hemmnisse für
Hotel- und
Gaststättengewerbe
abzubauen.**



15 | Für ein reiches kulturelles Leben in Thüringen

Kulturpolitik

Thüringen ist tief geprägt von seiner einzigartigen Kulturlandschaft. Das Land Thüringen, das aus sieben vormals eigenständigen thüringischen Staaten sowie preußischen Gebieten hervorgegangen ist, weist mit seiner Hoch- und Volkskultur auf kleinem Raum einen Reichtum auf, der seinesgleichen sucht. Kernland der Reformation, Stätte der Weimarer Klassik, Zentrum moderner Philosophie und Wissenschaft, Vorreiterregion der Industriekultur – dies sind nur wenige Stichworte, mit denen das kulturelle Erbe Thüringens umschrieben werden kann. Auf diesem Erbe baut eine lebendige Gegenwartskultur auf, die von zahllosen Vereinen über ein dichtes Netz von Theatern und Orchestern, Bibliotheken und Büchereien, Museen, Archiven, Kunst- und Musikschulen bis zu Baudenkmälern verschiedener Epochen oder historischen Gärten reicht. Diese Gegenwartskultur strahlt weit über Thüringen hinaus und ist nicht zuletzt für den Tourismus im Freistaat von großer Bedeutung. Nicht zu vergessen sind die kulturformenden und kulturgeformten Landschaften vom Eichsfeld über die thüringische Rhön und den Thüringer Wald bis zum thüringischen Vogtland. In all diesen Bereichen engagieren sich unzählige Menschen – im Ehrenamt oder hauptberuflich – und führen das kulturelle Erbe Thüringens weiter.

Es ist ein zentrales Anliegen der AfD, die reiche Kultur unserer Heimat zu erhalten, zu schützen, fortzubilden und zu fördern. Für die Thüringer AfD ist das kulturelle Leben Grundlage wie Ausdruck unserer Identität. Kulturelle Bildung und kulturelles Schaffen formen Identität und bieten die Möglichkeit der Identifikation. Sie wirken einer persönlichen Orientierungslosigkeit in einer unübersichtlich gewordenen Welt entgegen, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und formen das „soziale Kapital“, auf das unsere hochdifferenzierte Wirtschaft angewiesen ist. Besonders am Herzen liegen uns die vom ehrenamtlichen Einsatz lebenden Vereine, von den Sportvereinen über die Musik- und Gesangsvereine bis zu den Heimat- und Brauchtumsvereinen: Sie alle sind ein unentbehrliches Stück Thüringer Heimat.

Deutsch als Landessprache in die Verfassung

Unsere Kultur mit ihren Traditionen und Lebenswelten wird ebenso von der Sprache geformt, wie umgekehrt unsere Sprache diese Kultur prägt. Sprache stiftet Erkenntnis und damit Identität. Wenn Sprache verloren geht, geht auch die Kultur zugrunde. Die deutsche Sprache ist als das primäre Mittel zur Verständigung der Deutschen nicht nur das Medium unserer kulturellen Selbstverständigung, sondern auch der sprachlichen Persönlichkeitsbildung und der individuellen wie gemeinschaftlichen Identifikation. Daher kommt ihr eine wichtige politische Integrationsfunktion zu.

Die deutsche Sprache ist das entscheidende Band, das die Deutschen untereinander, aber auch mit denjenigen zu verbinden vermag, die als Ausländer dauerhaft in Deutschland leben. Globalisierung und internationale Migrationsströme ebenso wie eine in Wirtschaft und in Wissenschaft bisweilen zum Ausdruck gebrachte Geringachtung der deutschen Kultur bedrohen die deutsche Sprache als Medium unseres Selbstverständnisses. Vor diesem Hintergrund und angesichts der großen Bedeutung der deutschen Sprache für unsere Kultur, für das Zusammenleben und für die individuellen Lebenschancen fordert die Thüringer AfD die Festschreibung des Deutschen als Landessprache in der Thüringer Verfassung wie auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Wir fordern die Festschreibung des Deutschen als Landessprache in der Thüringer Verfassung wie auch im Grundgesetz.

Für die schulische Vermittlung unserer Kultur

Der Thüringer AfD ist es wichtig, dass im schulischen Unterricht Aspekte der regionalen Kultur und ihrer Geschichte vermittelt werden. Unseren Schülern müssen Herkunft und Entwicklung unserer Hochkultur besonders im Geschichts- und im Deutsch-, aber auch im musischen Unterricht ausführlich vermittelt werden. Die kulturellen Traditionen Thüringens sind dabei in ihre deutschen und europäischen Zusammenhänge einzuordnen.

Musische Bildung fördern

Eine musische Bildung trägt in besonderem Maße zur Persönlichkeitsentwicklung unserer Kinder und Jugendlichen bei. Daher verdienen öffentliche Musik- und Kunstschulen eine auskömmliche Förderung. In Thüringen sollen ausreichend Möglichkeiten bestehen, musisch besonders begabte Kinder unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund beispielsweise durch Stipendien zu fördern. Die Anerkennung der hohen Bedeutung musikalischer und künstlerischer Bildung sollte durch ein Thüringer Kunst- und Musikschulgesetz zum Ausdruck gebracht werden, das unter anderem die finanzielle Unterstützung der Musikschulen durch das Land regelt. Insbesondere die institutionelle Förderung der Musikschulen ist seit einem Urteil des Verfassungsgerichtshofes in Weimar in eine Schiefelage geraten, wodurch die kommunalen Musikschulen finanziell bedrängt werden. Wir wollen diese unbefriedigende Situation zugunsten der Musikschulen und zum Wohle der vielen Musikschüler an diesen Einrichtungen ändern.

Musisch besonders begabte Kinder wollen wir durch Stipendien fördern.

Wir brauchen ein Musikschulgesetz, das den Musikschulen Planungssicherheit und größere finanzielle Spielräume eröffnet.

Für eine vielfältige Theater- und Orchesterlandschaft

Thüringen ist ein Land mit einer bedeutenden Theater- und Orchestertradition. Die Thüringer AfD setzt sich für den Erhalt und die Fortentwicklung des bewährten Theater- und Orchesternetzes ein. Die Thüringer Theater und Orchester mit ihren hochwertigen Ensembles müssen weiterhin mit einer sicheren Finanzierung rechnen können.

Unsere Kommunen dürfen nicht durch die Verpflichtung zu immer mehr Aufgaben genötigt werden, Abstriche zum Nachteil des kulturellen Lebens der Bürger zu machen.

Die Kultur unserer Heimat erhalten, Vereinsleben ohne Ideologie fördern

Eine kulturell lebendige Heimat ist eine lebenswerte Heimat. Für ein kulturell lebendiges Land sind nicht nur Einrichtungen und Veranstaltungen der Hochkultur wie etwa Orchester bedeutsam, sondern gerade auch die vielen Institutionen und Orte der Volkskultur. Hierzu gehören beispielsweise auch Weihnachtsmärkte oder Freibäder. Die Thüringer AfD setzt sich dafür ein, dass solche Angebote gerade auch im ländlichen Raum bestehen bleiben. Unsere Kommunen dürfen sich nicht durch die Verpflichtung zu immer mehr Aufgaben genötigt sehen, Abstriche zum Nachteil des kulturellen Lebens der Bürger machen zu müssen.

Wir wollen eine bürokratische Entlastung für Vereine und Ehrenamtliche.

Dem von Ehrenamtlichen getragenen reichen Vereinsleben werden heute zahlreiche rechtliche Belastungen auferlegt, die einem freien und uneigennützigem Engagement zuwiderlaufen. Hierher gehören auch beispielsweise die bürokratischen Verpflichtungen, die den Vereinen durch die Datenschutz-Grundverordnung der EU (DSGVO) aufgezwungen werden. Diese Pflichten sind von Freiwilligen und mit den Möglichkeiten der Vereine oft kaum zu leisten. Deutschland hat es hier in charakteristischer EU-Hörigkeit versäumt, die rechtlich gegebenen Möglichkeiten einer entsprechenden Abschwächung zu nutzen. Die AfD Thüringen fordert auch wegen dieser Beeinträchtigung ehrenamtlicher Vereinstätigkeiten die Aufhebung der DSGVO.

Wir fordern die Ersetzung des „Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ durch ein Landesprogramm, das die reguläre und satzungsmäßige Tätigkeit von Vereinen unterstützt.

Dem freien Vereinsleben steht zum anderen vor allem die landespolitische Politisierung der öffentlichen Vereinsförderung entgegen, wie sie durch das „Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ betrieben wird. Anstatt die Vereine für die Realisierung ihres jeweiligen Vereinszwecks zu fördern, erfolgt im Rahmen dieses Programms eine an weltanschauliche Gesinnung gekoppelte Förderung, die mit den Vereinszwecken oft gar nicht im Zusammenhang steht. Eine so ins Werk gesetzte Politisierung des Vereinslebens und des kulturellen Lebens überhaupt lehnt die AfD Thüringen entschieden ab. Anstatt Gesinnung zu fördern, gilt es, den Beitrag zum kulturellen Leben unserer Heimat zu unterstützen. Wir fordern daher die Abschaffung dieses Landesprogrammes und die Etablierung eines neuen Förderprogrammes, das die reguläre und satzungsgemäße Tätigkeit der Vereine unter dem Aspekt ihres Beitrages zum kulturellen Leben unserer Heimat fördert.

Für den Abbau der zentralistischen Orientierung des Kulturbetriebs

Die Politisierung des kulturellen Lebens in Thüringen kommt auch generell darin zum Ausdruck, dass ein Großteil des Kulturbetriebes an den Bedingungen ausgerichtet ist, die das Land an die finanzielle Förderung koppelt. Die entsprechende Praxis hat nicht nur zu einer zentralistischen Orientierung des kulturellen Lebens geführt, sondern auch zu einer inhaltlichen Anpassung an das, was politisch gerne gesehen wird. So werden Kultur und Kunst immer mehr zu regierungstreuen Veranstaltungen, die am Ende unter der Flagge der Kunstfreiheit sogar hemmungslos politische Propaganda betreiben.

Der Politisierung des Kulturbetriebes, auch infolge seiner zentralistischen Orientierung, muss nach unserer Überzeugung entgegengewirkt werden. Ein Schritt in diese Richtung besteht darin, die Spielräume und die Möglichkeiten der kommunalen Kulturförderung zu vergrößern und kulturpolitische Verantwortung stärker lokal und regional zu verankern.

Der Politisierung des Kulturbetriebes, die eine Folge der zentralistischen Förderpraxis ist, gilt es entgegenzuwirken.

Kunst, die nicht durch die aktuellen politischen Konstellationen gewürdigt wird, sollte (wieder) die Möglichkeit bekommen, sich beispielsweise im Rahmen unabhängiger Jahresausstellungen zu zeigen. Man darf dem Bürger die Befähigung zu einem Urteil durchaus zutrauen. Die Verwaltungen sollten dafür im Namen der Kunstfreiheit die Räumlichkeiten bereitstellen.

Für eine freie Kunst

Mit Sorge beobachtet die Thüringer AfD die Herausbildung einer „politisch korrekten“ Staatskunst, deren Akteure sich der Gunst des geldwerten Kunstbetriebs und des ideologischen Wohlwollens der staatlichen Institutionen zu versichern suchen. Solche Kunst erschöpft sich oft beispielsweise in einem Formalismus inhaltsleerer, nichtssagender Bilder und Kunstgegenstände, die als schlichtes ornamentales Dekor von Obrigkeit weder einsichtig noch kritisch sein können. Kunst ist aber immer als Ausdruck kultureller Wertigkeiten in der Fähigkeit anschaulichen Denkens und Erkennens begründet. Darum muss sie als gestaltende Darstellung sinnbildlicher Wirklichkeit erhalten bleiben und so dem Guten, Wahren und Schönen menschlichen Ausdruck und Tiefe verleihen.

Kunst darf nicht vom ideologischen Wohlwollen staatlicher Institutionen abhängen.

Wir halten eine Besinnung der Kunst für wünschenswert, um einen allgemeinen Wahrnehmungsverlust gegenständlicher Tatsächlichkeit abzuwenden. Der Verhinderung der freien schöpferischen Tat sollte Einhalt geboten werden.

Denkmalschutz

Denkmäler sind Zeugnisse unserer Kultur, unserer Geschichte und damit unserer Identität. Für ein Land wie Thüringen stellen die zahllosen Kultur- und baulichen Denkmäler einen erheblichen Teil des kulturellen Erbes und Selbstverständnisses dar. Dabei sind nicht allein die weit über Thüringen hinaus strahlenden Denkmäler wie die Wartburg, das Kyffhäuserdenkmal, das Goethe-Schiller-Denkmal, das Nationaltheater in Weimar oder das Burschenschaftsdenkmal in Eisenach beachtenswert. Auch die vielen, vor allem regional und kommunal bedeutenden Denkmäler unterschiedlicher Provenienz sowie die privaten Baudenkmäler gehören hierher. Denkmalschutz und Denkmalpflege sind daher für unsere Kulturpolitik von elementarer Bedeutung. Die AfD setzt sich für den Erhalt dieser Zeugnisse, insbesondere auch im ländlichen Raum ein. Kommunen müssen zur Pflege und Bewahrung ihrer Denkmäler angemessen vom Land unterstützt werden.

Wir setzen uns für den Erhalt unserer zahlreichen Denkmäler insbesondere auch im ländlichen Raum ein. Kommunen müssen zur Pflege und Bewahrung ihrer Denkmäler angemessen vom Land unterstützt werden.

Die Auflagen des Denkmalschutzrechts dürfen nicht dazu führen, dass die Erhaltung denkmalgeschützter Gebäude verhindert wird.

Die Bestimmungen des Denkmalschutzes bei Gebäuden, an denen kein öffentliches Interesse herrscht, dürfen nicht so ausgestaltet sein, dass deren Sanierung oder Umbau zum Zwecke privater Nutzung unrentabel wird. Das Denkmalschutzrecht darf durch seine Auflagen nicht dazu führen, dass die Erhaltung denkmalgeschützter Gebäude de facto verhindert wird.

Der Wegfall des Widerspruchsverfahrens bei Entscheidungen der Denkmalschutzbehörden infolge des Verwaltungsreformgesetzes von 2018 wirkt sich nach unserer Auffassung zum Nachteil betroffener Bürger aus, die nun direkt auf den Klageweg verwiesen sind. Die Bürger müssen beim Denkmalschutz wieder eine Widerspruchsmöglichkeit gegen Behördenentscheidungen erhalten.

16 | Für ein breites Sportangebot

Sportförderung



In der Verfassung des Freistaats Thüringen wird dem Sport in Artikel 30 Absatz 3 besonderer Schutz und Förderung durch das Land zugesprochen. Etwa 370.000 Mitglieder engagieren sich in einem der knapp 3.400 Sportvereine, die im Landessportbund Thüringen organisiert sind. Sportvereine sind somit ein wesentliches Zentrum des gesellschaftlichen Lebens in Thüringen.

Sport und Gesundheit sind eng miteinander verknüpft. Wer regelmäßig Sport treibt, bleibt nicht nur körperlich und geistig fit, sondern nimmt auch am sozialen Leben teil und gestaltet so die Gesellschaft Thüringens mit.

Ehrenamtliches Engagement

Die Arbeit der Sportvereine im Freistaat wäre ohne die tatkräftige Unterstützung der 60.000 Ehrenamtlichen und freiwillig Engagierten, die jährlich circa 9,5 Millionen Arbeitsstunden leisten, nicht möglich. Der Einsatz als Trainer und Übungsleiter, Kampf- und Schiedsrichter nimmt dabei einen beachtlichen Teil der eigenen Freizeit in Anspruch. Wer seine Freizeit der Vereins- und Verbandsarbeit widmet, muss die nötige Wertschätzung erfahren.

Wer seine Freizeit der Vereins- und Verbandsarbeit widmet, muss die nötige Wertschätzung erfahren.

Breiten-, Leistungs- und Spitzensport

Das klassische Pyramidenmodell des Sports (Breitensport, Leistungssport, Hochleistungssport, Berufssport) bietet immer noch eine gute Orientierung, auch wenn gesellschaftliche Wandlungsprozesse Modifikationen notwendig machen. So spielt der nicht in Vereinen betriebene kommerzielle Sport (z. B. Fitnessstudio) eine immer bedeutsamere Rolle. Damit verbunden ist, dass der individuelle Erlebnischarakter für immer mehr Menschen die maßgebliche Motivation für das eigene Sporttreiben darstellt.

Wir setzen uns für höhere Zuschüsse an Sportvereine und Sportverbände sowie eine auskömmliche Ausstattung der Thüringer Sportgymnasien ein.

Neben dem Breiten- und Freizeitsport – ob nun vereinsgebunden oder nicht – spielt auch der Leistungs- und Spitzensport eine wichtige Rolle in der Thüringer Sportlandschaft. Um die Förderung junger Talente sowie deren Begleitung und Betreuung durch qualifizierte hauptberufliche Trainer sicherzustellen, setzen wir uns für höhere Zuschüsse an Sportvereine und Sportverbände sowie eine auskömmliche Ausstattung der Thüringer Sportgymnasien ein. Die Sportgymnasien wollen wir als Talentschmieden stärken. Darüber hinaus regen wir eine noch effektivere Sichtung von Talenten bereits in der Grundschule an.

Der sogenannte Bologna-Prozess an den Hochschulen hat in den letzten Jahren zu einer Modularisierung und Verschulung vieler Studiengänge geführt. Das hat die Freiheitsgrade eingeschränkt. Um die Vereinbarkeit von Studium und Spitzensport

trotzdem zu gewährleisten, brauchen wir auch in Thüringen faire Hochschulzugangsberechtigungen am Haupttrainingsort und eine Flexibilisierung des Studiums inklusive einer möglichen Ausweitung der Regelstundenzeit.

Es macht uns stolz, dass 2023 in Oberhof die Biathlon-WM ausgetragen wird. Der Hochleistungswintersport ist ein Gewinn für ganz Thüringen und ein Teil unserer Identität. Solange der Wintersport sinnvoll in ein gesamtgesellschaftliches Umfeld eingebettet ist, verdient er die staatliche Unterstützung.

Bewegungsförderung

Mangelnde körperliche Aktivität ist insbesondere bei Kindern und Jugendlichen ein wachsendes Problem. Wir brauchen politische Anstrengungen, um dem zu begegnen.

Sport beeinflusst die individuelle Charakterentwicklung positiv, vermittelt gemeinschaftsfördernde Werte und verbindet die Generationen. Sport spornt an, fördert Kommunikation, Solidarität, Identität und Begeisterung für eine gemeinsame Sache. Sport ist nicht nur körperliche Aktivität, sondern ein geistiger und körperlicher Gesamteinsatz des Menschen.

Mangelnde körperliche Aktivität ist insbesondere bei Kindern und Jugendlichen ein wachsendes Problem. Die negativen Auswirkungen von Bewegungsmangel sind hinreichend bekannt. Kinder brauchen vor allem viel Platz für Bewegung – und das drinnen und draußen – sowie Bewegungsgelegenheiten. Sport- und Bewegungsförderung müssen für alle Altersgruppen bedarfsgerecht und altersspezifisch verstärkt in den Alltag unserer Kindergärten und Schulen eingebunden werden. Die Schulsportstunden werden den empfohlenen Mindestanforderungen für körperliche Aktivität in der Regel kaum gerecht. Zusätzliche Angebote müssen geschaffen werden, Bewegung soll integrierter Bestandteil des schulischen Alltags werden. Die tägliche Bewegungsstunde in den Thüringer Schulen bleibt eine wichtige Forderung.

Politische Neutralität des Sports

Wir wollen den Missbrauch der Sportvereine durch Staat und Regierung beenden.

Aufgabe der Sportvereine und Sportverbände ist es, die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren und zu vertreten. Im Zentrum des Engagements steht die Bewegung – nicht die Politik. Es gab Zeiten in unserer Geschichte, in denen man den Sport politisch vereinnahmte. Die Thüringer AfD weiß, wohin das führt. Deswegen beobachten wir mit großer Sorge, wie die Politisierung des Sports schon wieder auf dem Vormarsch ist. Das neue Sportfördergesetz finanziert etwa Vereinsprojekte gegen

die „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Pseudowissenschaftlich bemäntelt, feiert hier der alte, linksextremistische Antifaschismus fröhliche Urständ. Wir wollen den Missbrauch der Sportvereine durch den Staat beenden.

Das Thüringer Sportfördergesetz

Das neue Sportfördergesetz bringt eine größere Rechts- und Planungssicherheit für Sportvereine und Sportverbände. Zudem bedeutet die Regelung eine gewisse Zukunftsperspektive, vor allen Dingen auch mit Blick auf die Finanzen. Denn das Gesetz regelt die prinzipiell entgeltfreie Nutzung öffentlicher Sportanlagen und Schwimmbäder für den Übungs-, Lehr- und Wettkampfbetrieb. Jedoch werden die Einnahmeausfälle für Kommunen und Landkreise im Gegenzug durch das Land nicht ausreichend kompensiert. Zudem werden die Ausgleichszahlungen nach dem Kriterium der Einwohnerzahl der betroffenen Kommunen und Landkreise geleistet, was den ländlichen Raum benachteiligt. Bleiben die Kommunen im Hinblick auf ihre neuen Pflichtaufgaben dauerhaft unterfinanziert, wird das mancherorts in Thüringen dazu führen, dass Sportstätten auf lange Sicht dem Verfall ausgesetzt sein werden. Dem gilt es entgegenzuwirken.

Die Kommunen müssen bei Einnahmeausfällen durch die entgeltfreie Nutzung kommunaler Sportstätten vom Land Unterstützung erfahren.

eSports

Der virtuelle Sport erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Hier erkennen wir eine Entwicklung, vor der wir uns gesamtgesellschaftlich nicht verschließen können, und eine Debatte, der wir uns in Zeiten der Digitalisierung stellen müssen. Ob etwa Konsolenspiele gängigen Sportdefinitionen entsprechen, die vor allem auf die bewusste Entwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten auf dem Gebiet der Bewegungskunst abstellen, steht dabei nicht im Vordergrund.

Zu fragen ist vielmehr, wie der Einzelne, die Gesellschaft und die Politik mit dem virtuellen Sport umgehen. Fakt ist, dass die Arbeit am Bildschirm oder das ständige Starren auf das Display des Smartphones der Gesundheit nicht förderlich sind. Vor diesem Hintergrund können die sogenannten eSports als Kompensationssport, also als Ausgleich für Belastungen in der realen Welt, nur schwer gedacht werden. Auch diese Seite, insbesondere die Frage nach den sportmotorischen Effekten, muss bei der neuen Entwicklung bedacht werden. Insoweit gilt es, den neuen Erlebnisformen der eSports die Aufmerksamkeit zuzuwenden und die Folgen der Entwicklung für die Gesellschaft und die Einzelnen zu bedenken.



17 | Für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik

Haushaltspolitik

Wir sind stolz auf die hohe Leistungsbereitschaft und -fähigkeit unserer Arbeiter, Ingenieure, Wissenschaftler, Angestellten und Unternehmer. Ihre Leistung ist insbesondere anerkennenswert, weil Thüringen nach wie vor mit massiven strukturellen Defiziten kämpft, die sich aus vier Jahrzehnten sozialistischer SED-Herrschaft und einem stellenweise falsch angelegten Vereinigungsprozess ergeben haben.

Um die Zukunft Thüringens zu gewinnen, brauchen wir eine höhere Investitionsquote im Landeshaushalt.

Vor diesem Hintergrund war es ein fataler Fehler der rot-rot-grünen Landesregierung, der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs vorschnell zugestimmt zu haben. Im Zusammenhang mit den geringeren Zuweisungen aus Fördertöpfen der EU und mit sinkenden Steuerprognosen ergeben sich düstere Haushaltsaussichten. Nach den Vorstellungen der rot-rot-grünen Landesregierung soll auch deshalb die Investitionsquote des Freistaats mittelfristig weiter sinken.

Wir wollen Subventionierung von ideologischen Projekten mit öffentlichen Mitteln streichen.

Mit uns jedoch wird es weder eine weitere Abwicklung von Verkehrsinfrastrukturen noch einen Aufschub dringend notwendiger Modernisierungen in Schulen oder Kindergärten oder die Verzögerung erforderlicher Investitionen in die innere Sicherheit geben. Wir wollen, dass Thüringen im Wettbewerb der Bundesländer und der europäischen Staaten weiterhin erfolgreich mithalten kann. Daher müssen wir in eine moderne Infrastruktur, bestens ausgebildete Fachkräfte, familienfreundliche Verhältnisse in Dörfern und Städten sowie eine stabile innere Sicherheit investieren. Wir wollen keine Trickereien um die „schwarze Null“, sondern eine höhere Investitionsquote, um die Zukunft Thüringens gestalten zu können.

Wir wollen, dass das Geld der Thüringer Steuerzahler nicht länger in ideologische Projekte geleitet wird. Hier besteht ein großes Einsparpotenzial. So werden wir z. B. das Haushaltsbudget für die Versorgung und die Unterbringung von Migranten

deutlich und auf das rechtlich zulässige Minimum reduzieren und die diversen Integrationsprogramme streichen, die nur die Organisationen der Asylindustrie nähren.

Wir wollen zudem alle Programme der bisherigen Landesregierung beenden, die auf eine politische Umerziehung und Indoktrinierung der Bürger unseres Landes abzielen. Alle Vereine und Initiativen, welche eine öffentliche Förderung erhalten, müssen sich zu unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen. Mit der Wiedereinführung der von allen Altparteien abgeschafften Extremismusklausel wollen wir die weitverbreitete staatliche Finanzierung linksextremer Strukturen beenden.

Zudem wollen wir uns auf Bundesebene für die vollständige Abschaffung der sogenannten kalten Progression starkmachen. Lohn- und Gehaltserhöhungen dürfen nicht mehr zu einem Ansteigen der effektiven Steuerbelastung des Arbeitnehmers führen.

Zur Finanzierung von Investitionen in die heimische Wirtschaft, in Infrastruktur, Bildung, Forschung und Entwicklung möchten wir einen Thüringer Staatsfonds gründen, an dem sich auch Thüringer Bürger beteiligen können. Der Aufbau eines solchen Fonds würde eine grundsätzliche Abkehr von der jahrzehntelangen Privatisierungspolitik bedeuten, die als Irrweg zu bezeichnen ist. Der Staat darf nicht weiter Staatsbesitz verkaufen und die Gewinne an Investoren abtreten. Stattdessen muss er Vermögen erwerben und so dafür sorgen, dass die Gesellschaft wieder stärker von der Wertschöpfung profitiert. Statt dabei zuzusehen, wie der deutsche Kapitalexport – immerhin bis zu 300 Milliarden Euro jährlich – zur Finanzierung von mal mehr und mal weniger guten Projekten in der Welt beiträgt, werden wir das Kapital in die Entwicklung unseres Landes investieren.

Zur Finanzierung von Investitionen in die heimische Wirtschaft, Infrastruktur, Bildung, Forschung und Entwicklung möchten wir einen Thüringer Staatsfonds gründen.

Langfristiges ausländisches Investitionskapital ist willkommen. Wir werden unsere heimische Wirtschaft jedoch vor schädlicher Spekulation und kurzfristig denkenden Renditejägern schützen.



18 | Für starke und unabhängige Kommunen

Kommunalpolitik

Leben im Freistaat Thüringen ist Leben in einer Kommune, Leben „vor Ort“. Die AfD Thüringen will im Geiste des Freiherrn vom Stein die Kommunen als primäre Orte der Belebung des Gemeingeistes und des Bürgersinns stärken, das Recht der kommunalen Selbstverwaltung schützen und mit neuem Leben füllen. Eine Voraussetzung dafür ist die praktikable Weiterentwicklung der Instrumente zur Beteiligung der Bürger an den Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft. Eine andere Voraussetzung ist die auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen und Kreise.

Die Situation vieler Thüringer Kommunen ist dadurch geprägt, dass sie durch Landes- und Bundesgesetzgebung immer wieder neue Aufgaben übertragen bekommen und den Bürgern daher (wie etwa bei der Reform der Grundsteuer zu erwarten) zusätzliche Bürden abzuverlangen haben, während zugleich die Finanzierung der Aufgabenerfüllung durch Land und Bund vernachlässigt wird. Dies führt dazu, dass sich viele Gemeinden und so mancher Landkreis genötigt sehen, zum Nachteil der Bürger Einsparungen bei den freiwilligen kommunalen Aufgaben, etwa im Kulturbereich, vorzunehmen. Solche Fehlentwicklungen müssen nach unserer Überzeugung beendet werden. Unsere Kommunen müssen auskömmlich finanziert sein und dürfen nicht in die Situation des ewigen Bittstellers gedrängt werden.

Struktur der Kommunalverwaltung

Wir lehnen eine Gebietsreform ab, die letztlich nur dem demographischen Niedergang hinterherzuhinken versucht, halten jedoch eine Verwaltungsreform auf Grundlage einer vorherigen Aufgabenkritik für angezeigt. Dabei soll die kleingliedrige Verwaltungsstruktur Thüringens, wo sie sich bewährt hat, erhalten bleiben. Dass dies der Grundstein für lebendige, vom wachen Bürgergeist getragene Gemeinden und Städte ist, haben uns die wirtschaftlich leistungsfähigen deutschen Bundesländer wie Baden-Württemberg und Bayern gezeigt, die ebenso wie Thüringen über eine kleingliedrige und damit bürgernahe Verwaltungsstruktur verfügen. Wir haben aus den Erfahrungen der Gebietsreformen in Sachsen und Sachsen-Anhalt gelernt, die nach der Einschätzung des Ifo-Instituts Dresden und des Leibniz-Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung Mannheim aus dem Jahr 2018 keinerlei Einsparungen, sondern nur eine Entfremdung der Bürger von ihrer Heimat nach sich zogen. Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Landräte und Kreistage müssen direkte Ansprechpartner für die Bürger auf kurzen Wegen bleiben. Großkreise und Großgemeinden führen letztendlich zu Anonymität und Selbstherrlichkeit der fernen Verwaltung, was zu verhindern ist.

Wir brauchen thüringenweit einheitliche Standards für die digitale Verwaltung, um die Verwaltung zu vereinfachen, bürgerfreundlicher zu machen und langfristig

Großkreise und Großgemeinden führen letztendlich zu Anonymität sowie zur Selbstherrlichkeit einer fernen Verwaltung.

Kosten zu sparen. Die Verwaltung muss, wo immer möglich, für die Bürger digital erreichbar sein, Anträge müssen online gestellt werden können. Allerdings sind wir überzeugt, dass es ein „Recht auf analoges Dasein“ gibt. Für die Verwaltung bedeutet dies, dass sie grundsätzlich auch in Zukunft analog und physisch zugänglich sein muss.

Wir brauchen thüringenweit einheitliche Standards für die digitale Verwaltung.

Der dienstleistende Charakter der Verwaltung ist dort, wo es sinnvoll ist, auch durch eine freiwillige Rezentralisierung auf Landesebene anzustreben. Wichtige kommunale Aufgaben, wie etwa die Gewässerunterhaltung, sind besser zentral vom Freistaat Thüringen wahrzunehmen. Wir brauchen keine Gewässerunterhaltungsverbände, die nur Kosten produzieren und deren Zuständigkeit an abstrakten Grenzen endet. Hochwasserschutz sollte zentral organisiert werden. Dies geht nur, wenn die derzeitigen Gewässer zweiter Ordnung in die Unterhaltungslast des Freistaates Thüringen übergehen.

Hochwasserschutz sollte zentral organisiert werden. Dies geht nur, wenn die derzeitigen Gewässer zweiter Ordnung in die Unterhaltungslast des Freistaates Thüringen übergehen.

Die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung in Thüringen sollen in öffentlicher Hand bleiben und darüber hinaus zentral organisiert werden. Wir brauchen keine Zweckverbände mit kostenintensiven Chefetagen. Zudem wollen wir hierdurch einheitliche Wasser- und Abwasserpreise in ganz Thüringen erreichen und so die Benachteiligung des ländlichen Raums beenden.

Bürgerbeteiligung stärken

Wir wollen eine weitreichende Bürgerbeteiligung einführen, wonach bei Satzungsrecht, das kommunale Abgaben und Aufgaben betrifft, vor Beschlussfassung durch den Gemeinde-, Stadt- oder Kreistag zunächst eine direkte Beteiligung in Form einer elektronischen Bürgerabfrage angeboten wird. Dies sichert den Bürgern die erforderliche Einflussnahme auf sie betreffende kommunale Entscheidungen. Das Ergebnis solcher Abfragen soll den kommunalen Entscheidungsträgern den nötigen Rückhalt bieten.

Städtebauliche Entwicklung in Gemeinden und Städten

Wir setzen uns für eine erleichterte Ausweisung von Wohnbauflächen im ländlichen Raum sowie für vereinfachte Möglichkeiten der Kommunen ein, ungenutzte Immobilien im Dorf- und Stadtgebiet aufzukaufen. Ebenso wollen wir es ermöglichen, dass von der öffentlichen Hand vorgestreckte Abrisskosten für verfallene Gebäude direkt in das Grundstück vollstreckt werden können und dieses dann dem allgemeinen Grundstücksmarkt zugeführt wird.

Wir werden durch ein vereinfachtes Bauplanungsrecht die Fortentwicklung bestehender und die Ausweisung neuer Gewerbegebiete nach örtlichem Bedarf ermöglichen.

Wir werden durch ein vereinfachtes Bauplanungsrecht die Fortentwicklung bestehender und die Ausweisung neuer Gewerbegebiete nach örtlichem Bedarf ermöglichen. Eine schnelle Bedarfsplanung ist angezeigt, damit sich Unternehmen in den Thüringer Kommunen zu Hause fühlen.

Keine Straßenausbaubeiträge

Das von der Landesregierung angekündigte Aus der Straßenausbaubeiträge zum 1. Januar 2019 wurde maßgeblich durch unsere Oppositionsarbeit erwirkt: Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag brachte 2018 einen entsprechenden Gesetzentwurf ein, der die Koalitionsfraktionen unter Zugzwang setzte.

Wir sind überzeugt, dass die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen keine gerechte Lastenverteilung darstellt. Die Finanzierung des Straßenbaus sollte nach unserer Meinung als öffentliche Aufgabe aus dem Steueraufkommen finanziert werden.



19 | Für ein Europa der Vaterländer

Europapolitik

Die Thüringer Landespolitik ist vielfach bestimmt durch Regelungen der Europäischen Union. Zugleich sind der Thüringer Landtag und die Landesregierung in Gesetzgebungsprozesse der EU eingebunden. Diesbezüglich gilt es, die Interessen Thüringens im Zusammenhang der EU-Politik zu wahren. Zudem soll im gegenwärtigen Diskussionsprozess um die Zukunft der EU zum Wohle des Freistaates Position bezogen werden.

Kleine und mittlere Unternehmen

Die AfD setzt sich dafür ein, dass Thüringen, insbesondere unsere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), auch künftig von den Förderprogrammen der EU (insbesondere ESF+, EFRE und ELER) profitieren. Das gilt umso mehr, da Deutschland der mit Abstand größte Nettozahler der EU ist. Das heißt, Deutschland – und damit auch der Thüringer Steuerzahler – zahlt sehr viel mehr Geld an die EU, als es aus den Förderprogrammen erhält.

Wir wollen, dass Thüringen, vor allem unsere kleinen und mittleren Unternehmen, auch künftig angemessen an den Förderprogrammen der EU beteiligt werden.

EU-Förderpolitik

Die Förderung im Rahmen von EU-Programmen ist vor allem für die Begünstigten oft mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden. Die AfD fordert den konsequenten Abbau der Verwaltungsbelastung bei den Förderprogrammen.

Zugleich setzt sich die AfD für eine grundlegende Reform der EU-Förderpolitik ein. EU-Subventionsprogramme, die der Durchsetzung bestimmter ideologischer Vorstellungen dienen (wie namentlich das neue EU-Programm „Rechte und Werte“), lehnen wir ab. Programme der EU müssen auf die Förderung des Binnenmarktes sowie auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Strukturen und Bedingungen abzielen. Sie dürfen nicht die Alimentierung und die Durchsetzung politischer Gesinnungen bezwecken.

Programme der EU müssen auf die Förderung des Binnenmarktes sowie auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Strukturen und Bedingungen abzielen. EU-Subventionsprogramme, die der Durchsetzung bestimmter ideologischer Vorstellungen dienen, lehnen wir ab.

Die Reform der EU-Förderpolitik ist für uns ein Aspekt einer umfassenden Reform der Europäischen Union, die wir für dringend geboten halten. Diese Reform könnte durch den aktuellen Diskussionsprozess um die Zukunft der EU in Gang gebracht werden.

Die Zukunft der Europäischen Union

In der Debatte, die durch die Euro- und die Migrationskrise sowie den Austritt Großbritanniens aus der EU („Brexit“) angestoßen wurde, hat sich auch die Europäische Kommission positioniert. In ihrem „Weißbuch zur Zukunft der EU“ von 2017 skizziert sie fünf Entwicklungsszenarien der EU. Eines dieser Szenarien wird betitelt mit „Viel mehr gemeinsames Handeln“, verfolgt also eine Ausweitung der EU auf Kosten der Nationalstaaten. Ein anderes Szenario, mit dem Titel „Konzentration auf

den Binnenmarkt“, würde dagegen einen Rückbau der EU und den Verzicht auf eine politische Union bedeuten.

Tatsächlich wird von der Kommission allerdings keine ergebnisoffene Diskussion geführt. Brüssel propagiert einseitig das Modell „Viel mehr gemeinsames Handeln“ als das im Grunde alternativlose Szenario, dessen Verwirklichung die EU in die Zukunft retten könne. Dem entspricht, dass die EU-Kommission ungeachtet der mit dem „Weißbuch“ angestoßenen Zukunftsdebatte fleißig weiter Fakten schafft, die eine massive Ausweitung der Europäischen Union bedeuten – teilweise unter klarer Missachtung der EU-Verträge. Dies gilt etwa für die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds (EWF), die der (Finanz-)Souveränität Deutschlands ebenso widerspricht wie die schleichende Etablierung einer „Transferunion“, bei der Deutschland für die Schulden anderer Länder aufkommen muss. Hierunter fällt auch die Errichtung einer sogenannten europäischen Sozialunion, mit der letztlich auf eine gigantische EU-Umverteilungspolitik hingewirkt werden soll, weshalb diese Sozialunion vor allem von den linken Parteien bejubelt wird.

**Die „Sozialunion“
lehnen wir ab. Hier
handelt es sich
letztlich um ein
Umverteilungsprojekt,
das den deutschen
Steuerzahler wieder
viel Geld kosten soll.**

Während sich die Altparteien ausdrücklich für das Szenario „Viel mehr gemeinsames Handeln“ aussprechen, befürwortet die Thüringer AfD eine massive Verschlan-
kung und den entschiedenen Rückbau der EU hin zu einer Wirtschafts- und Inter-
essengemeinschaft souveräner europäischer Nationalstaaten, die in Freundschaft
und guter Nachbarschaft zusammenleben und kooperieren.

Grundsätzlich viel weniger EU

Wir wollen sehr viel weniger EU. Das bedeutet für uns vor allem die Konzentration der europäischen Integration auf den gemeinsamen Binnenmarkt. Während wir eine enge Kooperation der EU-Staaten zur konsequenten Sicherung der europäischen Außengrenzen befürworten, lehnen wir beispielsweise das Gemeinsame

Europäische Asylsystem (GEAS) ab, weil es der souveränen Selbstbestimmung der Staaten in einem zentralen Bereich (nämlich in der Zusammensetzung ihrer eigenen Bevölkerung) widerspricht.

„Viel weniger EU“ bedeutet, dass für uns ein zentralistischer und demokratisch zweifelhaft legitimierter europäischer Zentralstaat kein sinnvolles Ziel deutscher Politik sein kann. Das Prinzip der Subsidiarität ist für uns das maßgebende Gestaltungsprinzip einer europäischen Integration. Es steht dafür, dass eine übergeordnete Vereinheitlichung und Steuerung auf EU-Ebene nur dort legitim ist, wo die vorausliegenden Ebenen (Mitgliedstaaten, Bundesländer, Kommunen) die Aufgaben nicht zu erfüllen vermögen.

Das Prinzip der Subsidiarität ist für uns das maßgebende Gestaltungsprinzip einer europäischen Integration.

„Viel weniger EU“ bedeutet ebenfalls, dass wir das Ausgreifen der unzureichend demokratisch legitimierten EU in immer mehr innerstaatliche Angelegenheiten, eine politische Union der EU-Staaten und damit einen EU-Superstaat ablehnen. Wir streben ein Europa der Vaterländer an. Das ist ein Europa, in dem die demokratischen Staaten ihre gemeinsamen Interessen und Aufgaben in souveräner Selbstbestimmung definieren und auf der Basis völkerrechtlicher Verträge verfolgen. Ein solches Europa bleibt ein Europa der Vielfalt, der Demokratie und der Freiheit, während die EU für immer mehr Bevormundung, Uniformität, Bürokratie, Gängelung und Überregulierung durch bürgerferne Eurokraten steht.

Wir lehnen das Eingreifen der unzureichend demokratisch legitimierten EU in immer mehr innerstaatliche Angelegenheiten und einen EU-Superstaat ab.

Wir stehen gegen die Vereinnahmung Europas durch die EU: Europa ist sehr viel mehr als die Europäische Union. Sollte eine Reform im Sinne des Mottos „Viel weniger EU“ mittelfristig nicht durchführbar sein, muss den Deutschen die Möglichkeit gegeben werden, auf dem Wege einer Volksabstimmung über den Verbleib in der EU zu entscheiden.

20 | Stichwortverzeichnis

- Abschiebung51
- Asyl, Asylrecht ...9, 31, 47, **50**, 89, 95
- Berufsausbildung**27**
- Bildung10, 17, 23, **25**,
38, 42, 44, 46, 53, 80-81, 89
- Breitbandanschlüsse (*siehe Inter-
net, schnelles*)
- Bürgerbeteiligung**91**
- Bürokratisierung39, 43
- Bundeswehr32, 40, 51
- Carsharing**59**
- Datenschutz-
Grundverordnung39, 82
- Demokratie **7**, 12, 19-20,
57, 95
- Demonstrationsrecht**16**
- Digitalisierung13, 32, 38,
41, 48, 78, 87
- Direkte Demokratie**7**, 91
- DSGVO (*siehe Datenschutz-
Grundverordnung*)
- Ehrenamt17, **41**, 74, 80, 82, **85**
- „Energiewende“39, 40, 59, **62**
- „erneuerbare“ Energie... 57, **62**, **63**
- Europäische Union (EU)**93**
- Extremismusklausel89
- Gender (-Mainstreaming)... 26, 36
- Familie(npolitik)**21**, 26, 34,
38, 41, 45, 46, 51, 53, 57, 59, 79, 88
- Familiendarlehen22
- Familiengeld**21**
- Feuerwehren16, **17**, 33
- Förderschulen**28**
- Frühsexualisierung**30**, 23
- Gerichte**14**
- Gewaltkriminalität12, 15
- GEZ (*siehe Rundfunkbeitrag*)
- Grundschulen31, 34
- Gymnasien32, 85
- Handwerk**29**, 38, 59, 69
- Haushalt (*siehe Landshaushalt*)
- Inklusion28
- Internet, freies **7**, **11**, 28,
- Internet, schnelles 32, 41,
55, **56**, 78
- Integration50, **53**, 54, 80, 89
- Islam19, 30, **53**
- Jagd72-76, **78**
- Justizvollzug**15**
- Kindergärten21, **23**, 30, 31, 47
- Klimawandel ..39-40, 58, **62**, 65, 73
- KMU (*siehe Unternehmen, kleine
und mittlere*)
- Kommunen 16-17, **18**, 28, 33, 40, 52,
70, 73, 82, 83, 87, 91, 95
- Krankenkassen43, 47
- Kriminalität13, 15, 50
- Kultur 22, 51, **77**, **80**
- Kunst**80**
- Landaneignung (*siehe „Land-
Grabbing“*)71
- „Land-Grabbing“71
- Landshaushalt35, 61, **88**
- Ländlicher Raum... 22, 23, 27, 34, 41,
- Lehrer**25**
- Lehrermangel (*siehe Lehrer*)
- Marktwirtschaft, Soziale**37**, 42
- Meisterausbildung**29**, 38, 90
- Meinungsfreiheit**7**, 10, 18, 19
- Mindestlohn**41**
- Mobilität13, 39, **58**, 79
- Multikulturelle Gesellschaft. 12, 19,
50
- Neutralität der Schule**30**
- Öffentlicher Personen-
nahverkehr (ÖPNV)**60**
- ÖPNV (*siehe Öffentlicher
Personennahverkehr*)
- Parallelgesellschaften50, **53**
- Pflege, Pflegearbeit22, 42, **45**
- Polizei**12**, 73, 74
- Regelschulen**27**
- Rente17, **24**, 42, 46
- Rettungsdienste16, **17**, 47, 48
- Rundfunkbeitrag („GEZ“)**10**
- Russland-Sanktionen38, 63, 72
- Schienerverkehr**55**, **60**
- Schulen17, 23, **25**, 37, 43, 44, 45,
46, 47, 56, 77, 80, 81, 85, 86, 88
- Sicherheit, innere**12**
- Soziale Marktwirtschaft (*siehe
Marktwirtschaft, Soziale*)
- Spezialgymnasien (*siehe Gym-
nasien*)
- Staatsfonds37, 89
- Straßenausbau**92**
- Subsidiaritätsgrundsatz95
- Technisches Hilfswerk (THW)16,
17, 32, 33
- Tempolimit**56**
- Tourismus59, 73, **77**, 80
- Uploadfilter**10**
- Unternehmen, kleine und mittlere
(KMU)16, 19, 27, **37**, 79, 91, **93**
- Unternehmensgründung37, 38
- Vereine52, 80, **82**, 85, 89
- Verfassungsschutz14, **17**
- Versammlungsfreiheit16
- Videoüberwachung14
- Volksouveränität**9**, 19
- Waffenrecht**14**
- Wald63, 67, **71**, 78, 80
- Wild55, **71**
- Windkraftwerke59, **62**, 72, 73
- Wintersport78, 86
- Wolf72, 75, **76**
- Zensur10, **11**